

Schlussbericht

der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“*

* Eingesetzt durch Beschluss des Deutschen Bundestages vom 4. März 2010 (Bundestagsdrucksache 17/950).

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	4
I. Themen und Ergebnisse	6
II. Versuch und Irrtum – Neue Arbeitstechniken im Parlament	6
II.1 Akteure	6
II.2 Öffentliche Sitzungen = Transparenz?	7
II.3 Kollaborative Arbeitstechniken und Texterstellung	8
III. Experimentierfeld Enquete: Online-Bürgerbeteiligung im Deutschen Bundestag	8
III.1 Die Beteiligungsplattform www.enquetebeteiligung.de	9
III.2 Verlauf der Bürgerbeteiligung	10
III.3 Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in den Berichten der einzelnen Projektgruppen	12
III.3.1 Medienkompetenz	12
III.3.2 Urheberrecht	13
III.3.3 Netzneutralität	13
III.3.4 Datenschutz, Persönlichkeitsrechte	14
III.3.5 Bildung und Forschung	14
III.3.6 Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz	14
III.3.7 Demokratie und Staat	14
III.3.8 Kultur, Medien und Öffentlichkeit	15
III.3.9 Verbraucherschutz	15
III.3.10 Wirtschaft, Arbeit, Green IT	15
III.3.11 Interoperabilität, Standards, Freie Software	16
III.3.12 Internationales und Internet Governance	16
III.4 Ergänzungen	16
III.4.1 Ergänzender Text der Fraktionen der SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachverständigen Alvar Freude	16
III.4.2 Ergänzender Text der Sachverständigen Alvar Freude, padeluun, Constanze Kurz, Markus Beckedahl sowie der Fraktionen der SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	18
IV. Gemeinsame Handlungsempfehlung aller Fraktionen und Sachverständigen als Schlussfolgerung aus dem Schlussbericht	19
V. Nachlese der Sachverständigen	19
V.1.1 Dr. Wolf Osthaus: Entscheidungen für die Zukunft vorbereitet	19

	Seite
V.1.2 Prof. Dr. Wolfgang Schulz: Entscheidungswissen für das Parlament	20
V.1.3 Prof. Dr. Christof Weinhardt: Impulse und Ideen für das Parlament	22
V.1.4 Dr. Jeanette Hofmann: Die Enquete war ein Netzknoten	24
V.1.5 Prof. Dr. Hubertus Gersdorf: Brückenschlag zwischen Parlament und Praxis	26
V.1.6 Annette Mühlberg: Netzpolitik – eine Frage der Demokratie ...	27
V.1.7 Alvar Freude: Netzpolitik ist kein Stiefkind mehr und betrifft wichtige gesellschaftspolitische Fragen	28
V.1.8 padeluun: Ein Augiasstall voll Arbeit	30
V.1.9 Cornelia Tausch: Bereicherung durch Vernetzung und Wissen ...	32
V.1.10 Dr. Bernhard Rohleder: Basis künftiger Entscheidungen	33
V.1.11 Markus Beckedahl: Mehr Experimente wagen	34
V.1.12 Lothar Schröder: Wichtige Orientierungsmarken zur digitalen Arbeit	35
V.1.13 Nicole Simon: Das Internet geht nicht mehr weg	37
V.1.14 Constanze Kurz: Unterschiede und Positionen wurden sichtbar	38
V.1.15 Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring: Die Arbeit muss weitergeführt werden	39
VI. Ausblick	41
VII. Anhang	42

„Die Enquete-Kommission ‚Internet und digitale Gesellschaft‘ ist die unterschätzte Keimzelle für die Erneuerung des Parlamentarismus.“ (Wolfgang Blau, Chefredakteur Zeit Online)

Vorwort

Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ ist in vielen Bereichen von den herkömmlichen Pfaden politischer Usancen abgewichen. Sie hat sich nicht nur als erstes parlamentarisches Gremium knapp drei Jahre mit den Folgen und Auswirkungen der Digitalisierung auf unsere Gesellschaft beschäftigt, sondern ist auf der Suche nach neuen Formen des politischen Diskurses selbst zum Experimentierfeld geworden.

Daher ist auch der vorliegende Text kein Schlussbericht im herkömmlichen Sinne. Er fasst nicht – wie sonst bei Enquete-Berichten üblich – am Ende einer von der Öffentlichkeit weitgehend unbeobachteten Arbeitsphase die Ergebnisse zusammen. Vielmehr hat sich von Beginn an in der Kommission der Wille gezeigt, eine durchgängig transparente Arbeitsweise zu praktizieren. Dies führte nicht nur dazu, dass die Öffentlichkeit in einem bisher für das Parlament ungewohnten Maße in die laufende Arbeit einbezogen und Abläufe den Bedürfnissen von mehr Transparenz angepasst wurden. Es bedeutete auch, dass der komplexe Untersuchungsauftrag, der kaum einen gesellschaftlichen Bereich unberührt ließ, neue Organisationsformen erforderte. So entstanden insgesamt zwölf Projektgruppen, die jeweils eigene Berichte erarbeiteten, die in Umfang und Qualität mit herkömmlichen Schlussberichten durchaus vergleichbar sind.

Dies gibt einen ersten Eindruck davon, wie komplex und umfassend die Auswirkungen der Digitalisierung auf unsere Gesellschaft sind. Kein Bereich bleibt davon ausgespart: Von der frühkindlichen Bildung über die Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt bis hin zu der Art und Weise, wie wir Freundschaften pflegen und unsere kulturellen Bedürfnisse befriedigen – das Internet spielt eine ständig wachsende Rolle.

Studien zeigen, dass immerhin fast ein Viertel der Menschen in unserer Gesellschaft nach wie vor das Internet nicht nutzen will oder kann.¹ Diese digitale Spaltung scheint noch längst nicht überwunden. Vielmehr macht sie unter anderem deutlich, dass sich nicht wenige Menschen von den Veränderungen der Digitalisierung überfordert fühlen. Daher wird in nahezu jedem der zwölf Berichte aus den Projektgruppen immer wieder darauf hingewiesen, dass es geeignete Mittel und Wege geben muss, diesem Umstand Rechnung zu tragen.

Auf die Ergebnisse und Empfehlungen der – etwas irreführend – Zwischenberichte genannten Texte der zwölf Projektgruppen wird im ersten Kapitel dieses Schlussberichts verwiesen. Die übrigen Kapitel behandeln einerseits die Erfahrungen der Kommission mit der Online-Beteiligung der Öffentlichkeit und enthalten andererseits die persönlichen Einschätzungen der 17 sachverständigen Kommissionsmitglieder.

Dies hat zwei Gründe: Zum einen schien es unmöglich, die Ergebnisse der zwölf Projektgruppen knapp zusammenzufassen. Dies hätte der Tiefe der Diskussionen und der Analysen im Bericht schlecht zu Gesicht gestanden. Zum anderen hält die Enquete-Kommission es für angemessen, im Schlussbericht eine erste Einschätzung der Online-Bürgerbeteiligung vorzunehmen, die ein bisher einmaliges Experiment darstellt. Zwar steht die ausführliche wissenschaftliche Evaluation des Projekts noch aus², doch die politische Bilanz ist bereits jetzt positiv: Als erstes parlamentarisches

¹ Vgl.: Initiative D21: (N)onliner Atlas, online abrufbar unter: <http://www.initiated21.de/wp-content/uploads/2012/06/NONLINER-Atlas-2012-Basiszahlen-f%C3%BCr-Deutschland.pdf>

² Anmerkung: Es ist vorgesehen, dass das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) die Evaluation vornimmt. Siehe Beschluss der Kommission vom 28. Januar 2013. Online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20130128/20_Sitzung_2013-01-28_Gemeinsame-Beschlussvorlage.pdf

Gremium konnten wir die interessierte Öffentlichkeit in einem Maße in die politische Arbeit einbeziehen, wie es zuvor kaum für möglich gehalten wurde. Dabei haben alle Beteiligten wertvolle Erfahrungen machen können. Eine davon ist, dass Online-Bürgerbeteiligung zwar kein Wundermittel gegen Politikverdrossenheit in der Bevölkerung ist, aber sehr wohl neue Wege in der Kommunikation zwischen den politisch Verantwortlichen und mündigen Bürgerinnen und Bürgern aufzeigen kann.

Diese Einschätzung wird auch von den Sachverständigen unserer Enquete-Kommission überwiegend geteilt. Ihre Außensicht auf die politischen und organisatorischen Abläufe des Parlaments hat der Kommission im Laufe der Arbeit viele wertvolle Einsichten beschert. Sie schien uns daher ein eigenes Kapitel wert.

Mit der Arbeit der Enquete-Kommission ist in vielen politischen Debatten eine neue Perspektive hinzugewonnen worden. Es ist der Blick auf eine Gesellschaft im Wandel. Natürlich bleiben etwa Innen-, Rechts- oder Wirtschaftspolitik weiterhin konstitutiv, doch es ist notwendig geworden, diese Politikfelder immer auch vor dem Hintergrund einer sich wandelnden, zunehmend digital geprägten Welt zu betrachten und zu bewerten. Daher halte ich die Empfehlung der Kommission, einen ständigen Ausschuss für Internet und digitale Gesellschaft im Parlament fest zu verankern, für eines der wichtigsten Ergebnisse unserer Arbeit.

Die ungewöhnliche Vielfalt in der Zusammensetzung der Kommission spiegelte die Vielfältigkeit der Digitalisierung in unserer Gesellschaft wider. Diese besser zu verstehen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen, war ein wichtiges Ziel der Enquete-Kommission. Am Ende der Arbeit kann ich konstatieren: Wir haben den Auftrag erfüllt.

Axel E. Fischer, MdB

Vorsitzender der Enquete-Kommission
„Internet und digitale Gesellschaft“

I. Themen und Ergebnisse

Die Veränderungen, die mit dem Einzug des Internet in wirtschaftliche, kulturelle oder gesellschaftliche Prozesse einhergehen, vollziehen sich mit großer Geschwindigkeit und sind teils unumkehrbar. Die Digitalisierung der Gesellschaft wirft dabei grundlegende Fragen auf, denen sich die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger stellen müssen. Mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ am 4. März 2010³ hat der Deutsche Bundestag dem Rechnung getragen. Bereits zu Beginn der Arbeit der Kommission war klar, dass die Komplexität des Themas besondere Strukturen notwendig machen würde. So rückte die Kommission von dem ursprünglich gefassten Plan, vier Arbeitsgruppen zu bilden, ab und entschied sich nach einer Klausurtagung am 17./18. Mai 2010 dafür, insgesamt zwölf Projektgruppen mit der detaillierten inhaltlichen Arbeit zu befassen. Dies sollte nicht nur das Bewusstsein ausdrücken, dass die Mitglieder es mit einem komplexen Thema zu tun hätten, sondern auch von einer interdisziplinären Arbeitsweise zeugen. Auf der Klausurtagung war eine umfangreiche Themensammlung erarbeitet worden, von denen am Ende die zwölf wichtigsten Themen identifiziert worden waren. Üblicherweise legen Enquete-Kommissionen in der Mitte ihrer Arbeit einen Zwischen- und am Ende einen Schlussbericht vor. Die Internet-Enquete wich von dieser Praxis ab und legte stattdessen

³ Siehe Antrag vom 3. März 2010. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700950.pdf>

innerhalb von drei Jahren zwölf umfangreiche Zwischenberichte⁴ vor, die jeweils eine Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen an den Deutschen Bundestag enthalten. Die einzelnen Berichte sind der unten aufgeführten Tabelle zu entnehmen.

II. Versuch und Irrtum – Neue Arbeitstechniken im Parlament

II.1 Akteure

Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ wies viele Unterschiede zu den 22 bislang eingesetzten Enquete-Kommissionen auf. Bemerkenswert war ihre heterogene Zusammensetzung: Unter den 17 Abgeordneten und 17 Sachverständigen fanden sich IT-Unternehmer, Programmierer, Journalisten, Künstler und Historiker, Juristen, Lehrer, Wissenschaftler, Blogger, Ingenieure, Gewerkschafter und Verbandsvertreter. Insgesamt waren 29 Berufe in der Kommission vertreten. Das Altersspektrum der Mitglieder reichte von 34 bis 71 Jahren, das Durchschnittsalter lag bei etwa 45 Jahren. Mit neun Frauen und 25 Männern erreichte die Kommission einen Frauenanteil von 26,5 Prozent, der unter dem des Parlamentes mit 32,9 Prozent lag. Elf von 17 Abgeordneten machten in der Enquete-Kommission ihre ersten parlamentarischen Erfahrungen, sechs Abgeordnete absolvierten bereits ihre zweite, dritte oder vierte Wahlperiode

⁴ Anmerkung: Insgesamt legte die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ während ihrer dreijährigen Arbeitszeit zwölf Zwischenberichte, einen Tätigkeits- und einen Schlussbericht vor.

Zwischenbericht:	veröffentlicht:	Link ins Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge (dip):
Medienkompetenz	Oktober 2011	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/072/1707286.pdf
Urheberrecht	November 2011	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/078/1707899.pdf
Netzneutralität	Februar 2012	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/085/1708536.pdf
Datenschutz, Persönlichkeitsrechte	März 2012	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/089/1708999.pdf
Demokratie und Staat	März 2013	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/122/1712290.pdf
Wirtschaft, Arbeit, Green IT	März 2013	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712505.pdf
Kultur, Medien, Öffentlichkeit	März 2013	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712542.pdf
Bildung und Forschung	Januar 2013	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712029.pdf
Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz	März 2013	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712541.pdf
Interoperabilität, Standards, Freie Software	März 2013	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/124/1712495.pdf
Internationales und Internet Governance	März 2013	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/124/1712480.pdf
Verbraucherschutz	März 2013	http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712540.pdf

im Parlament. Von den Sachverständigen sammelte der überwiegende Teil erstmals Erfahrungen als Mitglied eines parlamentarischen Gremiums.

II.2 Öffentliche Sitzungen = Transparenz?

Die Enquete-Kommission tagte – entgegen dem bisher üblichen Verfahren für Enquete-Kommissionen – von Beginn an öffentlich. Das in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages angelegte Regel-Ausnahme-Verhältnis, nach dem Ausschusssitzungen grundsätzlich nicht öffentlich sind⁵, wurde damit umgekehrt. Im Vordergrund stand von Beginn an das Bemühen, die Öffentlichkeit in den Arbeitsprozess so intensiv wie möglich einzubeziehen. Die Kommission entschloss sich, alle Sitzungen live oder zeitversetzt online zu senden. Dies galt für alle 20 Sitzungen, sowohl für die reinen Arbeitssitzungen als auch für die öffentlichen Anhörungen. Später konnten interessierte Bürgerinnen und Bürger die sogenannten öffentlichen Expertengespräche in den Projektgruppen, bei denen in kleinerer Runde zusätzliche Sachverständige zu einzelnen Fragestellungen eingeladen wurden, als Besucher mit verfolgen oder als Stream im Internet ansehen.

Dem Einsetzungsbeschluss⁶ folgend, dokumentierte die eigens eingerichtete Internetseite tagesaktuell die Ereignisse in der Kommission. Die Berichterstattung erstreckte sich weit über das sonst übliche Maß hinaus. So wurden nicht nur – wie es sonst bei den Ausschüssen des Bundestages gehandhabt wird – Tagesordnungen und Protokolle aktuell gehalten, sondern es wurde über jede öffentliche und nicht-öffentliche Projektgruppensitzung berichtet. Alle Termine der (öffentlichen) Projektgruppensitzungen waren in einer eigenen Rubrik abrufbar. Die Onlineredaktion veröffentlichte zudem Ankündigungen, Zusammenfassungen, Rückblicke und Aufrufe zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Auf der Internetseite wurde darüber hinaus ein Blog eingerichtet, in dem die Kommissionsmitglieder ihre persönliche Sichtweise zur Arbeit der Enquete darlegen sowie mit Bürgerinnen und Bürgern diskutieren konnten. Bevor es eine eigens eingerichtete Beteiligungsplattform gab, bot ein Forum Platz für Austausch und direkten Kontakt zwischen Kommission und Öffentlichkeit.

Der Wunsch, mit der Arbeit der Enquete-Kommission neue Formen der öffentlichen Kommunikation zu erproben und damit mehr Transparenz der parlamentarischen Abläufe zu ermöglichen, zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Arbeit der Kommission. Bei der Erkundung neuer Kommunikationsformen und neuer Wege politischer Willensbildung überschritt die Kommission bislang bewährte Grenzen. Erwartungsgemäß erwiesen sich nicht alle Neuerungen als geeignet, andererseits haben sich auch manche Befürchtungen als unbegründet erwiesen. So blieb zum Beispiel der Moderationsaufwand

in den Dialogformaten entgegen den Erwartungen überschaubar, da sich der überwiegende Teil der Diskutanten eines respektvollen Tons bediente. Andererseits nahmen insgesamt auch weniger Menschen als erwartet das Kommunikationsangebot in Blogs und Foren an, direkt mit den Mitgliedern der Kommission in Kontakt zu treten. Diskussionen verliefen im Allgemeinen sachlich und themenzentriert, sprachen aber nur einen relativ kleinen Kreis von Menschen an.

Eine Teilöffentlichkeit verfolgte die Arbeit der Kommission mehr oder weniger intensiv über den Kurznachrichtendienst Twitter, auf dem die Kommission einen offiziellen Account einrichtete und Nachrichten an zuletzt fast 7 000 Bürgerinnen und Bürger verschickte. Über Twitter konnten Interessierte auch aktiv an den öffentlichen Anhörungen teilnehmen und Fragen an die Anwesenden stellen. Diese Möglichkeit wurde in jeder Anhörung genutzt.

Sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kommission führten die neuen Kommunikationsmöglichkeiten zu einer Debatte über die Frage, wie viel Transparenz notwendig ist und wo sinnvollerweise Grenzen zu ziehen sind. Einige argumentierten, Transparenz könne zu mehr Vertrauen in demokratische Abläufe und politische Akteure führen. Andere hielten dagegen, die repräsentative Demokratie in Deutschland basiere auf Vertrauen. Die Abgeordneten würden in demokratischen Wahlen durch die Bürger legitimiert, so dass die Forderung nach mehr Transparenz auch als Ausdruck eines übersteigerten Misstrauens gewertet werden könne.⁷

Mit Blick auf die Auswirkungen einer stärkeren Einbindung der Öffentlichkeit in die parlamentarischen Abläufe bestand zum Beispiel die Sorge, in öffentlichen Enquete-Sitzungen würden nur noch inszenierte Schaukämpfe geführt, während der tatsächliche Meinungs austausch sich in andere nicht-öffentliche Räume verlagere. In den öffentlichen und im Internet übertragenen Sitzungen arbeiteten Sachverständige und Abgeordnete jedoch ebenso konzentriert wie sie leidenschaftlich stritten. Die Kameron wurden zunehmend zur Normalität, auch wenn manche Mitglieder eine Diskrepanz zwischen der konstruktiven Arbeitsatmosphäre in den nicht-öffentlichen Projektgruppensitzungen und den mitunter vom Dissens geprägten Stil in den öffentlichen Enquete-Sitzungen empfanden. Den Streit in die Öffentlichkeit zu tragen, empfanden einige Mitglieder zwar als Zumutung für die Zuschauer, insgesamt hielt sich das Unbehagen jedoch in Grenzen. In manchen Situationen mögen die Kameras gar disziplinierende Wirkung gehabt und zur Kompromissfindung beigetragen haben. Jedoch sollte auch diese Wirkung nicht überschätzt werden.

Kontrovers diskutierten die Mitglieder das Anliegen, auch die Sitzungen der Projektgruppen im Internet zu

⁵ Vgl.: § 69 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

⁶ Vgl.: Bundestagsdrucksache 17/950. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700950.pdf>

⁷ Vgl.: Han, Byung-Chul: Diskussionskultur im Internet: Im Reich der namenlos Nackten. In: Tagesspiegel vom 29. April 2012. Online abrufbar unter: <http://www.tagesspiegel.de/meinung/andere-meinung/diskussionskultur-im-internet-im-reich-der-namenlos-nackten/6569178.html>

übertragen. In diesen kleineren Runden wird die inhaltliche Arbeit geleistet und findet der eigentliche Meinungsbildungsprozess statt. Die Forderung einiger Mitglieder nach Öffentlichkeit dieser Runden ging anderen zu weit: Es müsse auch geschützte Räume geben, in denen man im kleinen Kreis unbeobachtet Meinungen austauschen und vielleicht auch einmal Auffassungen ändern könne, ohne sich öffentlich erklären zu müssen.

Schließlich kam man zu dem Kompromiss, jede Projektgruppe darüber abstimmen zu lassen. Die meisten entschieden sich zwar, die Sitzungen öffentlich abzuhalten. Eine Übertragung aller Projektgruppensitzungen ins Internet war angesichts fehlender Ressourcen zur Aufnahme und Übertragung allerdings nicht möglich. Gegen Ende der Arbeit ging man deshalb dazu über, ausgewählte Projektgruppensitzungen zu übertragen, zum Beispiel solche, in denen weitere externe Experten eingeladen waren. Die eigentliche Textarbeit wurde weitgehend in öffentlichen Sitzungen der Projektgruppen erledigt, an denen Bürgerinnen und Bürger nach Anmeldung persönlich teilnehmen konnten.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Arbeit der Enquete-Kommission in einem Maß öffentlich dokumentiert, erläutert und damit im eigentlichen Sinne transparent gemacht wurde, wie es bisher in keinem anderen Gremium des Deutschen Bundestages erfolgte. Die Enquete-Kommission hat hier eine Vorreiterrolle eingenommen, mit allen Konsequenzen und Konflikten, die dies mit sich bringt. Diese Öffnung des parlamentarischen Betriebes kostete Ressourcen, Mut und die Auseinandersetzung mit denjenigen, die die bewährten Verfahrensweisen für ausreichend hielten. Nicht alles Wünschenswerte oder Gewünschte wurde umgesetzt, aber das was umgesetzt wurde, hatte Hand und Fuß. Die gesammelten Erfahrungen wurden teils umgehend auf andere parlamentarische Gremien übertragen. Für die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ gehören öffentliche Sitzungen und neue Kommunikationsformen wie Chats heute bereits zur Normalität.

II.3 Kollaborative Arbeitstechniken und Texterstellung

Die große Anzahl der Projektgruppen und der Anspruch, zu jedem der zwölf Themen einen Zwischenbericht zu verfassen, machte eine effektive Arbeitsteilung notwendig. Die Texte der Projektgruppen entstanden in einem kollaborativen Prozess, bei dem einzelne Sachverständige oder Abgeordnete Texte vorlegten, die anschließend diskutiert, verändert, ergänzt oder verworfen wurden. Die zwölf Zwischenberichte haben jeweils einen Umfang von 70 bis 150 gedruckten Seiten. Auf der Basis von Bestandsaufnahmen werden darin Handlungsempfehlungen an den (künftigen) Gesetzgeber formuliert. Großer Wert wurde hierbei – wie in Enquete-Kommissionen üblich – auf möglichst breit akzeptierte, im Konsens verfasste Textteile gelegt, die Geschlossenheit demonstrieren sollen.

Zu Beginn der Enquete-Kommission wurde für die Texterstellung ein Etherpad eingerichtet, ein webbasierter Texteditor. Dieses Werkzeug schien sich besonders für das gemeinsame Erstellen eines Textes in einem festgelegten Zeitraum zu eignen. Die jeweils gültige Textfassung ist in einer Bearbeitungsoberfläche online abrufbar, Veränderungen sind schnell sichtbar.

Die Akzeptanz dieses Texterstellungswerkzeuges war bei den Mitgliedern der Enquete-Kommission unterschiedlich groß. Dies lag nicht zuletzt auch daran, dass die Zugangshürden aufgrund der Sicherheitsbestimmungen auf den Servern des Deutschen Bundestages hoch sind. Das mehrstufige Anmeldeprozedere mit zwei unterschiedlichen Passwörtern schien den meisten Mitgliedern ein zu hoher Aufwand bei zu geringem Nutzen. Zudem war das Werkzeug für die meisten neu. Einige Mitglieder gingen dazu über, privat eingerichtete Pads mit weniger hohen Zugangshürden zu nutzen. Letztlich wurde das Bundestags-Etherpad dann in zwei von zwölf Projektgruppen umfassend eingesetzt.

Gute Erfahrungen wurden in der letzten Arbeitsphase mit einer webbasierten Videokonferenztechnik gemacht, die einige zusätzliche Termine möglich werden ließ, ohne dass Reisekosten angefallen wären.

Wenig genutzt wurde hingegen das interne Online-Forum zum Meinungsaustausch zwischen den Projektgruppenmitgliedern. Der Meinungsaustausch fand vielmehr im herkömmlichen Rahmen statt: In den Sitzungen der Projektgruppen, den internen Runden in den jeweiligen Fraktionen und natürlich während und am Rande der Enquete-Sitzungen.

III. Experimentierfeld Enquete: Online-Bürgerbeteiligung im Deutschen Bundestag

Die Absicht der Internet-Enquete, auf dem Feld der Online-Bürgerbeteiligung Neuland zu erschließen, zog sich wie ein roter Faden durch die Laufzeit der Kommission. Bereits im Einsetzungsantrag vom 3. März 2010 hieß es:

„Die Enquete-Kommission bezieht die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit mit ein. Über die Arbeit der Kommission wird regelmäßig und so transparent wie möglich auf der Internetseite des Deutschen Bundestages informiert. Dort werden zudem Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, die Anregungen aus der Öffentlichkeit in geeigneter Weise in die Arbeit der Kommission einfließen lassen können.“

Der am 4. März 2010 einstimmig vom Deutschen Bundestag angenommene Antrag enthielt damit alle wesentlichen Zielvorgaben für ein bisher einmaliges Experiment: Die Arbeit der Enquete sollte für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sein und sie in die Lage versetzen, sich mit Vorschlägen und Ideen in die Arbeit der Kommission einzubringen. Der erste Teil des Auftrages wurde schnell umgesetzt. Mit der Microsite www.internetenquete.de richtete die Verwaltung des Bundestages im Rahmen des Internetangebots www.bundestag.de eine Seite mit eigener Navigation ein, die von einer eigens eingestellten

Online-Redakteurin betreut wurde. Hier fand von Beginn an eine ausführliche und aktuelle Berichterstattung über die einzelnen Arbeitsschritte der Kommission statt.

Da die Beteiligung der Öffentlichkeit eine umfangreiche Information voraussetzte, war es notwendig, die Arbeit der Kommission ausführlicher als bisher im Bundestag üblich zu dokumentieren. So erschienen auf der Seite der Kommission nicht nur Protokolle und Tagesordnungen, sondern auch umfassende Berichte über die Arbeit in den Projektgruppen. Darin wurde – bis auf wenige Ausnahmen – aus fast allen der 179 Projektgruppensitzungen berichtet. In den Texten ging es darum, welche Themen diskutiert, welche Konfliktlinien deutlich und welche Ergebnisse in den Kleingruppen erzielt wurden. Dabei wurde darauf geachtet, die Ergebnisse möglichst fraktionsübergreifend wiederzugeben. Entgegen anfänglicher Befürchtungen, eine neutrale Berichterstattung sei schwierig zu bewerkstelligen, genossen die Berichte bald große Akzeptanz.

Jede der zwölf Projektgruppen bekam zudem einen eigenen Dokumentationsbereich.⁸ Hier wurden die Ergebnisse der Projektgruppensitzungen veröffentlicht, eine aktuelle Liste der Mitglieder hinterlegt, dazu Protokolle und Tagesordnungen und in Auftrag gegebene Gutachten. Nach und nach war es für Außenstehende möglich, die inhaltliche Arbeit in den Projektgruppen kleinteilig nachzuvollziehen. Von der Erstellung des Arbeitsplans über die verschiedenen Diskussionen und die Auseinandersetzung über einzelne Teilfragen – teilweise in weiteren kleineren Expertengesprächen – bis zur Entstehung und Verabschiedung des kompletten Berichts in der Kommission wurde sichtbar, wie die Mitglieder sich den Themen näherten, wie sich gemeinsame und unterschiedliche Positionierungen formten und welches Ergebnis am Ende vorgelegt wurde. Die öffentliche Dokumentation dieser Arbeitsschritte unterschied sich deutlich von vorhergehenden Enquete-Kommissionen, die im Wesentlichen unsichtbar für die breite Öffentlichkeit arbeiteten und am Ende einen Zwischen- oder Schlussbericht vorlegten, ohne dass hätte mit verfolgt werden können, wie diese Ergebnisse entstanden waren.

Das Interesse an den Dokumenten auf der Internetseite der Kommission unterlag Schwankungen, war jedoch insgesamt vergleichsweise hoch. Die Zugriffszahlen überstiegen meist die der anderen Ausschüsse des Deutschen Bundestages und lagen durchschnittlich bei 20 000 Zugriffen im Monat. In einer eigenen Mediathek konnten zudem die Sitzungen der Enquete und die öffentlichen Expertengespräche der Projektgruppen auch nach der Live-Ausstrahlung⁹ als Video-on-Demand abgerufen werden.¹⁰ Die Filme verzeichneten insgesamt 63 400 Abrufe.

⁸ Vgl. zum Beispiel den Bereich der Projektgruppe Urheberrecht. Online abrufbar unter: <http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Urheberrecht/index.jsp>

⁹ Anmerkung: Eine Statistik der Livestream-Abrufe gibt es aus technischen Gründen nicht.

¹⁰ Anmerkung: Die Mediathek der Enquete-Kommission ist online abrufbar unter: <http://www.bundestag.de/internetenquete/mediathek/index.jsp>

Darüber hinaus wurde ein Forum eingerichtet, welches vor allem am Anfang der Kommissionsarbeit die Möglichkeit bot, die Bürgerinnen und Bürger in die parlamentarische Arbeit einzubeziehen.

III.1 Die Beteiligungsplattform enquetebeteiligung.de

Die Kommission beschäftigte sich parallel von Beginn an mit der Entwicklung eines Konzeptes für die Umsetzung des zweiten Teils des Einsetzungsauftrages, der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. In der Klausurtagung am 16./17. Mai 2010 beschlossen die Mitglieder die Einrichtung einer eigenen Arbeitsgruppe, die sich mit den Fragen hierzu beschäftigen sollte. Diese Arbeitsgruppe bestand nicht nur aus Kommissionsmitgliedern, sondern auch aus Mitgliedern der Bundestagsverwaltung und Fraktionsmitarbeitern.

Diese Online-Arbeitsgruppe entschied sich in einem mehrstufigen Auswahlverfahren für das Beteiligungstool Adhocracy.¹¹

Am 24. Februar 2011 ging die Plattform enquetebeteiligung.de¹² online. Auf Initiative des Abgeordneten Jimmy Schulz (FDP) war sie auch unter <http://www.demokratie.de> erreichbar. In Zusammenarbeit mit dem gemeinnützigen Verein Liquid Democracy e. V. wurde auf der Basis der Open Source-Software Adhocracy eine auf die Bedürfnisse der Kommissionsarbeit zugeschnittene Anwendung entwickelt. Später übernahm der Verein auch die entsprechenden Serverkosten. Zeitweise arbeiteten bis zu 15 ehrenamtliche Mitarbeiter, Programmierer, Entwickler und Projektleiter an der Plattform. Zusammen mit einigen Kommissionsmitgliedern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Enquete-Sekretariats begann der Versuch, die Arbeitsabläufe in der Kommission mit den Erfordernissen der Online-Beteiligung zu verzahnen.

In den ersten Tagen und Wochen nach dem Launch der Plattform meldeten sich gut tausend Bürgerinnen und Bürger an, um an dem Experiment teilzunehmen. Die Zahl der Teilnehmenden stieg bis zum Ende der Enquete auf mehr als 3 250 und blieb damit insgesamt hinter den Erwartungen zurück. Die Zahl der Besucher lag bei etwa 30 000. Die Anzahl der Aktionen, also der Bewertungen, Textbearbeitungen etc., betrug rund 80 000. Bei den Abstimmungen lagen die Beteiligungszahlen oft im ein- oder zweistelligen Bereich.

Zu mehr Übersichtlichkeit trug der Relaunch der Plattform im Dezember 2011 bei. Dabei wurde die sogenannte Usability, also die Bedienbarkeit, verbessert. Die Seite wurde übersichtlicher, der Einstieg für erstmalige Nutzerinnen und Nutzer einfacher und die allgemeine Nutzerführung optimiert.

¹¹ Anmerkung: Das Beteiligungstool ist online abrufbar unter: <https://adhocracy.de>

¹² Anmerkung: Die Plattform ist online abrufbar unter: <https://enquetebeteiligung.de>

III.2 Verlauf der Bürgerbeteiligung

Die Textarbeit in den Projektgruppen, die inhaltlich das Herzstück der Enquete-Kommission bildete, stand zunächst im Zentrum des Beteiligungsprozesses. Gleich zu Beginn hatten die Kommissionsmitglieder mehrheitlich entschieden, auf der Plattform diejenigen Texte zu veröffentlichen, die in der Projektgruppe Konsens gefunden hatten. Der Wunsch einiger Kommissionsmitglieder, dem Vorschlag der Liquid Democracy-Mitarbeiter folgend, bereits im Vorfeld auch noch nicht abgestimmte Texte online zu stellen, wurde nicht berücksichtigt.

Mit diesen einvernehmlich erarbeiteten und öffentlich einsehbaren Papieren auf der Beteiligungsplattform veröffentlichte erstmals ein Gremium des deutschen Parlaments Arbeitspapiere, die zwar bereits intern zwischen den Fraktionen abgestimmt, aber noch nicht von der Kommission insgesamt verabschiedet worden waren. Diese Veröffentlichung bereits in der Arbeitsphase sollte die Beteiligung der Öffentlichkeit auf Augenhöhe möglich machen. Um die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, wurden verschiedene Möglichkeiten ausprobiert.

Da sich die Implementierung der Plattform um einige Monate verzögert hatte, war es erst für die zweite und dritte Runde der Projektgruppen möglich, die Öffentlichkeit von Beginn an in den Arbeitsprozess einzubeziehen. Die ersten vier Projektgruppen Netzneutralität, Urheberrecht, Medienkompetenz und Datenschutz, Persönlichkeitsrechte starteten damit in medias res. Anders als in den acht darauffolgenden Gruppen konnte man die Öffentlichkeit zum Beispiel nicht an der Sammlung der Themen und der Aufstellung des Arbeitsprogramms beteiligen. Die Abläufe mussten erst ausprobiert und angepasst werden.

Obwohl die ersten vier Projektgruppen nicht von Beginn an mit den Werkzeugen der Beteiligungsplattform arbeiten konnten, versuchten sie dennoch, die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen. Teilweise geschah dies noch mit Hilfe des Forums¹³, später dann auf der Plattform <https://enquetebeteiligung.de>.

Hier bekam jede der zwölf Projektgruppen einen eigenen Bereich. Über den Navigationspunkt „Projektgruppen“ und nach dem Klick auf eines der Enquete-Themen stellte sich die entsprechende Projektgruppe mit einem kurzen, regelmäßig aktualisierten Begrüßungstext vor. Hier wurde auf die aktuellen Möglichkeiten der Beteiligung, auf den Informationsbereich zur Projektgruppe auf der Microsite sowie auf Fristen und Termine hingewiesen.

Neben dieser Übersicht verwies die Navigation im Bereich der Projektgruppen zudem auf „Papiere“, „Vorschläge“, „Termine“ und „Mitglieder“.

Unter „Papiere“ wurden die konsensual durch die Projektgruppen verabschiedeten Arbeitspapiere veröffentlicht. Das Sekretariat stellte diese nach und nach ein, wenn ein Papier in einer Projektgruppensitzung verabschiedet worden war. „Papiere“ wurden dementsprechend nur durch das Sekretariat, nicht aber durch die Nutzerinnen und Nutzer eingestellt.

Die Vorschläge der Nutzerinnen und Nutzer konnten im Bereich „Vorschläge“ angelegt werden. Wer einen neuen Vorschlag anlegen, einen bestehenden bewerten oder kommentieren wollte, musste sich mit einem Nutzernamen und einer gültigen E-Mail-Adresse auf der Plattform registrieren. Der Registrierungsprozess dauerte wenige Minuten und war nach dem Klick auf einen Link in einer an die angegebene Adresse verschickten Aufforderung zur Bestätigung abgeschlossen.

Unter dem Navigationspunkt „Termine“ waren die Termine der Projektgruppensitzungen mit Tagesordnung sowie weitere Termine angegeben, etwa das Ende einer Beteiligungsfrist.

Unter „Mitglieder“ waren die für die Projektgruppe registrierten Nutzerprofile aufgelistet. Hier wurden die Nutzerinnen und Nutzer aufgeführt, die der Projektgruppe virtuell beigetreten waren. Mit der Registrierung wurden die Nutzer also nicht automatisch Mitglied jeder Projektgruppe, sondern nur in jenen, denen sie aktiv beigetreten waren.

Der Registrierungsprozess selbst und das Beitreten einer Projektgruppe dauerte wenige Minuten. Erforderlich war die Angabe eines Nutzernamens und einer gültigen E-Mail-Adresse. Nach dem Klick auf einen Link in einer an die angegebene Adresse verschickten Aufforderung zur Bestätigung war die Registrierung schnell abgeschlossen. Der Beitritt zu einer oder mehreren Projektgruppen war danach jederzeit möglich.

Bei der Registrierung wurden bewusst nur wenige Pflichtangaben abgefragt. Auf Wunsch konnte aber eine Kurzbiografie angelegt werden. Über das persönliche Profil konnten Nutzerinnen und Nutzer optional angeben, ob sie mehr oder weniger Benachrichtigungen erhalten wollten. Möglich war auch der Zugang über eine sogenannte OpenID, ein dezentrales Authentifizierungssystem.

Registrierte Nutzerinnen und Nutzer gelangten zunächst auf eine personalisierte Übersichtsseite. Hier wurden ihnen aktuelle Vorschläge und Papiere in den Projektgruppen angezeigt, in denen sie Mitglied waren.

Zu diesen Projektgruppen konnten sie eigene Vorschläge anlegen, einen bestehenden Vorschlag bewerten oder kommentieren. Außerdem konnten sie Änderungsvorschläge zu den Papieren der Projektgruppen einreichen:

Um einen Vorschlag anzulegen, mussten die Nutzer einen Titel eingeben und in einem Textfeld beschreiben, welche Ziele der Vorschlag verfolgt. Dabei war es möglich, den Vorschlag einem Themenbereich innerhalb der Projektgruppe zuzuweisen. Außerdem konnte eine Verknüpfung mit einem Termin hergestellt werden. Dies erfolgte über

¹³ Vgl. Kapitel 6 Bericht zur Bürgerbeteiligung der Projektgruppe Urheberrecht. In Deutscher Bundestag: Dritter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Bundestagsdrucksache 17/7899, S. 102 ff. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/078/1707899.pdf>

ein Ausklappen. Zudem gab es die Möglichkeit, den Vorschlag mit sogenannten Tags, also Suchbegriffen zu verschlagworten. Diese Suchbegriffe wurden auf der Vorschläge-Übersichtsseite angezeigt und erleichterten das Auffinden bereits eingereicherter Vorschläge.

Eine weitere Möglichkeit der Mitarbeit war das Einreichen eines konkreten Änderungsvorschlags zu einem bereits durch die Projektgruppe veröffentlichten Papier. Dafür wurde direkt am Papier ein neuer Vorschlag angelegt. Auch hier konnten Nutzerinnen und Nutzer die Ziele des Änderungsvorschlags schildern, einen Bereich auswählen, eine Terminverknüpfung herstellen und Schlagworte anlegen. Beim Anlegen eines Vorschlags konnten sie außerdem entscheiden, ob ihr Vorschlag durch Dritte zu bearbeiten sein sollte.

Die Vorschläge konnten kommentiert und bewertet werden. Um einen Kommentar zu schreiben, klickten Nutzerinnen und Nutzer an einem Vorschlag oder einem Kommentar auf „antworten“ und formulierten ihren Kommentar. Zusätzlich gab es die Möglichkeit, Kommentare mit einer Gewichtung („zugunsten“, „neutral“ oder „gegen“) zu versehen.

Die Bewertung erfolgte direkt am Kommentar durch das Anklicken eines grünen Pfeilsymbols nach oben oder eines roten Pfeilsymbols nach unten. Das Ergebnis wurde entsprechend angezeigt.

Mit diesem System sollten Nutzerinnen und Nutzer in unterschiedlichem Umfang die Möglichkeit zur Beteiligung haben – je nach ihrem Zeitbudget, ihren Interessen und Kenntnissen.

Durch den späten Einstieg der ersten Projektgruppen in die Nutzung der Beteiligungsplattform, aber auch durch die Tatsache, dass die Enquete-Kommission für das Experiment Online-Bürgerbeteiligung nicht auf die Erfahrungen anderer Gremien zurückgreifen konnte, verlief der Beteiligungsprozess in jeder Projektgruppe unterschiedlich. Insgesamt haben sich verschiedene Varianten abgezeichnet, wie die Projektgruppen mit den Vorschlägen der Öffentlichkeit umgegangen sind:

- Wortgenaue Übernahmen in die Handlungsempfehlungen (Zum Beispiel in der Projektgruppe Medienkompetenz, wo zwei der insgesamt zwölf Empfehlungen von der Plattform stammen.);
- Inhaltliche Übernahmen mit Verweis auf die Beteiligungsplattform (Zum Beispiel in der Projektgruppe Bildung und Forschung.);
- Dokumentation der Vorschläge mit beziehungsweise ohne Begründung, warum sie nicht übernommen wurden, als Teil des Berichts oder im Anhang (Zum Beispiel in den Projektgruppen Demokratie und Staat sowie Urheberrecht.);
- Übernahme der Vorschläge in den Sondervoten (Zum Beispiel in den Projektgruppen Datenschutz, Persönlichkeitsrechte und Netzneutralität.);

- Neue Formen außerhalb der Plattform, Blogparade (Zum Beispiel in der Projektgruppe Kultur, Medien, Öffentlichkeit.).

Das Experimenthafte zeigte sich auch im laufenden Betrieb der Plattform. Viele Fragen stellten sich erst im Verlauf der Projektgruppenarbeit. So nutzten die ersten Projektgruppen das Prinzip des „Einfrierens“. Dabei waren die Diskussions- und Abstimmungsphase im Beteiligungsprozess deutlich voneinander getrennt. Der Diskussionsstand und die Bewertungen wurden an einem zu vor bestimmten Termin „eingefroren“, erst danach erfolgte die eigentliche Abstimmung. In der Praxis bewährte sich diese Methode für die Enquete-Projektgruppen nicht, denn nur wenige Nutzer nahmen teil. Manche empfanden den Ablauf auch als missverständlich. Später wurde auf diese Phase verzichtet, die Gewichtung wurde durch die Möglichkeit der Zustimmung oder Ablehnung per Klick vorgenommen.

Andere Fragen betrafen die Handhabung der Ergebnisse aus den Projektgruppen und gingen sehr ins Detail, etwa beim Einstellen der Papiere der Projektgruppen auf der Plattform. Die Papiere wurden in einer hierarchischen Gliederung angelegt, Unterpapiere erhielten beim Anlegen ein sogenanntes Elternpapier, ein in der Gliederung des Gesamtdokuments vorangehender Abschnitt, um die Gliederungsstruktur sichtbar zu machen. Ziel war es, die konsensualen Papiere unter der im veröffentlichten Arbeitsprogramm angelegten Nummerierung zu veröffentlichen. Fragen ergaben sich etwa, wenn die Projektgruppe im Laufe der Zeit die Struktur ihres Arbeitsprogramms änderte. Eine Umbenennung der veröffentlichten Papiere auf der Plattform war dann nicht möglich.

Schwierigkeiten für eine möglichst nutzerfreundliche Aufbereitung der Papiere ergaben sich auch, wenn das Elternpapier, meist die Einleitung zu einem Thema, noch nicht verabschiedet war, Unterpapiere aber bereits veröffentlicht werden konnten. Bei einigen Projektgruppen wurde deshalb gleich zu Beginn die ganze Struktur des Arbeitsprogramms inklusive Überschriften eingestellt und die zunächst leeren Papiere sukzessive gefüllt. Bei anderen erfolgte das Anlegen der Papiere erst dann, wenn das entsprechende Dokument durch die Projektgruppe konsensual erstellt war. Manchmal wurde es notwendig, Papiere für die Plattform aufgrund ihrer Länge zwecks besserer Lesbarkeit in zwei oder mehr Teile zu splitten. Die Dokumentstruktur der Projektgruppenberichte wurde teilweise vereinfacht, Unterkapitel aus nachgeordneten Gliederungsebenen zusammen in einem Papier veröffentlicht, um die Struktur übersichtlicher zu machen. Fußnoten wurden in den Fließtext eingearbeitet.

Um eine bessere Rückmeldung dahingehend zu ermöglichen, was mit den Vorschlägen der Öffentlichkeit geschehen war, wurde Mitte 2012 die Funktion der sogenannten Badges eingeführt. Damit konnten am Ende der Projektgruppenarbeit die einzelnen Vorschläge gekennzeichnet werden, beispielsweise mit dem Begriff „Beraten“, „Angenommen“ oder „Nicht zum Thema“.

Für den laufenden Betrieb war wichtig, dass die Projektgruppen die Online-Bürgerbeteiligung jederzeit im Blick behalten und einplanen mussten. Für die einzelnen Beteiligungsschritte mussten ausreichende Fristen vorgesehen, für die Beratung der Vorschläge Zeit in den Sitzungen eingeräumt werden. Die Herausforderung lag in der Verzahnung der parlamentarischen Abläufe in den Projektgruppen mit dem Beteiligungsprozess. Dies war für alle Beteiligten eine neue Erfahrung: Für die Mitglieder der Projektgruppe, die die Bürgerbeteiligung mitdachten, für die Bürgerinnen und Bürger, die Verständnis und auch Kenntnisse über die parlamentarischen Prozesse aufbringen und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die Verzahnung organisatorisch abbilden mussten.

In der Praxis zeigte sich, dass das Interesse der Bürgerinnen und Bürger gering war, sich intensiv mit den bereits abgestimmten Texten aus der Projektgruppe zu befassen. Es wurden kaum Textänderungen für die Papiere vorgeschlagen beziehungsweise Ergänzungen verfasst. Allerdings wurden die hinterlegten Texte offensichtlich genutzt, um sich über den Stand der Beratungen zu informieren.

Dies konnte man insbesondere an den eingereichten Vorschlägen erkennen, die in vielen Fällen über die in den Texten behandelten Themen hinausgingen. Die Zahl der Vorschläge reichte von neun für die Projektgruppe Internationales und Internet Governance bis 81 für die Projektgruppe Demokratie und Staat. Für letzteres Thema zeigte die Öffentlichkeit ein besonders großes Interesse. Hier gingen nicht nur die meisten Vorschläge ein, sondern wurden auch die meisten Papiere eingestellt und Diskussionen geführt. Mehrere Projektgruppenmitglieder und der Vorsitzende wiesen mehrmals auf Twitter und in ihren Blogs auf die Teilnahmemöglichkeiten zu diesem Thema hin.

Die Bereitschaft der Mitglieder, die Plattform zu bewerben, war unterschiedlich ausgeprägt. Einige engagierten sich über das übliche Maß hinaus und nutzten in ihren öffentlichen Auftritten auch außerhalb des Bundestages die Gelegenheit, auf das Experiment hinzuweisen, andere taten dies wenig oder unterließen es ganz. Das spiegelte in etwa den Stellenwert wider, den die Online-Bürgerbeteiligung bei den einzelnen Mitgliedern hatte. Zwar waren sich die Mitglieder im Grundsatz einig, sich für den Versuch einzusetzen. Die Bereitschaft, die Beiträge der Plattform in die eigenen Arbeitsabläufe einzubinden, war jedoch unterschiedlich ausgeprägt. Manche versuchten, die Bürgerbeteiligung stets mit zu denken, andere waren dazu nur wenig oder nicht bereit.

Es war für die parlamentarischen Abläufe insgesamt nichts Neues, inhaltliche Beiträge von außen in den Meinungsbildungsprozess mit einzubinden. Dies geschah und geschieht seit jeher über die Interessenvertretungen, über die Sprechstunden in den Wahlkreisen, über Institutionen und Verbände. Das Parlament verfügt bereits über ein äußerst großes und engmaschiges Netzwerk, das dazu beiträgt, dass Informationen von außen in die parlamentarischen Beratungen einfließen können. So war die Herausforderung für jeden Einzelnen groß, in die meist bewährten Abläufe kontinuierlich einen weiteren Akteur, die Öffentlichkeit, zu integrieren und Zeitfenster für die Beteiligung offen zu halten.

Ziel war es, eine Beteiligung zeitnah und kontinuierlich zu ermöglichen, ohne die Abläufe unnötig in die Länge zu ziehen oder komplizierter zu gestalten. Es zeigte sich, dass dies unterschiedlich gut gelang. Je kontinuierlicher die Beteiligung „mitgedacht“ wurde, desto geräuschloser und effizienter gelang die Integration. Gab es innere oder äußere Widerstände gegen die Online-Bürgerbeteiligung, wurde auch der Prozess mühselig und wenig effizient.

Für alle Beteiligten war es ungewohnt, die Beiträge von außen in die eigenen Überlegungen mit einfließen zu lassen. Wie oben geschildert, gab es dafür weder etablierte Strukturen noch zeitliche Freiräume. Meist wurden die zusätzlichen Beiträge zwar als ein Zugewinn an Informationen betrachtet, den man würdigen sollte. In der Praxis jedoch erhöhte die Bürgerbeteiligung den Aufwand an Abstimmung und Informationsdichte, die bei zwölf sehr unterschiedlichen Themenfeldern ohnehin groß war. Besonders am Ende der Enquete, als die Zeit stets knapper wurde, wurde auch die Bereitschaft geringer, sich intensiv mit den Beiträgen aus der Öffentlichkeit auseinander zu setzen. Andererseits gab es Projektgruppen wie Kultur, Medien, Öffentlichkeit, die über die Beteiligungsplattform hinaus neue Formen der Bürgerbeteiligung ausprobierte und eine erfolgreiche Blogparade initiierte.

Eine Erweiterung erfuhr die Bürgerbeteiligung durch die Möglichkeit für Verbände und Interessengruppen, ihre Positionen öffentlich über die Beteiligungsplattform in die Arbeit der Enquete einzubringen. Dies nutzten bekannte Organisationen wie der BUND oder ein etablierter Schulbuchverlag genauso wie eher kleinere Bürgerinitiativen, die ansonsten über keinen direkten, bereits etablierten Zugang zum Parlament verfügten.¹⁴

Im Ergebnis blieb die Online-Beteiligung zwar zahlenmäßig hinter den Erwartungen zurück. Die Qualität der Beiträge aber war oft sehr hoch. Es gab wenig sogenannte Off-Topic-Beiträge. Ein Eingreifen der Moderatoren wurde nicht notwendig.¹⁵

Wie die Projektgruppen im Einzelnen mit den Vorschlägen der interessierten Öffentlichkeit verfahren sind und welche inhaltlichen Anregungen sie nutzen konnten, zeigt der folgende Abschnitt.

III.3 Ergebnisse der Bürgerbeteiligung in den Berichten der einzelnen Projektgruppen

III.3.1 Medienkompetenz

Fast acht Monate nach dem Start der Beteiligungsplattform erschien bereits der erste inhaltliche Zwischenbericht der Internet-Enquete zum Thema Medienkompe-

¹⁴ Vgl. zum Beispiel die Vorschläge des BUND Bayern e.V. auf der Plattform. Online abrufbar unter: <https://wirtschaft.enquetebeteiligung.de/user/BUNDBayern>

¹⁵ Anmerkung: Die Zeppelin-Universität hat bereits im Januar 2013 eine ausführliche Bewertung von enquetebeteiligung.de vorgenommen. Vgl. Große, Katharina/von Lucke, Jörn (2013): Der Erfolg von enquetebeteiligung.de. Begleitforschung zur Adhocracy-Plattform der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Abrufbar unter: <https://fold.liqd.net/files/2011/10/Der-Erfolg-von-enquetebeteiligung-V1.pdf>

tenz.¹⁶ Die Kommission hatte sich in dem Bericht auf zwölf gemeinsame Handlungsempfehlungen einigen können. Darunter fanden sich zwei, die über die Plattform eingereicht worden waren. Die erste Empfehlung betraf die „Förderung des Peer-to-Peer-Lernens“, bei der Orte und Strukturen gefordert werden, damit Gleichaltrige voneinander lernen können.¹⁷ Der Vorschlag wurde wortgleich von der Online-Plattform in die Bundestagsdrucksache übernommen. Er war von einem Mitarbeiter des JFF Instituts für Medienpädagogik in Forschung und Praxis eingestellt worden und hatte in der Online-Diskussion überwiegend Zustimmung erfahren: „Ja, genau das! Der Vorschlag greift mit seinem peer-to-peer-Ansatz sehr schön ein wesentliches Prinzip pädagogischer Arbeit auf. Der Bildungsbegriff „informell/formell“ macht die Bandbreite der Lernprozesse deutlich.“¹⁸ Allerdings gab es auch Kritik: „Ich bräuchte da mal eine Arbeitsdefinition von „peer-to-peer-Lernen“. Und ist intensives, eigenständiges, selbstgesteuertes, interessengeleitetes Handeln in sozialen Netzen nicht genau das, was die Kinder so am Nachmittag machen? Also einfach Schulstunden reduzieren und die Kinder mit einem Haufen Technik allein lassen?“¹⁹

Die zweite, wortgleich übernommene Handlungsempfehlung „Computerspielpädagogik als Aufgabe der Medienpädagogik“²⁰ stammt ebenfalls von einem professionellen Akteur, der AG Computerspiele und Pädagogik des Kongresses „Keine Bildung ohne Medien“²¹. Die Empfehlung enthält die Forderung nach der Einbeziehung von Computerspielen in die Medienpädagogik, da diese „Bestandteil der konvergenten Medienwelt und unserer Kultur“ seien.²² Der eingebrachte Vorschlag enthält noch drei weitere Absätze, die nicht in die Handlungsempfehlung der Kommission übernommen wurden. Damit unterstrichen die Projektgruppenmitglieder, dass sie letztlich die Entscheidung darüber fällen, was und in welcher Form in die Handlungsempfehlung Eingang fand.

III.3.2 Urheberrecht

Die Projektgruppe Urheberrecht nutzte zunächst das Forum, um Fragen der Bürgerinnen und Bürger für die öffentliche Anhörung „Entwicklung des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft“ am 29. November 2010 zu

sammeln. Von den 15 gezielten Fragen an die Experten wurden schließlich vier während der Anhörung gestellt.²³

Nachdem ab dem 24. Februar 2011 die Beteiligungsplattform genutzt werden konnte, stellte die Projektgruppe ihre gesamten Texte ein und gab sie zur Bearbeitung frei. Dazu wurden 19 Vorschläge unterbreitet. In einer zweiten Phase gab es die Möglichkeit, eigene Handlungsvorschläge einzubringen. Dies wurde elf Mal genutzt, so dass der Projektgruppe am Ende der zweiten Beteiligungsphase 30 Vorschläge vorlagen, von denen 28 einen direkten Bezug zu den von der Gruppe diskutierten Themen aufwies. Zwar wurden diese ausführlich diskutiert und fanden inhaltlich an vielen Stellen Niederschlag in den später vorgelegten Texten. Allerdings wurde keine der Bürger-Empfehlungen wortgleich übernommen.

III.3.3 Netzneutralität

Anfang Februar 2012 erschien der dritte inhaltliche Zwischenbericht der Enquete-Kommission zum Thema Netzneutralität.²⁴ Er enthält ebenfalls ein eigenes Kapitel zur Bürgerbeteiligung²⁵, in dem der Verlauf des Beteiligungsprozesses geschildert wird. In der am 4. Oktober 2010 durchgeführten Anhörung wurden unter anderem zuvor im Forum gesammelte Fragen von Bürgerinnen und Bürgern gestellt. Sie betrafen die Klärung des in der breiten Öffentlichkeit noch nicht gebräuchlichen Begriffs der Netzneutralität, die Gefahr der künstlichen Marktverknappung und die Akteure beim Netzwerkmanagement.

Zudem probierte die Projektgruppe auf der Online-Beteiligungsplattform ein formelles Abstimmungsverfahren aus, um zu ermitteln, welche Texte die meiste Zustimmung fänden. Doch das recht komplexe Verfahren, in dem es festgelegte Abstimmungsphasen, sogenannte Einfrier- und Ruhephasen gab, stieß nur auf geringes Interesse, so dass es zugunsten eines einfacheren Verlaufs aufgegeben wurde.

Während einer zweiten Phase der Bürgerbeteiligung rief die Projektgruppe schließlich dazu auf, auf der Beteiligungsplattform Vorschläge für Handlungsempfehlungen einzureichen. Die acht Vorschläge, die die Enquete auf diesem Weg erreichten, wurden im Zwischenbericht „Netzneutralität“ im Wortlaut dokumentiert. Keiner der Vorschläge hatte eine Mehrheit in der Projektgruppe gefunden. Allerdings hatten auch die in der Gruppe erarbeiteten Handlungsempfehlungen in der Enquete-Sitzung vom 17. Oktober 2011 keine Mehrheit erhalten, so dass es bei einer Dokumentation von Sondervoten bei den Handlungsempfehlungen blieb. Auf diese Weise spiegelte sich die kontroverse Debatte in der Kommission in den ebenso kontrovers diskutierten Handlungsempfehlungen auf der Plattform wider.

¹⁶ Vgl.: Deutscher Bundestag: zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“/Medienkompetenz. Bundestagsdrucksache 17/7286 vom 21. Oktober 2011. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/072/1707286.pdf>

¹⁷ Vgl.: ebd., S. 35.

¹⁸ Vgl.: User „Querdenken“, zitiert nach dem Eintrag vom 30. November 2012. Online abrufbar unter: https://medienkompetenz.enqueteteiligung.de/proposal/516-F%C3%B6rderung_des_peertopeer_Lernens

¹⁹ Vgl.: User „cschön“, zitiert nach dem Eintrag vom 30. November 2012. Online abrufbar: ebd.

²⁰ Vgl.: Deutscher Bundestag: zweiter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“/Medienkompetenz. A.a.O., S. 35 f. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/072/1707286.pdf>

²¹ Vgl. den Internet-Auftritt. Online abrufbar unter: <http://www.keinebildung-ohne-medien.de>

²² Vgl. den Vorschlag vom 27. März 2011. Online abrufbar unter: https://medienkompetenz.enqueteteiligung.de/proposal/530-Handlungsempfehlung_Computerspielp%C3%A4dagog

²³ Vgl.: Deutscher Bundestag: Dritter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“/Urheberrecht. Bundestagsdrucksache 17/7899, S. 103. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/078/1707899.pdf>

²⁴ Vgl.: Deutscher Bundestag: Vierter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“/Netzneutralität. Bundestagsdrucksache 17/8536. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/085/1708536.pdf>

²⁵ Vgl.: ebd., S. 34 ff.

Unter den acht Vorschlägen für Handlungsempfehlungen, die auf der Beteiligungsplattform eingereicht worden waren, gab es einen, mit dem sich die Projektgruppe besonders intensiv beschäftigte, weil er den Kern der Diskussionen um die Netzneutralität berührte: Der Vorschlag „Nutzerseitige Differenzierung der Netzqualität ist zulässig“²⁶ sorgte für rege Debatten, sowohl off- wie auch online. Erstmals verschränkten sich die beiden Ebenen, als ein Sachverständiger sich sowohl online, als auch in der Sitzung der Projektgruppe an den Diskussionen beteiligte. Schließlich entschied sich die Projektgruppe mehrheitlich dafür, ihre Sichtweise zu dem Vorschlag in einem eigenen Absatz des Zwischenberichts ausführlich zu erläutern.²⁷

III.3.4 Datenschutz, Persönlichkeitsrechte

Die Projektgruppe Datenschutz, Persönlichkeitsrechte probierte ebenfalls drei verschiedene Varianten der Bürgerbeteiligung aus: Da die Beteiligungsplattform zu Beginn der Arbeit noch nicht zur Verfügung stand, stellte sie den Bürgerinnen und Bürgern zunächst zum sehr streitigen Thema „Einwilligung in die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten“ fünf Fragen im Forum.²⁸ Vom 20. Dezember 2010 bis 9. Januar 2011 konnten Antworten gegeben werden. Am Ende lagen 63 Beiträge vor, mit denen sich die Projektgruppe in ihrer Sitzung am 17. Januar 2011 ausführlich auseinandersetzte. Viele der angeführten Gesichtspunkte fanden sich später in den Texten der Projektgruppe wieder, zum Beispiel zur Frage der Transparenz und der Durchsetzbarkeit von nationalen Datenschutzregelungen.²⁹

Als die Beteiligungsplattform Anfang Februar 2011 online ging, wurden auch die Texte zum Datenschutz eingestellt. Allerdings machten nur wenige Nutzerinnen und Nutzer von der Möglichkeit Gebrauch, darüber zu diskutieren, die Texte zu ergänzen oder zu bearbeiten. Diese Erfahrung sammelten im Verlauf der Online-Beteiligung nahezu alle Projektgruppen. Die Möglichkeit, an den Texten selbst zu arbeiten, wurde kaum genutzt.

Auf die dritte Variante der Bürgerbeteiligung – der Möglichkeit, eigene Vorschläge zu hinterlegen – gab es hingegen mehr Resonanz. Um die Beteiligung zu erleichtern, wurde dafür systemseitig auf formalisierte Abstimmungen verzichtet. Zwischen dem 20. April 2011 und dem 17. Mai 2011 gab es die Möglichkeit, Handlungsempfehlungen vorzuschlagen. Insgesamt haben 119 Online-Mitglieder 32 Vorschläge eingereicht und 73 Kommentare dazu verfasst. Von den 32 Vorschlägen wiesen 25 einen oft direkten Bezug zu den später von der Projektgruppe vorgelegten Empfehlungen auf.³⁰ Zwei Vorschläge wurden in das gemeinsame Sondervotum der Oppositionsparteien und einiger Sachverständiger übernommen.³¹

²⁶ Vgl.: ebd., S. 37.

²⁷ Vgl.: ebd., S. 29 f.

²⁸ Vgl.: Deutscher Bundestag: Fünfter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ / Datenschutz, Persönlichkeitsrechte. Bundestagsdrucksache 17/8999 vom 15. März 2012, S. 87. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/089/1708999.pdf>

²⁹ Vgl.: ebd., S. 87 f.

³⁰ Vgl.: ebd., S. 88.

³¹ Vgl.: ebd., S. 84 Fn. 362 und 364.

III.3.5 Bildung und Forschung

Die Projektgruppe Bildung und Forschung entschied sich, während der neunmonatigen Laufzeit der Gruppe von September 2011 bis Juni 2012 Vorschläge für Handlungsempfehlungen einzusammeln. In einer Klausurtagung am 2. März 2012 wurden die 36 Vorschläge diskutiert.³² Man entschied sich, alle Vorschläge im Anhang des Berichtes zu dokumentieren. Keiner der Vorschläge wurde im Wortlaut übernommen. Allerdings entsprachen einige inhaltlich den Überlegungen aus der Projektgruppe, zum Beispiel der Vorschlag für den freien Zugang zu öffentlich finanziertem Wissen (Open Access) oder verbesserte Regelungen im Urheberrecht für Bildungsmedien.³³

III.3.6 Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz

Seit April 2011 war es möglich, online an der Arbeit der Projektgruppe Zugang, Struktur und Sicherheit im Netz teilzunehmen, obwohl sich die Mitglieder erst am 5. September 2011 zur konstituierenden Sitzung trafen. Die bis dahin eingegangenen neun Beiträge konnten in die sechs Themenfelder eingeordnet werden, die die Projektgruppe bearbeiten wollte. Bereits in der Sommerpause hatte der Vorsitzende der Projektgruppe, der Sachverständige *Harald Lemke*, auf dem Blog der Enquete Bürgerinnen und Bürger eingeladen, online an der Projektgruppenarbeit mitzuwirken. Nach der ersten Sitzung wurde das Arbeitsprogramm auf der Beteiligungsplattform veröffentlicht. Weitere 20 themenrelevante Vorschläge gingen daraufhin ein. Die Projektgruppe stellte nach einer Prüfung fest, dass alle angesprochenen Themen der Bürgerinnen und Bürger in den konsensualen Texten der Projektgruppe widerspiegelt wurden, auch wenn nicht alle Schlussfolgerungen übereinstimmten. Man entschloss sich, die Vorschläge aus der Beteiligungsplattform vollständig im Bericht zu dokumentieren.

III.3.7 Demokratie und Staat

Die Projektgruppe Demokratie und Staat bezog die Bürgerinnen und Bürger in besonders intensiver Weise in ihre Arbeit ein und stieß damit auch auf die größte Resonanz im Vergleich zu den anderen Projektgruppen. Bereits vor Start der Arbeitssitzungen fragte die Gruppe auf der Beteiligungsplattform nach Anregungen zur Zusammenstellung eines Themenkataloges. Noch vor der konstituierenden Sitzung der Projektgruppe am 6. Juni 2011 wurden die Bürger-Anregungen gesichtet und mit den Vorschlägen aus den Reihen der Mitglieder zusammengeführt.³⁴

³² Vgl. die Tagesordnung der Klausurtagung am 2. März 2012. Online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Bildung_und_Forschung/PGBuF_2012-03-02/PGBuF_2012-03-02_Tagesordnung.pdf

³³ Vgl.: Deutscher Bundestag: Sechster Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“/Bildung und Forschung. Bundestagsdrucksache 17/12029, S. 94 ff. und S. 101 ff. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712029.pdf>

³⁴ Vgl.: Bericht zur Bürgerbeteiligung in der Projektgruppe Demokratie und Staat. Ausschussdrucksache 17(24)59, S. 1. Online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzung/20121126/18_Sitzung_2012-11-26_A-Drs_17_24_059_PGDUS_Buergerbeteiligung.pdf

In einem zweiten Schritt stellte die Projektgruppe nach und nach alle erarbeiteten Papiere auf der Online-Plattform zur Verfügung und gab sie zur Bearbeitung frei. Am 19. März 2011 führte sie eine öffentliche Anhörung zum Thema „Strukturwandel der politischen Kommunikation und Partizipation“ durch, für die auf der Beteiligungsplattform Fragen gesammelt wurden. Sechs der Fragen wurden den anwesenden externen Sachverständigen gestellt. Darunter waren grundsätzliche Überlegungen, wie die Frage nach der Abgrenzung von Partizipationsformen im Rahmen der repräsentativen Demokratie oder nach der Verbindlichkeit von Bürgerbeteiligung.

Im Laufe der Arbeit registrierten sich mehr als 1 000 Bürger als Online-Mitglieder der Projektgruppe und gaben knapp 900 Kommentare ab.³⁵ Insgesamt 81 Vorschläge wurden von Bürgerinnen und Bürgern unterbreitet. Am Ende erfolgte ein Aufruf, Vorschläge für Handlungsempfehlungen einzureichen.³⁶ Die zehn von der registrierten Community am besten bewerteten Vorschläge wurden in zwei Projektgruppensitzungen diskutiert und im Bericht der Projektgruppe im Wortlaut dokumentiert. Zu jedem der zehn gab es eine kurze Stellungnahme und die Rückmeldung, was mit dem Vorschlag geschehen war. Letztlich schafften es zwei der zehn Vorschläge, inhaltlich in die Handlungsempfehlungen der Projektgruppe übernommen zu werden. Der erste lautete „Transparenz schaffen durch Open Data“³⁷ und wurde weitgehend übernommen. Insbesondere die Anregung, die Handlungsempfehlung mit dem Hinweis auf die zehn Open Data-Prinzipien der Sunlight Foundation zu versehen, stammt aus der Bürgerempfehlung,³⁸ die von einem einzelnen Bürger und nicht von einer Institution eingebracht worden war.

Die zweite Empfehlung, die in den offiziellen Katalog der Handlungsempfehlungen aufgenommen wurde, betraf die Offenlegung der Jahresabschlüsse von Städten, Gemeinden und Kommunen im Internet. Dazu heißt es in der Stellungnahme der Projektgruppe:

„In vielen Ländern und Gemeinden, in denen bereits nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement bilanziert wird, bestehen bereits entsprechende gesetzliche Regelungen zur Veröffentlichung. Die Projektgruppe hat sich schließlich für die Aufnahme einer eigenen Handlungsempfehlung für die Offenlegung der Jahresabschlüsse entschieden.“³⁹

³⁵ Anmerkung: Die Dokumentation der Beteiligung ist online abrufbar unter: <https://demokratie.enquetebeteiligung.de/instance/demokratie>

³⁶ Vgl. den Aufruf vom 23. April 2012. Online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Demokratie_und_Staat/PGDUS_2012-04-23/PGDUS_2012-04-23_Bericht/index.jsp

³⁷ Vgl. den Bericht zur Bürgerbeteiligung in der Projektgruppe Demokratie und Staat. Ausschussdrucksache 17(24)59, S. 4. Online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20121126/18_Sitzung_2012-11-26_A-Drs_17_24_059_PG_DUS_Buergerbeteiligung.pdf

³⁸ Vgl. den Vorschlag vom 24. Februar 2011. Online abrufbar unter: https://demokratie.enquetebeteiligung.de/proposal/25-Transparenz_f%C3%B6rderung_durch_Open_Data

³⁹ Vgl.: Bericht zur Bürgerbeteiligung in der Projektgruppe Demokratie und Staat. Ausschussdrucksache 17(24)59, S. 12. Online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20121126/18_Sitzung_2012-11-26_A-Drs_17_24_059_PG_DUS_Buergerbeteiligung.pdf

Auch aus den anderen acht Handlungsempfehlungen, die im Bericht dokumentiert wurden, sind Teile übernommen worden, wie die Forderungen nach einer grundsätzlichen Ausstrahlung von öffentlichen Ausschusssitzungen und Anhörungen des Deutschen Bundestages im Internet, wobei der Maximalforderung, alle Sitzungen zu streamen, nicht gefolgt wurde.⁴⁰

III.3.8 Kultur, Medien und Öffentlichkeit

Teilweise ganz neue Wege der Bürgerbeteiligung ging die Projektgruppe Kultur, Medien, Öffentlichkeit, die unter den letzten vier Projektgruppen erst Mitte 2012 gestartet war. Sie konnte sich dabei bereits auf die Erfahrungen der vorangegangenen Projektgruppen stützen, bei denen deutlich geworden war, dass das Interesse der Öffentlichkeit an der mitunter kleinteiligen Textarbeit gering gewesen war. Das zeigte auch das Experiment der Textwerkstatt, das darauf verzichtet hatte, bereits abgestimmte Texte einzustellen und stattdessen die Bürgerinnen und Bürger einlud, ein ganzes Kapitel selbst zu verfassen. Die Themen waren „Kunst digital“ und „Öffentliche Räume am Rande des Netzes“. Die Resonanz darauf blieb mit vier Vorschlägen gering.

Deutlich erfolgreicher war der Aufruf einer Sachverständigen im Blog der Internet-Enquete, sich an einer sogenannten Blogparade zum Thema „Benimmregeln im Netz“ zu beteiligen. Dabei war bereits zu Beginn in Aussicht gestellt worden, dass alle entstehenden Texte im Bericht der Projektgruppe dokumentiert würden. Bei einer Blogparade schreiben professionelle oder nebenberufliche Blogger zu einem vorgegebenen Thema einen Beitrag. Auf diese Art und Weise entsteht eine Serie von Texten, die sich unter verschiedenen Blickwinkeln mit einem Thema befassen. Sowohl was die Qualität der Texte anging, als auch die Anzahl der eingereichten Beiträge, konnte die Projektgruppe den Versuch als Erfolg werten. Zwölf Texte wurden schließlich im Bericht der Gruppe dokumentiert.⁴¹

III.3.9 Verbraucherschutz

Die Projektgruppe Verbraucherschutz tagte als eine der letzten Projektgruppen der Enquete-Kommission insgesamt nur sechs Monate. Obwohl die Zeitfenster für eine Bürgerbeteiligung knapp bemessen waren, wurde die Öffentlichkeit einbezogen und nach Vorschlägen für Handlungsempfehlungen gefragt.

Es gingen 19 Vorschläge und Anregungen aus der Öffentlichkeit ein, die in die Überlegungen der Projektgruppe einbezogen wurden. Zu diesen Vorschlägen sind 21 Kommentare eingegangen und 154 Bewertungen abgegeben

⁴⁰ Vgl. S. 8 der Handlungsempfehlungen der Projektgruppe Demokratie und Staat. Online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20121126/18_Sitzung_2012-11-26_A-Drs_17_24_063_PG_DUS_HE.pdf

⁴¹ Vgl.: Deutscher Bundestag: 13. Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“/Kultur, Medien, Öffentlichkeit. Bundestagsdrucksache 17/12542, Kapitel 6. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712542.pdf>

worden. Die Projektgruppe hat alle Vorschläge gesichtet, sich aber aus verschiedenen Gründen gegen die unmittelbare Übernahme in die Handlungsempfehlungen entschieden. So konnten einzelne Vorschläge durch die zwischenzeitliche Entwicklung in der Gesetzgebung als weitgehend überholt angesehen werden, waren bereits detailliert in anderen Zwischenberichten behandelt worden oder wiesen einen nur mittelbaren Bezug zum Themenkreis der Projektgruppe auf.

III.3.10 Wirtschaft, Arbeit, Green IT

Die Projektgruppe Wirtschaft, Arbeit, Green IT übernahm für ihr Arbeitsprogramm sechs Vorschläge aus der Beteiligungsplattform, zum Beispiel die Themen „Grundlagen für Pseudonymität in Geschäftsprozessen schaffen“⁴² oder „Welche Markteintrittsbarrieren hat ein Internet-Startup in Deutschland?“⁴³ Letzteres stieß auf viel Resonanz in der Projektgruppe und steht – wie auch der Vorschlag „Stärkung des Wachstumskapitals“ – thematisch im Zusammenhang mit dem in Auftrag gegebenen Gutachten „Venture Capital und weitere Rahmenbedingungen für eine Gründungskultur“.⁴⁴

Insgesamt wurden mindestens sieben der Themen, die in den insgesamt 21 Vorschlägen aus der Öffentlichkeit angesprochen wurden, im Bericht und in den Handlungsempfehlungen der Projektgruppe aufgegriffen. So wurden die in dem Bürgervorschlag „Anpassung der Sozialsysteme an den neuen Arbeitsmarkt“ angesprochenen Fragestellungen im Kapitel 2.5 „Sozialer Strukturwandel und soziale Sicherungssysteme“ erörtert und weitergehend in den Sondervoten aufgegriffen.⁴⁵ Verschiedene der in dem Vorschlag „Intelligente Verkehrssteuerung in urbanen Lebensräumen“ enthaltenen Aspekte fanden Eingang in das Kapitel 3.1.2 „IT als Querschnittstechnologie“. Zur Frage intelligenter Verkehrssteuerung gibt es darüber hinaus auch eine Handlungsempfehlung in Kapitel 4.3.6. Zudem wurde der Vorschlag im Gutachten zu Green IT (dort etwa in Kapitel 5.3 Smart Mobility und Logistics) thematisch aufgegriffen.

III.3.11 Interoperabilität, Standards, Freie Software

Die Projektgruppe Interoperabilität, Standards, Freie Software konstituierte sich am 11. Juni 2012 und behandelte damit eines der letzten vier Themen der Enquete-

Kommission. Mit Beginn der Arbeit registrierten sich auf der Beteiligungsplattform 178 Online-Mitglieder, von denen 17 insgesamt 30 Handlungsempfehlungen einreichten⁴⁶. Diese wurden im Bericht vollständig dokumentiert, fanden aber nicht die mehrheitliche Zustimmung der Projektgruppe. Zu den Vorschlägen wurden 243 Bewertungen und 74 Kommentare abgegeben. Zuvor waren die Texte in der letzten Projektgruppensitzung diskutiert worden. Dabei wurde das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich gewürdigt.

III.3.12 Internationales und Internet Governance

Die Projektgruppe Internationales und Internet Governance konstituierte sich am 11. Juni 2012 und behandelte damit ebenfalls eines der letzten Themenfelder der Enquete-Kommission. Insgesamt registrierten sich 79 Online-Mitglieder auf der Beteiligungsplattform.⁴⁷ Zum Arbeitsbereich der Projektgruppe wurden neun Vorschläge eingebracht, die sich unter anderem auf inhaltliche Schwerpunkte bezogen, die bereits in anderen Projektgruppen der Kommission behandelt wurden, aber nun vor allem mehr Engagement auf internationaler Ebene in diesen Fragen forderten, zum Beispiel in Bezug auf Netzneutralität oder Standards zum Datenschutz. Darüber hinaus thematisierten zwei Vorschläge auch die Rolle des Internet bei der Sicherung der Menschenrechte. Zu den Vorschlägen wurden 37 Bewertungen und acht Kommentare abgegeben. Alle eingegangenen Vorschläge wurden im Bericht der Projektgruppe dokumentiert.

III.4 Ergänzungen

III.4.1 Ergänzender Text der Fraktionen der SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Sachverständigen Alvar Freude

Es war der Auftrag der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, auf dem Feld der Online-Bürgerbeteiligung Neuland zu erschließen und neue Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung auszuloten. Im einstimmig beschlossenen Einsetzungsantrag der Kommission wurde dies wie folgt vorgegeben:

„Die Enquete-Kommission bezieht die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit mit ein. Über die Arbeit der Kommission wird regelmäßig und so transparent wie möglich auf der Internetseite des Deutschen Bundestages informiert. Dort werden zudem Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, die Anregungen aus der Öffentlichkeit in geeigneter Weise in die Arbeit der Kommission einfließen lassen können.“⁴⁸

⁴² Vgl. den Vorschlag vom 15. Juli 2011. Online abrufbar unter: https://wirtschaft.enquetebeteiligung.de/proposal/826-Grundlagen_f%C3%BCr_Pseudonymit%C3%A4t_in_Gesch%C3%A4ft

⁴³ Vgl. den Vorschlag vom 22. Juli 2011. Online abrufbar unter: https://wirtschaft.enquetebeteiligung.de/proposal/834-Welche_Markteintrittsbarrieren_hat_ein_I

⁴⁴ Anmerkung: Das Gutachten ist online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Wirtschaft_Arbeit_Green_IT1/PGWAG_2012-10-22/PGWAG_2012-10-22_Gutachten_FraunhoferVC.pdf

⁴⁵ Vgl.: Deutscher Bundestag: Achter Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“/Wirtschaft, Arbeit, Green IT. Bundestagsdrucksache 17/1205. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712505.pdf>

⁴⁶ Anmerkung: Die Dokumentation der Beteiligung ist online abrufbar unter: <https://standards.enquetebeteiligung.de/instance/standards>

⁴⁷ Anmerkung: Die Dokumentation der Beteiligung ist online abrufbar unter: <https://governance.enquetebeteiligung.de/instance/governance>

⁴⁸ Vgl.: Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ vom 3. März 2010. Online abrufbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700950.pdf>

Die Umsetzung dieses Auftrages erwies sich jedoch als überaus schwierig, weil es in den Koalitionsfraktionen erhebliche Vorbehalte und Widerstände gegen das Projekt gab. In der Parlamentsdebatte⁴⁹ zur Einsetzung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ haben Vertreter aller Fraktionen diesen Anspruch bekräftigt. So erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, *Michael Kretschmer*: „Wir sollten zu den 17 Sachverständigen, die in Zukunft in dieser Enquete-Kommission mitarbeiten werden, einen 18. Sachverständigen gedanklich hinzunehmen: den sachverständigen Bürger. Wir wollen bei dieser Enquete-Kommission eine breite Partizipation. Ich halte es – auch im Hinblick auf die Akzeptanz und das Ergebnis der Arbeit der Enquete-Kommission – für ganz wichtig, dass die Bürger mitgestalten können. Wir wünschen uns, dass die Bundestagsverwaltung diesen Gedanken offensiv aufgreift, dass es eine breite Diskussion in Blogs, Foren und auf andere Art und Weise geben kann, so dass die Arbeit von all jenen, die mitarbeiten wollen, im Netz verfolgt werden kann. Es ist schon ein erster Erfolg, dass wir nicht übereinander, sondern miteinander sprechen. Ich glaube, auch das ist ein wichtiges Signal für diejenigen, die sich für das Internet besonders interessieren.“⁵⁰ Der Abgeordnete *Dr. Reinhard Brandl* (CDU/CSU) ergänzte: „Auf bundestag.de (...) wird in wenigen Wochen auch diese Enquete-Kommission mit einem Angebot vertreten sein. Dort haben Sie die Möglichkeit, sich aktiv in unsere Arbeit einzubringen. Nutzen Sie auch diese Möglichkeit des Internet und der politischen Beteiligung. Wir freuen uns über jeden Beitrag.“

Für die Fraktion der SPD erklärte der Abgeordnete *Lars Klingbeil*: „Lassen Sie mich zu meinem letzten Punkt kommen: zu den Chancen für eine demokratische und politische Partizipation. Ich bin davon überzeugt, dass wir in Zeiten einer hohen Politikverdrossenheit und katastrophalen Wahlbeteiligung das Internet durch diese Enquete-Kommission stärker aufstellen können, um Menschen an politischen Prozessen zu beteiligen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir durch eine intensive Nutzung des Internet für eine Revitalisierung der Demokratie sorgen können. Die ersten Ansätze, beispielsweise die Onlinepetition, hat es bereits gegeben. Ich plädiere dafür, dass wir auch im Rahmen dieser Enquete-Kommission neue Ideen ausprobieren, indem wir zum Beispiel Gesetzentwürfe und Papiere online zur Verfügung stellen und um Kommentierung bitten. Der Kollege *Kretschmer* hat gerade vom 18. Sachverständigen geredet. Ich plädiere ausdrücklich dafür, dass wir nicht nur die Sachverständigen und die Abgeordneten einbeziehen, sondern dass wir diese Enquete auch für die Bevölkerung öffnen und diese diskutieren lassen.“

Für die Fraktion der FDP sagte der Abgeordnete *Manuel Höferlin*: „Entscheidend ist aber auch die neue Transpa-

renz, die wir in dieser Enquete-Kommission installieren möchten. Der Deutsche Bundestag wird die Arbeit der Kommission auf einer Webseite begleiten und für Transparenz und Bürgernähe sorgen. (...) Wir möchten die Community gerne einbinden, wir möchten sie befragen. Herr *Kretschmer* hat es schön gesagt: Der 18. Sachverständige kann bei uns teilhaben. Wir möchten deswegen auf dieser Internetpräsenz alle Interessierten zum Dialog einladen. Wir wollen die Menschen, die uns einen Input geben können, daran beteiligen. Ich freue mich sehr, dass der Deutsche Bundestag mit der Netzgemeinde diesen Dialog sucht. Eines sollte uns allen klar sein: Wir müssen diesen Input und das Wissen der Community nutzen. Es handelt sich um ein kollektives Wissen und kollektive Vorschläge. Dieses Potenzial wollen wir nutzen, und dieses Potenzial müssen wir in die Arbeit integrieren.“

Herbert Behrens regte für die Fraktion DIE LINKE. an: „Lassen Sie uns parallel andere Kommunikationsmöglichkeiten nutzen. Das ist schon angesprochen worden. Wir brauchen Transparenz, aber wir brauchen auch die Expertinnen und Experten sowie die Nutzerinnen und Nutzer. Wir wollen eine aktive Begleitung durch die Nutzerinnen und Nutzer in dieser Kommission, und zwar nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Akteure. Wir brauchen ihre Kommentare und ihre Kritik.“

Dr. Konstantin von Notz betont für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Wir fordern die E-Partizipation. Dafür ist diese Kommission in der Tat ein guter Anfang. Wie wir da kommunizieren, darf keine Einbahnstraße – schicke Presseerklärungen und Berichte darüber, was die Enquete-Kommission am jeweiligen Tage verhandelt hat – sein, sondern wir müssen in diese Kommission auch hineintragen, was draußen diskutiert wird. Dazu gibt es einige interessante Ansätze, die wir hoffentlich so umsetzen werden, wie wir sie aufgeschrieben haben, also in Form von Foren und Ähnlichem.“⁵¹

Die Enquete-Kommission hat auf ihrer Klausurtagung am 16./17. Mai 2010 beschlossen, eine eigene Arbeitsgruppe einzurichten, die ein Konzept zur Umsetzung des Einsetzungsauftrages erarbeiten sollte. Diese Arbeitsgruppe bestand nicht nur aus Kommissionsmitgliedern, sondern auch aus Mitgliedern der Verwaltung und Fraktionsmitarbeitern. Diese Online-Arbeitsgruppe hat einen Anforderungskatalog für die Umsetzung der Online-Beteiligung erstellt, verschiedene Lösungsansätze zur Umsetzung und die Vor- und Nachteile der verschiedenen Angebote beraten und sich in einem mehrstufigen Auswahlverfahren für das Beteiligungstool *Adhocracy* entschieden.

Die Online-Arbeitsgruppe legte der Kommission nach der Sommerpause 2010 ihren Bericht vor, der von der Kommission einstimmig beschlossen wurde. Darin werden das Projekt der Online-Beteiligung konkretisiert, die Ziele und Zielgruppen benannt sowie eine ausführliche Beschreibung und Abgrenzung der Bürgerbeteiligung vorgenommen. In diesem Zusammenhang ist auch der Be-

⁴⁹ Anmerkung: Die Dokumentation der Debatte ist online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/28851941_kw09_de_enquete/index.html

⁵⁰ Vgl.: Plenarprotokoll vom 4. März 2010, S. 2383 ff. Online abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17027.pdf>

⁵¹ Vgl.: Plenarprotokoll vom 4. März 2010, S. 2389 ff. online abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/17/17027.pdf>

griff des „18. Sachverständigen“ näher definiert worden: „Als sachverständige Bürgerinnen und Bürger gelten alle Menschen, die das Internet nutzen. Sie alle verbinden Erfahrungen, Wünsche, Hoffnungen mit der digitalen Gesellschaft, die es zu berücksichtigen gilt. Näher betrachtet ist dies somit die Gesamtheit der Bürgerinnen und Bürger.“ Dabei soll es keinen Widerspruch darstellen, ob „der 18. Sachverständige als Gelegenheitsnutzer schnelle Informationen sucht oder sich aktiv in die Debatte einbringen möchte“. Die Einbringungsmöglichkeiten sollen zudem „so transparent und attraktiv wie möglich gestaltet werden“ und ein „ernsthafter Dialog muss für alle, die sich einbringen wollen, möglich sein.“⁵² Das Beteiligungssystem sollte „in die bestehende Microsite www.internetenquete.de [...] integriert“ werden und „Bewertungs-, Kommentar- und Abstimmungsfunktionen sowie die Möglichkeit der Einbringung von eigenen Vorschlägen und Textbeiträgen“ bereitstellen.⁵³

Leider scheiterte die Umsetzung des Kommissionsbeschlusses auf der Webseite des Deutschen Bundestages an Vorbehalten und Widerständen in den Koalitionsfraktionen, die vor allem mit Blick auf die Kosten, die offenen Fragen beim Identifizierungsverfahren und den Zeitfaktor der technischen Einbindung begründet wurden, letztlich aber eher in dem fehlenden politischen Willen zur Erprobung neuer Teilnehmungsformen zu verorten waren. Nachdem der Ältestenrat des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2011 mehrheitlich beschlossen hat, das Angebot des Online-Dienstleisters des Bundestages für die Einführung des Projektes *Adhocracy* aufgrund der hohen Kosten bei der Implementierung der Open Source-Software in das Angebot des Deutschen Bundestages und einer langen Einführungszeit abzulehnen, haben fünf Sachverständige aller in der Enquete-Kommission vertretenen Fraktionen einen Antrag eingebracht und angeboten, die Teilnehmungsplattform in Kooperation mit dem Liquid Democracy e. V. auf einem eigenen Server zeitnah und kostenfrei zur Verfügung zu stellen. In dem Antrag hieß es:

„Ziel unserer Initiative ist es, eine Verständigung zwischen allen Mitgliedern der Kommission zu erzielen, die den hohen Erwartungen an die gegebenen Versprechen zur besonderen Teilnehmung der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird, die mit dem Einsetzungsbeschluss zur Bürgerteilnehmung der Enquete-Kommission erzeugt wurden.“

Um dem Beschluss des Bundestages zur Einsetzung der Enquete-Kommission vom 4. März 2010 sowie der einstimmigen Verabschiedung des Konzeptes für die „Online-Teilnehmung der Öffentlichkeit“ am 13. September

⁵² Vgl. dazu Beschlussvorlage „Online-Teilnehmung der Öffentlichkeit“ für die Sitzung der Enquete-Kommission am 13. September 2010. Ausschussdrucksache 17(24)005. Online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20100913/A-Drs_17_24_005_-_Beschlussvorlage_online.pdf

⁵³ Vgl. dazu Beschlussvorlage „Online-Teilnehmung der Öffentlichkeit“ für die Sitzung der Kommission am 13. September 2010. Ausschussdrucksache 17(24)005. Online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20100913/A-Drs_17_24_005_-_Beschlussvorlage_online.pdf

2010 Rechnung zu tragen, beantragen wir als Sachverständige der Enquete-Kommission und als Mitglieder in der Online-AG der Kommission folgendes Vorgehen: Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ bezieht gemäß ihrem Einsetzungsbeschluss die Öffentlichkeit in die Arbeit der Kommission und der Projektgruppen auf der Grundlage des einstimmig beschlossenen Konzeptes zur Online-Teilnehmung der Öffentlichkeit ein. Dies setzt voraus, dass die Kommission und die Projektgruppen ihre Prozesse sowie ihre Arbeitsweise und -abläufe auch auf das Instrument der Teilnehmungsmöglichkeiten ausrichtet und verbindliche Abläufe und Verfahren für die Teilnehmung festlegt, um öffentliche Debatten und Initiativen zu ermöglichen. Ziel ist zudem, die Öffentlichkeit bereits an der laufenden Diskussion und der Vorbereitung der Erstellung des Zwischenberichtes zu beteiligen. Der „18. Sachverständige“ muss sowohl die Möglichkeit haben, Texte aus der Kommission oder den Projektgruppen zu kommentieren und Alternativen vorzuschlagen, als auch eigenständige Textbeiträge passend zur jeweiligen Agenda der Projektgruppen einzubringen sowie darüber abzustimmen. Die Projektgruppen und die Enquete behandeln die Eingaben aus der Online-Teilnehmung wie im Teilnehmungskonzept beschrieben.“⁵⁴

Die Enquete-Kommission begrüßte den Antrag der Sachverständigen aller fünf Fraktionen und nahm ihn an. Am 24. Februar 2011 ging die Plattform <https://enquetebeteiligung.de> online. Im Namen der Enquete-Kommission möchten wir den fünf Sachverständigen, dem gemeinnützigen Verein Liquid Democracy e. V. und dem Sekretariat der Enquete-Kommission für ihr herausragendes Engagement und ihre Unterstützung danken. Ohne dieses Engagement hätte das Teilnehmungsprojekt enquetebeteiligung.de, welches aus unserer Sicht ein Kernstück der Arbeit der Internet-Enquete darstellte, nicht gestartet und ohne die Mitwirkung von vielen Interessierten auch nicht zum Erfolg werden können.

III.4.2 Ergänzender Text der Sachverständigen Alvar Freude, padeluun, Constanze Kurz, Markus Beckedahl sowie der Fraktionen der SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Im Verlauf der Kommissionsarbeit hat sich herausgestellt, dass die Arbeitsweisen der Projektgruppen nicht immer mit der geplanten Teilnehmung der Öffentlichkeit abgestimmt waren. Beispielsweise wurden endgültig zwischen den Fraktionen und Sachverständigen abgestimmte Textentwürfe oftmals erst sehr spät veröffentlicht. Änderungen und Ergänzungen konnten zu diesem Zeitpunkt kaum noch in die Texte aufgenommen werden. So hatte die Veröffentlichung dieser Texte eher informativen Charakter, dem 18. Sachverständigen war es in der Praxis schwer möglich, Änderungen daran anzuregen. Leider ist es uns

⁵⁴ Vgl. dazu die angenommene Beschlussvorlage „Online-Teilnehmung der Öffentlichkeit: Werkzeug und Verfahren“. Ausschussdrucksache 17(24)016. Online abrufbar unter: http://www.bundestag.de/internetenquete/dokumentation/Sitzungen/20110221/A-Drs_17_24_016_Beschlussvorlage_Online-Teilnehmung.pdf

nicht gelungen, die Medien auf die Beteiligungsmöglichkeiten ausreichend aufmerksam zu machen. Daher wurde auch nur vereinzelt über die Plattform *enquetebeteiligung.de* berichtet.

IV. Gemeinsame Handlungsempfehlung aller Fraktionen und Sachverständigen als Schlussfolgerung aus dem Schlussbericht

Die Enquete-Kommission hat Online-Beteiligung auf vielfältige Weise erprobt. Neben der Errichtung von Foren, der Kommunikation über soziale Medien und der Liveübertragung von Anhörungen konnte über Online-Beteiligungswerkzeuge wie beispielsweise *Adhocracy* interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gewährt werden, unmittelbar an der Entstehung parlamentarischer Beschlüsse mitzuwirken. Die auf diese Weise gewonnenen Erfahrungen nimmt die Enquete-Kommission zum Anlass, anzuregen, Bürgerbeteiligung auch in anderen Gremien des Deutschen Bundestages zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Enquete-Kommission diese Art von Beteiligungswerkzeugen den Ausschüssen und Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Verfügung zu stellen, wenn diese sie nutzen wollen.

Auf diese Weise wird Bekenntnissen zu Transparenz und Bürgerbeteiligung angemessen Ausdruck verliehen. Für öffentliche Anhörungen und Expertengespräche kann darüber hinaus wertvoller Input generiert werden, der eine direkte Einbindung externen Sachverständigen in die Beratungen der Legislative erlaubt.

V. Nachlese der Sachverständigen

Die besondere Arbeitsweise einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag, bei der 17 gewählte Abgeordnete sowie 17 Expertinnen und Experten sich für einen begrenzten Zeitraum gemeinsam intensiv einem Thema widmen und Vorschläge für politisches Handeln erarbeiten, macht es möglich, dass das Parlament wertvolles (externes) Wissen als Grundlage für anstehende Entscheidungen generieren kann. Umgekehrt bekommen jedoch die Sachverständigen als Außenstehende oft erstmals einen tiefen Einblick in das Innere des parlamentarischen Geschehens. Als Mitglieder der Kommission sind sie den Abgeordneten nahezu gleichgestellt, nehmen an internen Sitzungen der Fraktionen teil und sind in alle parlamentarischen Abläufe eingebunden. Sie stoßen dabei auf Verfahrensweisen, die in mehr als 60 Jahren demokratischer Tradition in Deutschland entstanden sind und sich bewährt haben.

Während der Arbeit in den zwölf Projektgruppen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ war den Abgeordneten und Sachverständigen jedoch bewusst, dass die Folgen der digitalen Veränderung der Gesellschaft auch vor dem Deutschen Bundestag nicht halt machen. Nicht zuletzt deshalb ging die Kommission oft neue

Wege und stellte bisherige Abläufe und Arbeitsweisen in Frage.

Für die Sachverständigen waren die drei Jahre in der Enquete-Kommission nicht selten mit einem Rollentausch verbunden: Sie wurden vom Beobachtenden zur politischen Akteurin, zum politischen Akteur. Dies ermöglichte die Erfahrung, das parlamentarische Geschehen zugleich als Beobachter und Akteur zu erleben. Darüber zu berichten, um weitergehende Erkenntnisse für die Parlamentsarbeit ziehen zu können, war der Beweggrund für die folgenden Interviews und Texte, die von November 2012 bis Januar 2013 entstanden sind. Sie enthalten eine persönliche Nachlese der Sachverständigen, die von drei Leitfragen strukturiert ist: Welche Erwartungen an die Arbeit in der Enquete-Kommission haben sich erfüllt, welche nicht? Welche Erfahrungen wurden gemacht? Was sind die wichtigsten Ergebnisse?

V.1.1 Dr. Wolf Osthaus⁵⁵: Entscheidungen für die Zukunft vorbereitet

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

Die Enquete ist mit einem sehr breiten Arbeitsauftrag im Einsetzungsantrag angetreten. Der Umfang der Themenliste spiegelte den Umstand, dass das Internet inzwischen fast alle Lebensbereiche durchdringt und gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Grundlagen wesentlich verändert. Es ist allein schon beachtlich, dass es gelungen ist, den Großteil der im Einsetzungsantrag genannten Punkte in strukturierter Form abzarbeiten.

Das Ergebnis dieser Arbeit sind dabei nicht immer spektakuläre Handlungsempfehlungen und nicht einmal überall dezidierte Lösungsvorschläge. An mancher Stelle liegt der eigentliche Wert in der umfangreichen und ausgewogenen Aufbereitung der Themen, dem Aufzeigen der wesentlichen Aspekte und ihrer Zusammenhänge. Die Ergebnisse der Enquete bieten so eine Grundlage als Vorbereitung späterer politischer Entscheidungen.

Von großem Vorteil war hierfür, dass die – mit 34 Mitgliedern ziemlich große – Kommission so heterogen besetzt war. Diese Vielfalt erlaubte es, Themen aus ganz verschiedenen Perspektiven zu betrachten, sie in ihrer Komplexität herauszuarbeiten und Verzahnungen mit anderen Fragen deutlich zu machen. So entstand zu vielen Fragen eine gute Basis für kommende politische Diskussionen. Der Ausgang dieser Diskussionen, die Entscheidung über das Ob und Wie staatlichen Handelns bleiben damit aber der demokratischen Beschlussfassung in der Zukunft überlassen.

Im Arbeitsprozess der Kommission war nicht das Enquete-Plenum das zentrale Element; es beschränkte sich zunehmend auf den eher formalen Akt der Verabschiedung von Texten. Für eine detaillierte, tiefe Auseinandersetzung mit Einzelthemen war das Gremium zu

⁵⁵ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/osthaus_wolf/index.jsp

groß – und auch die stärkere öffentliche Wahrnehmung nicht unbedingt hilfreich.

Die große Qualität der Diskussionen in den Projektgruppen zeigte hingegen, dass die Entscheidung richtig war, die Arbeit nach Themengebieten aufzuteilen und dafür viele einzelne Teilberichte in Kauf zu nehmen. So war eine fokussierte Arbeit und eine in die Tiefe gehende Darstellung möglich, zu der gerade auch die Sachverständigen mit ihren jeweiligen Schwerpunkten wesentlich beitragen konnten. Vor allem erlaubte das Fehlen von Kameras und direkter Live-Berichterstattung in den Projektgruppen eine sehr viel ausgewogenere Diskussion, mehr Offenheit und mehr gegenseitiges Zuhören, weil gerade für die Politiker der Druck entfiel, selbst immer gleich schon eine Position zu haben.

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Dank der vielfältigen Hintergründe der anderen Kommissionsmitglieder, gerade auch der Sachverständigen, habe ich viele inhaltliche Anregungen aus den Sachdiskussionen zu den verschiedenen Themen mitgenommen. Ich habe also ganz schlicht in der Sache viel gelernt.

Neben der inhaltlich-substanziellen Dimension war die unmittelbare Erfahrung politischer Prozesse spannend. Man erlebte die Zwänge, aber auch den Nutzen einer parlamentarischen Geschäftsordnung, und wie diese manchmal von der einen oder anderen Seite für ihre Zwecke eingesetzt werden kann. Hierbei zeigte sich, dass einige Themen schneller und stärker in der tagespolitischen Diskussion angekommen sind, als viele wohl erwartet hätten. Nicht immer war dies einer distanzierten und ausgewogenen Behandlung zuträglich.

Dass Politik dabei parteilich und oft von konträren Sichtweisen gekennzeichnet ist, kann nicht überraschen. Die Erfahrungen in der Enquete zeigen aber genauso: Auch der Sachverstand vermeintlich unabhängiger Experten ist von ihren jeweiligen Sichtweisen, Grundüberzeugungen und auch Standpunkten im Leben geprägt – was natürlich ebenso für mich gilt. Das macht jedoch die daraus resultierenden Beiträge nicht weniger wertvoll – im Gegenteil: Sie helfen, die Sachfragen aus den verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und so möglichst alle Aspekte gleichermaßen ans Licht treten zu lassen. Ich habe mich immer wieder gefreut (und war manchmal sogar überrascht), wenn ich in den Diskussionen der Offenheit begegnete, dass keiner für sich den Anspruch auf die richtige Sichtweise und Lösung erhob, sondern man sich gemeinsam im Diskurs bemühte, guten Antworten näher zu kommen.

Besonders spannend war das Aufeinandertreffen der doch sehr unterschiedlichen Diskursformen von parlamentarischer Demokratie einerseits und „Netz-Community“ andererseits. Auch hier muss ich Vertretern beider Seiten Anerkennung zollen, wie es nach etwas „Warmwerden“ gelungen ist, sich aufeinander einzustellen und hieraus oft sogar einen ganz speziellen, fruchtbaren Dialog zu entwickeln.

Ein besonderer Teil dieser Annäherung war sicherlich auch die Identifikation und der Test neuer Online-Beteiligungsformen, die das Internet ermöglicht. Die Enquete mit ihren netzbezogenen Themen war ein gutes Pflaster, um diese Instrumente auszuprobieren. Die durch sie geschaffene Transparenz und die demonstrierte Offenheit bilden einen hohen eigenständigen Wert, der die Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz politischer Prozesse steigern kann. Die tatsächliche Intensität der Nutzung der angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten und die eingegangenen inhaltlichen Beiträge waren in der Summe allerdings oft doch etwas ernüchternd.

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

Auch hier kann letztlich zwischen den beiden Perspektiven der inhaltlichen und der prozeduralen Seite unterschieden werden.

Zu vielen Themen ist es mit den Teilberichten gelungen, eine sehr viel bessere Informationsbasis für künftige politische Entscheidungen zu schaffen – ob das nun zum Themenkomplex Sicherheit und Datenschutz ist, zur Zukunft von Medien und Öffentlichkeit und den damit verbundenen Fragen des Urheberrechts oder zur Netzneutralität.

Die Komplexität der Regulierungsthemen und die vielfältigen Wechselwirkungen sind deutlicher geworden. Aktionen an einer Stelle können vielfältige Folgen andersorts haben aufgrund der starken Vernetzung, die das Internet als immer wichtigere Grundinfrastruktur unserer Gesellschaft schafft. Die Komplexität und Vernetztheit der Themen führt aber auch zu immer komplexeren Regulierungsaufgaben, deren Lösung nur selten noch im klassischen Über-/Unterordnungs-Verhältnis und beschränkt auf einen Staats- und Rechtsraum möglich ist. Stattdessen gilt es neue Formen gemeinsamer, stärker auf Verhandlung setzender „Governance“ über viele Ebenen und mit vielen, eher auf Augenhöhe agierenden Beteiligten zu entwickeln.

Die andere Ergebnisdimension liegt in den bereits erwähnten Erfahrungen für das parlamentarische System im Umgang mit den neuen technischen Mitteln für eine größere Transparenz und Beteiligung. Sie öffnen die parlamentarische Arbeit, ermöglichen sehr viel mehr Menschen, ihre berechtigten Interessen und Sichtweisen in politische Prozesse einzubringen und können so die Informationsbasis und damit auch die Legitimation politischer Entscheidungen verbessern.

Gleichzeitig zeigt aber die doch nur cursorische Beteiligung Einzelner, dass diese Instrumente allein kein Garant für bessere und richtigere Entscheidungen sind. Auch in Zukunft braucht es für gute politische Entscheidungen den übergeordneten Blick über die Vielfalt der Interessen und ihre Zusammenhänge, wie ihn die repräsentative Demokratie gewährleistet. Sie verlangt den Ausgleich widerstreitender Bedürfnisse und zwingt durch das Mehrheitserfordernis zum Kompromiss.

Online-Beteiligung erleichtert es, Interessen zu erfassen und zu verstehen, sie entbindet aber nicht von der Pflicht,

auch die Interessen jener zu identifizieren und in die Entscheidung einzubeziehen, die – aus welchen Gründen auch immer – ihre Stimme nicht selbst einbringen. Dabei hilft auch das retardierende Moment parlamentarischer Demokratie, das zwar auf den ersten Blick unbefriedigend wirken mag, aber Schnellschüsse und losgelöste Einzelentscheidungen verhindert, die sich nicht in die Gesamtzusammenhänge einfügen.

Es wird eine Aufgabe sein, diesen Gesamtblick auf die Folgen der Digitalisierung und Vernetzung über die verschiedenen Themengebiete und damit auch über verschiedene Ressorts einer Bundesregierung hinweg auch nach dem Abschluss der Enquete-Kommission zu bewahren. Der Vorschlag, einen eigenen dauerhaften Ausschuss im Parlament für die Beschäftigung mit Fragen des Internets und seiner Wirkungen zu schaffen, könnte hierzu einen nützlichen Beitrag leisten.

V.1.2 Prof. Dr. Wolfgang Schulz⁵⁶: Entscheidungswissen für das Parlament⁵⁷

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

„Ich habe mit der Arbeit in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ die Hoffnung verknüpft, dass wir inhaltsreiche Debatten über grundsätzliche Fragen führen können. Zum Beispiel darüber, wo das Internet neue, andere Ansätze für Regelungsstrategien und Schwerpunktsetzungen erfordert, als dies bisher in der Offline-Welt üblich ist. Zumindest gegen Ende der Arbeit haben wir tatsächlich begonnen, darüber zu sprechen. Anfangs hatten wir dafür sehr wenig Zeit, aber zum Schluss haben wir einige solcher Diskussionen geführt. Das hat mich gefreut.

Es war ein Problem, dass sich die Enquete vorgenommen hatte, den ohnehin sehr breiten Arbeitsauftrag des Parlaments geradezu enzyklopädisch abzuarbeiten. Das führte dazu, dass jeder Spiegelstrich im Einsetzungsantrag von einer Projektgruppe in einem Kapitel des Berichts behandelt werden musste. Da wäre es sinnvoller gewesen, sich auf Wesentliches zu konzentrieren und dafür mehr Abstraktionshöhe zu gewinnen.

Für mich als Wissenschaftler war es zum einen interessant, mit den anderen Sachverständigen zusammenzuarbeiten. Darunter waren ja neben den Kollegen aus den Hochschulen auch Experten aus der Netzcommunity und Interessenvertreter, die jeweils das Wissen und die Anliegen aus ihrem Bereich in die Kommission spiegeln konnten. Zum anderen war es für uns als Sachverständige spannend zu sehen, wie mächtig die Funktionslogiken des Parlaments sind. Letztlich ist die Enquete-Kommission ein Ausschuss des Parlaments und muss nach den hier herrschenden Spielregeln arbeiten. Ich musste mich zum

Beispiel erst einmal daran gewöhnen, dass wichtige Verfahrensfragen vorab in den Obleute-Runden geregelt werden. Aber letztlich hat sich dies für mich als funktional erwiesen. Man kann eben nicht mit 34 Mitgliedern alle Verfahrensfragen klären. Hier haben die parlamentarischen Mechanismen eine große Effizienz.“

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

„Die Arbeit war sehr auf das Ergebnis hin ausgerichtet, am Ende einen Text mit konkreten Vorschlägen vorzulegen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir manchmal ergebnisoffener gesprochen hätten. Außerdem wäre es gut gewesen, die Enquete mehr als einen gemeinsamen Lernort zu betrachten und weniger darauf zu achten, ob die gewünschten Mehrheiten zustande kommen. Der Mehrwert einer Enquete besteht ja eben darin, dass man die Realität an bestimmten Stellen besser versteht, zu gemeinsamen Lösungskonzepten kommt und dies dem Parlament vermitteln kann.

Wir wurden als Sachverständige in die Arbeitsgruppen der Fraktionen eingeladen, um an der Vorabstimmung teilzunehmen. Ich bin ja als Parteiloser von der SPD benannt worden und habe erstmals aktiv in einem parlamentarischen Gremium mitgearbeitet. Mittlerweile spiele ich damit, dass ich mich immer links vorne an den Tisch setze, wenn ich den Raum betrete ... Im Ernst: Es war spannend, die Rollen zu wechseln und in Anhörungen andere Wissenschaftler zu befragen, statt selbst gefragt zu werden.

Als Wissenschaftler ist es ja eher ungewöhnlich zu erfahren, dass die Verständigung darüber, wie Realität zu deuten ist, schon eine politische Entscheidung ist. Zum Beispiel bei der Diskussion um Netzneutralität hatten wir Bereiche, wo man sich nicht eindeutig festlegen konnte, ob es Engpässe im Netz gibt oder nicht. So habe ich erfahren, dass man mit einer Verständigung über Realität schon eine ganze Menge steuern kann. Das war hochgradig interessant. Ich hätte nicht gedacht, dass das Parlament auf eine gewisse Art Realitätsdeutung betreibt. Aber das ist offenkundig manchmal notwendig.

Insgesamt hätte ich gerne mehr gemeinsam mit den netzfernen Abgeordneten einen Lernprozess initiiert statt mit den ohnehin netzaffinen Abgeordneten. Aber ich habe erfahren, dass in den Projektgruppen die Bereitschaft überraschend hoch war, die eigene Position zu verlassen, wenn gute Argumente dagegen sprechen. Ich habe mich gefreut, dass dies möglich war. In der Öffentlichkeit sieht man das nicht so häufig, da werden dann ja auch Positionen vertreten, selbst wenn man sie für falsch hält.

Zudem ist meine Hochachtung vor der Aufgabe der Abgeordneten gewachsen, für die Gesellschaft die richtigen Entscheidungen zu treffen. Mein Bild vom Parlament und von den Abgeordneten, das bereits vorher nicht schlecht war, hat sich durch die gemeinsame Arbeit noch einmal deutlich verbessert.“

⁵⁶ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/schulz_wolfgang/index.jsp

⁵⁷ Anmerkung: Wiedergabe des Gesprächs vom 30. November 2012.

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

„Ich konnte nicht in allen zwölf Projektgruppen tätig sein, sodass ich keinen erschöpfenden Überblick über die Ergebnisse wage. Doch wird meiner Meinung nach eines noch nicht genug gewürdigt: Wir haben es über Parteigrenzen hinweg und trotz unterschiedlicher Positionen von Sachverständigen einstimmig geschafft, uns in dem hoch umstrittenen Bereich des Urheberrechts auf Grundstrukturen zu verständigen. Zum Beispiel darauf, dass man trotz des Internets nicht an den Grundprinzipien des Urheberrechts rütteln muss. Das betrifft unter anderem Ausschließlichkeitsrechte und Zuordnung des Wertes ideell und materiell zum Schöpfer. Das wird nicht in Frage gestellt.

Zum anderen haben wir jedoch festgehalten, dass es durchaus eines Paradigmenwechsels bedarf, da es neben den Interessen von Urhebern auch solche gesellschaftlichen Werte wie Erkenntnisfortschritt und das gesellschaftlich bedeutsame Potential von Kreativität gibt. Wir haben uns in unserem Einleitungstext zu den Handlungsempfehlungen darauf geeinigt, dass diese und weitere Werte eine gleichberechtigte Rolle spielen. Damit sind wir in der Debatte sehr viel weiter gekommen, als es die zum Teil erhitzten Diskussionen zum Urheberrecht sonst schaffen, bei denen es am Ende immer um Bekenntniszwänge für das Netz oder für den Content geht.

Ein anderer Bereich, in dem wir meiner Auffassung nach einiges erreicht haben, betrifft den Jugendschutz und die Medienkompetenz. Da gab es in der Kommission eine große Spannweite von Meinungen. Die reichte von dem Sachverständigen Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring, der den rechtlichen Rahmen des Jugendschutzes für besonders wichtig hielt, bis zum Sachverständigen Alvar Freude, der eher auf die Medienkompetenz der Nutzerinnen und Nutzer setzte. In unserem Bericht schreiben wir am Ende, dass man das eine nicht gegen das andere ausspielen darf. Jugendschutz und Medienkompetenz sind zwei Bereiche, die zwar aufeinander zu beziehen, aber zugleich als selbstständig zu begreifen sind.

Ich hoffe, dass sich ein ständiger Ausschuss für Internet und digitale Gesellschaft in der nächsten Legislaturperiode als erstes mit unseren vielen Ergebnissen beschäftigen wird. Wir haben zudem auch einige lose Fäden hinterlassen. Da gibt es Themen, zu denen wir nur Leitfragen stellen und keine abschließenden Empfehlungen geben konnten. Hier muss auf jeden Fall weitergearbeitet und müssen teilweise auch dicke Bretter gebohrt werden, zum Beispiel bei der Providerhaftungsfrage, wo meiner Meinung nach Konkretisierungsbedarf besteht. Es gibt in einigen Feldern, die das Internet betreffen, eine Überlastung der Rechtsprechung, daraus resultiert der Auftrag an das Parlament, Materien wie Haftungsfragen zu konkretisieren.

Für mich persönlich waren die letzten zweieinhalb Jahre ein wichtiger Baustein, um zu lernen und besser zu verstehen, wie das Parlament sein Entscheidungswissen generiert. Ich habe jetzt ein viel besseres Verständnis davon,

wie parlamentarische Mechanismen funktionieren. Da gibt es einerseits Defizite, zum Beispiel bei den Strukturen, wie das Parlament sich Wissen aneignet. Hier sehe ich eine gewisse Abhängigkeit des Wissenszuflusses von Lobbyisten, obwohl ich grundsätzlich der Meinung bin, dass Interessensvertretungen zur Wissensökologie des Parlaments ganz selbstverständlich dazugehören.

Ich glaube, dass es in Zukunft zwar auch weiterhin wertbezogene, politische Fragen zu beantworten gilt, die sich entlang der Parteigrenzen bewegen werden. Darüber hinaus wird es zunehmend Fragestellungen geben, bei denen es einfach darum gehen wird, die sachlich beste Lösung zu finden. Dafür muss das nötige Wissen bereitgestellt werden, um das Problem intellektuell zu durchdringen. Das wird in den nächsten Jahren eine große Herausforderung für das Parlament darstellen.

Dies betrifft auch die Frage der Bürgerbeteiligung. Meiner Meinung nach konzentriert man sich dabei zu viel auf die Entscheidungsphase. Dabei geht es vielmehr um eine gemeinsame Erarbeitung der Wissensbasis: Wo ist eigentlich das Problem? Welche Instrumente sind wirksam? Hier sollte man Crowd-Wisdom mit einbeziehen. Man sollte die Partizipationsdebatte nicht auf Abstimmungsmechanismen verkürzen.

Man sollte auch neue Formen der Vernetzung mit der Wissenschaft erproben. Eine Enquete-Kommission ist eine bewährte Form dafür, aber es kann auch weitere geben. Ich konnte in diesem Zusammenhang die Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages nutzen, der für bestimmte Fragestellungen einen sehr guten Service bietet. Aber das hat natürlich Grenzen, denn inzwischen sind die Wissensfelder so zersplittert, dass man unmöglich für alles einen Experten bereithalten kann. Mit diesem Problem werde ich mich wissenschaftlich in den nächsten Jahren beschäftigen.“

V.1.3 Prof. Dr. Christof Weinhardt⁵⁸: Impulse und Ideen für das Parlament⁵⁹

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

„Ich hätte gedacht, dass es weniger Arbeit macht (lacht). Im Ernst: Die Arbeit in den Projektgruppen war aufwändig und war für mich mit vielen Reisen verbunden. Inhaltlich hatte ich mir einerseits davon versprochen, Einblicke in die parlamentarische Arbeit zu bekommen und besser zu verstehen, wie der Bundestag funktioniert, und andererseits Impulse zu meinen Themen setzen und Ideen einbringen zu können, um etwas zu bewirken. Das ist mir auch gelungen.

Meine Erwartungen haben sich insgesamt teils erfüllt, teils nicht. Ich habe deutlicher als zuvor verstanden, dass politische Arbeit heißt, Kompromisse zu finden. Das ist nicht leicht, wenn 34 Menschen zusammen sitzen. Ich

⁵⁸ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/schulz_wolfgang/index.jsp

⁵⁹ Anmerkung: Wiedergabe des Gesprächs vom 12. Dezember 2012.

habe auch besser verstanden, warum es so etwas wie Fraktionszwang oder -druck geben kann. Wir haben ja in den Projektgruppen Gelegenheit gehabt, inhaltlich zu arbeiten und uns auf etwas zu einigen. Und dann sollte man in der entscheidenden Enquete-Sitzung nicht wieder alles anders machen wollen. Dies ist von Seiten der kleineren Parteien oft versucht worden. Da habe ich gelernt, dass man sich frühzeitig inhaltlich einbringen muss, aber dann am Ende auch zum gemeinsam mit Sachverstand entwickelten Ergebnis stehen muss, selbst wenn die eigene Maximalforderung nicht enthalten ist. Als Sachverständiger ist man somit nicht so unabhängig, wie ich zuvor gedacht hatte. Es bringt auch nichts im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit, nur als Einziger zu agieren, wie wir an einigen Beispielen deutlich gesehen haben.“

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

„Die personelle und interaktive Auseinandersetzung zwischen Abgeordneten und Sachverständigen habe ich als sehr fruchtbar erlebt. Die Sachverständigen haben nicht nur ihr Wissen aus ihrem jeweiligen Fachgebiet eingebracht, sondern an der ein oder anderen Stelle auch ganz andere Fragen gestellt, als es vielleicht sonst der Fall gewesen wäre. Diese persönliche Auseinandersetzung vor Ort in gemeinsamen Sitzungen ist enorm wichtig, das kann man nicht in Form eines Blogs oder eines Forums im Netz leisten. Da hat sich eine konstruktive gemeinsame Kultur in den Diskussionen gebildet.

Ich habe auch gelernt, dass sich Politiker völlig anders verhalten, sobald Kameras eingeschaltet sind. Sie müssen dann plötzlich alle einmal zu Wort kommen und dürfen von ihrer politischen Meinung nicht mehr abweichen. Das führt natürlich nicht zu mehr Kompromissbereitschaft. Das gilt auch für manche Sachverständige, wenn sie beruflich eine breitere Öffentlichkeit adressieren oder ein bestimmtes Lager bedienen müssen.

Für mich war es kein Problem, dass die Projektgruppensitzungen öffentlich waren, aber ich war dagegen, dass immer Kameras laufen. Das hätte die Arbeit schwieriger gemacht, weil dann einzelne stärker an ihrer Meinung hängen und sich nicht auf Kompromisse einlassen könnten.

Es war ja das Ziel, den Parlamentariern sowohl Informationen an die Hand zu geben, als auch Handlungsempfehlungen zu formulieren. Für meinen Geschmack sind die Diskussionen um die Handlungsempfehlungen meistens zu kurz gekommen. Wir haben sehr lang über den Stand der Technik oder den Zustand der Gesellschaft oder des Rechtssystems gesprochen und dazu Bestandsaufnahmen erstellt. Dazu gab es oft zusätzliche Anhörungen und nicht selten gab es bereits in diesem Stadium der Arbeit – für mich oft überraschend – Divergenzen zwischen den Fraktionen. Somit blieb teilweise nicht ausreichend Zeit und Raum, die Schlussfolgerungen und somit die Handlungsempfehlungen zu diskutieren.

Wie gut es gelungen ist, die unterschiedlichen Sichtweisen einzubinden und zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen, hing zum einen davon ab, wie groß das Kon-

fliktpotential eines Themas war. Gegen Bildung kann ja keiner was haben, und gegen eine informierte Öffentlichkeit auch nicht. Bei Netzneutralität sieht das schon anders aus. Andererseits hing es auch vom Geschick des Projektgruppenleiters ab, die verschiedenen Positionen zu bündeln.

Die überwiegend guten und fruchtbaren Diskussionen haben sich in den teils exzellenten Berichten niedergeschlagen. Für einzelne Themen sind regelrechte Nachschlagewerke entstanden. Auch wenn ich nicht mit jeder Handlungsempfehlung zufrieden bin, war ich am Ende überrascht, wie gut das Ergebnis geworden ist.

Ich halte Enquete-Kommissionen für ein gutes Werkzeug des Parlaments, sich Wissen anzueignen, denn ich habe erlebt, wie sich die Parlamentarier in der Kommission aktiv mit den Themen beschäftigt und diese dann auch in ihren Fraktionen vertreten haben. Der große Endbericht landet zwar auf den Schreibtischen aller Abgeordneten, aber man kann natürlich nicht erwarten, dass alle ihn lesen. Immerhin werden sie jedoch mit dem Bericht ein gutes Nachschlagewerk an die Hand bekommen. Vielleicht kann man die Ergebnisse online mit Stichwortkatalogen und ähnlichem noch redaktionell aufbereiten, um dem Parlament die Ergebnisse auf eine zeitgemäße Art noch besser zu erschließen.“

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

„Für mich persönlich war das Thema Netzneutralität eines der Kernthemen, die mich besonders interessiert haben. Am Ende standen als Ergebnis zwei Meinungen nebeneinander. Wir konnten uns hier nicht auf gemeinsame Handlungsempfehlungen einigen. Und dies spiegelt tatsächlich sehr konkret die Auffassungen zweier divergierender Lager wider, die es eben auch in der Gesellschaft gibt. Derzeit gibt es da kein Richtig oder Falsch. Die einen plädieren eben eher für eine marktwirtschaftlich freiere Lösung, während die anderen auf regulative Art die Probleme angehen wollen.

Weitere wichtige Bereiche waren Bildung und Forschung sowie Wirtschaft, Arbeit, Green IT. Hier sind wir sowohl bei der Bestandsaufnahme als auch bei den Handlungsempfehlungen ein gutes Stück vorangekommen. In der Projektgruppe Medien, Kultur, Öffentlichkeit war die Zeit besonders knapp, was noch nichts über die Qualität aussagt, denn wir haben unsere Arbeitsweise den Ressourcen angepasst. Das tat der Disziplin ganz gut.

Grundsätzlich halte ich es für sehr wichtig und sinnvoll, wenn in der nächsten Legislaturperiode ein ständiger Ausschuss für Internet und digitale Gesellschaft eingerichtet würde. Das Netz verändert eben alle Lebensbereiche. Dies gilt für den Einzelnen wie für Städte, Kommunen, Länder, für die Wirtschaft, die Kultur und für eigentlich alle. Und es ist ein Kernthema, wie sich eine Gesellschaft wie die unsrige darauf einlässt, welche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Das Thema Digitalisierung braucht im parlamentarischen Raum ein viel höheres Gewicht, als es derzeit hat. Ein an-

deres wichtiges Problem wie die Förderung von erneuerbarer Energie, das derzeit einen hohen politischen Stellenwert hat, ist zum Beispiel ohne das Internet nicht zu lösen. Für die Bewertung dieser Themen braucht es dabei auch im Parlament Kompetenz, die durch einen ständigen Ausschuss gewährleistet wäre. Dazu wäre auch ein Staatsminister auf Regierungsseite notwendig, weil die Ressortzuständigkeit derzeit noch ein großes Problem darstellt. Bisher sind viele verschiedene Ministerien für das Thema zuständig, und es gibt keine Bündelung der Kompetenzen.

Ich wünsche mir, dass nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wissenschaft die großen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen diskutiert und die gesellschaftsrelevante Forschung viel stärker in die Diskussionen um das Internet und die digitale Gesellschaft eingebunden wird. Meist kommen die Ansätze eher aus dem IT-Bereich und greifen zu kurz. Die EU-Programme beispielsweise sind sehr techniklastig. Dabei brauchen wir auch Politologen, Soziologen und Ökonomen, die sich interdisziplinär mit diesem Thema beschäftigen.“

V.1.4 Dr. Jeanette Hofmann⁶⁰: Die Enquete war ein Netzknoten⁶¹

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

„Mein Wunsch war, dass die Enquete zu den grundlegenden politischen Fragen der digitalen Gesellschaft den Stand der Dinge aufbereitet und die Kontroversen darum so sichtbar macht, dass jeder sie verstehen und sich im Meinungsspektrum verorten kann. Dies ist uns zum Beispiel beim Thema Urheberrecht gelungen: Der Bericht ist meines Erachtens sehr gut geworden, er ist lesbar, vielleicht ein wenig lang. Daher wünschte ich mir, dass es noch mehr Resonanz von Seiten der Urheberrechtsexperten in diesem Land dazu geben würde, denn es gibt ja viele gesellschaftliche Gruppen, die sich mit dem Thema beschäftigen.

Meine Erwartungen wurden besonders im ersten Jahr der Arbeit erfüllt. Die Qualität der produzierten Texte war sehr hoch. Es gab großes Interesse an den Themen, die behandelt wurden. Als stellvertretende Vorsitzende der Projektgruppe Urheberrecht war ich sehr zufrieden mit der Qualität der Diskussionen, wenngleich wir sehr viel weniger Zeit für Diskussionen hatten als ich mir das vorgestellt hatte. Durch den insgesamt knappen Zeitrahmen und die umfangreiche Themenliste standen wir von Beginn an unter großem Produktionsdruck. Trotzdem ist es uns in der Projektgruppe Urheberrecht gelungen, in der Bestandsaufnahme des Berichts die verschiedenen Positionen gleichwertig darzustellen.

Eine Wende gab es im Sommer 2011. Die Projektgruppe Urheberrecht hatte Forschungsbedarf festgestellt und diesen in einem Antrag auf die Ausschreibung einer Studie

auch formuliert. In der Enquete gab es zunächst das einstimmige Votum, ein Gutachten in Auftrag zu geben. Zwei Sitzungen später wurde dieses Votum plötzlich zurückgeholt, es gab ein anderes Abstimmungsergebnis und das Thema Gutachten war – nach der erfolgten Ausschreibung – vom Tisch. Die Entscheidung gegen die Vergabe eines Gutachtens war eindeutig nicht aus der Kommission selbst gekommen, sondern von außen an sie herangetragen worden. Ähnliche Manöver gab es hinsichtlich der Verabschiedung einiger Zwischenberichte. Diese Art der Politisierung der Inhalte und des politischen Hineinregierens in das Enquete-Geschäft führte dazu, dass das wissenschaftliche Argument der Sachverständigen zugunsten von Mehrheitsentscheidungen in den Hintergrund rückte.

Im ersten Jahr haben die meisten Mitglieder sehr viel Energie in die Kommission gesteckt und ihr Bestes gegeben. Das hat im Laufe des Prozesses nachgelassen. Die Erwartung einiger Abgeordnete, dass hauptsächlich die Sachverständigen Texte produzieren, während sie selbst zu beschäftigt dazu sind, begann mich zu ärgern. Wir sind eigentlich als ein Multi-Stakeholder-Gremium im besten Sinne angetreten, bei dem Leute aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und den Verbänden gemeinsam Fragen auf gleicher Augenhöhe bearbeiten. Diese Vorstellung wurde aber offenbar nicht von allen geteilt.

Ich hatte auch erwartet, dass sich die Beiträge aus der Bürgerbeteiligung und die Möglichkeit zu kommentieren stärker auf die Praxis der Enquete-Kommission auswirken würden. Die Institution des 18. Sachverständigen schien mir jedoch mehr ein Ritual zu sein. Für mich selbst muss ich sagen, dass ich die Beiträge von außen kaum in meine Arbeit einfließen lassen konnte, da ich zu sehr mit dem Schreiben beschäftigt war. Ich habe es schlicht nicht geschafft, mich intensiver mit den Vorschlägen, die im Rahmen von Adhocracy entwickelt wurden, auseinanderzusetzen. Das war eine Komplexitätsstufe zu viel für mich.

Auf der anderen Seite ist es der Enquete durchaus gelungen, der digitalen Öffentlichkeit, oder – wie manche sagen – der Internetgemeinde, einen stärkeren Fokus zu geben. Das spiegelt meine Erfahrung auf der internationalen Ebene wider: Man braucht Organisationen mit entsprechenden Kompetenzen, die einen öffentlichen Diskurs so weit strukturieren, dass er sich formieren und weiterentwickeln kann. Solche Organisationen bilden dann so etwas wie einen Netzknoten. Insoweit hat die Enquete-Kommission zu einer Verstärkung und Verbreiterung der Diskussion über das Internet in Deutschland geführt. Damit wurde zugleich die öffentliche Bedeutung und Kompetenz zum Thema Internet deutlich gestärkt.“

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

„Die Politik eignet sich derzeit Kompetenz zum Thema Internet an. Es gibt natürlich einen unterschiedlichen Wissensstand unter den Abgeordneten. Manche kennen sich sehr gut aus und sind fast Teil der Netz-Szene, während das Internet für andere sichtlich Neuland ist. Dabei

⁶⁰ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/hofmann_jeanette/index.jsp

⁶¹ Anmerkung: Wiedergabe des Gesprächs vom 10. Dezember 2012.

sind diejenigen, die in den Fraktionen etwas zu sagen haben, nicht unbedingt die, die über fachliche Expertise zum Thema verfügen. Das hat zu Spannungen geführt und bisweilen die Arbeit behindert.

Manchmal mussten Mitglieder der Kommission gegen ihre Überzeugung abstimmen. Unsere Zwischenberichte wären anders ausgefallen, wenn alle Mitglieder nach bestem Wissen votiert hätten. Ich hoffe, dass die Sensibilität und Kompetenz für das Thema Internet in den Fraktionen steigen wird. Die Kommission hat da in gewisser Weise in einer Übergangsphase gearbeitet und dabei den Möglichkeiten, die eine Enquete hat, oft nicht hinreichend Rechnung tragen können. Vielleicht sollte man in zehn Jahren noch einmal eine neue Internet-Enquete einrichten.

Was das Politische angeht, habe ich eine große Eigen- dynamik hinsichtlich taktischer Manöver beobachtet. Man kennt das ja: Wenn man in einen Prozess eingebunden ist, dann entwickelt dieser eine eigene Rationalität. Erst wenn man heraustritt, sieht man, wie viel Energie und Aufmerksamkeit man auf Manöver verwendet hat, die für Außenstehende völlig irrelevant sind. Ich habe das beobachtet, aber wenig Interesse verspürt, mich darauf einzulassen. Mir ist zudem bewusst geworden, dass ich als Wissenschaftlerin privilegiert bin, so lange ich will über eine Sache nachzudenken, um mir eine eigene Meinung zu bilden. Das kommt im politischen Betrieb zu kurz.

Ich habe das Parlament als Institution zudem als sehr behäbig erlebt. Am Anfang hatten wir in der Internet-Enquete ja nicht einmal Internetzugang. Für uns als Sachverständige war das absurd. Mir scheint, als gebe es unter den Parlamentariern insgesamt eher wenig Verständnis dafür, dass die neu entstehenden Öffentlichkeiten im Netz doch einen erheblichen Einfluss auf die Meinungsbildung haben und dort sehr viel Expertise liegt. Manchmal war es im Enquete-Sitzungssaal mit Händen zu greifen, dass es darüber zwischen Sachverständigen und Abgeordneten sehr unterschiedliche Auffassungen gibt. Mir hat geholfen, dass ich viel Unterstützung von Seiten der Fraktionsmitarbeiter bekam. Mit der für Kommission zuständigen Fraktionsmitarbeiterin hatte ich sehr engen Kontakt und wir haben viel voneinander profitiert.

Was das Verhältnis von Politik und Wissenschaft angeht, so war in der Enquete das Primat der Politik zum Beispiel bei der Vergabe von Gutachten deutlich spürbar. Andererseits fanden wir Wissenschaftler mit unserer Expertise durchaus Gehör. Bei der SPD-Fraktion zum Beispiel wurde deutlich, dass sie sich inhaltlich mehr und mehr auf Professor Wolfgang Schulz gestützt hat. Man weiß allerdings nie genau, wie eng das Verhältnis von Politik und Wissenschaft sein kann, ohne dass beide Schaden nehmen. Generell zieht ja eine Verwissenschaftlichung von Politik eine Politisierung der Wissenschaft nach sich. Je mehr wissenschaftliche Expertise von der Politik aufgegriffen wird, desto mehr wird sie bezichtigt, parteiisch zu sein. Es ist daher gut, Vermittlungsinstanzen zwischen Wissenschaft und Politik zu haben, wie etwa Verbände,

die Studien erstellen lassen. Zum Glück gibt es da ein mediatisiertes Feld.“

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

„Für einige Berichte ist es gelungen, die Bestandsaufnahmen fraktionsübergreifend und auch unabhängig von den Meinungen der einzelnen Sachverständigen zu formulieren. Theoretisch klingt das einfach, aber in der Praxis bedeutet es sehr harte Arbeit. Und hier und da ist das gelungen. Mehrere unserer Berichte sind wirklich exzellent. In der Projektgruppe Bildung und Forschung herrschte zum Beispiel sehr viel Teamgeist. Dafür muss ich besonders dem Vorsitzenden, Dr. Reinhard Brandl von der CDU/CSU-Fraktion, ein großes Lob aussprechen. Hier konnten die verschiedenen Positionen ausgetauscht und gleichberechtigt dargestellt werden. Wir haben beispielsweise das Thema Open Access wirklich vertieft behandelt und sind zu einem einmütigen Ergebnis gekommen. Dabei war das Thema eingangs sogar bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die mich aufgestellt haben, sehr kontrovers diskutiert worden. Am Ende sind auch Abgeordnete mitgegangen, die dem Thema anfangs sehr skeptisch gegenüber gestanden hatten. Es hat mich auch gefreut, dass meine Expertise in der Grünen-Fraktion anerkannt wurde. Ich hatte zudem die Freiheit, in den Enquete-Sitzungen unabhängig von der Fraktion abzustimmen, ohne mit Abstrafungen rechnen zu müssen.

Insgesamt ist der Bereich Internet und digitale Gesellschaft in der Hierarchie politischer Themen nach oben gerutscht und hat durch die Enquete mehr Aufmerksamkeit bekommen. Das hat auch die Ebene der Verbände und Institutionen außerhalb des parlamentarischen Raumes berührt. Die Abgeordneten aus der Enquete haben aber oft erzählt, dass sie mit Netzthemen mehr ins Zentrum der Politik gerückt sind. Wir alle haben es daran gemerkt, wie oft wir zu Diskussionsrunden und Tagungen eingeladen wurden. Die Enquete hat dazu ihren Beitrag geleistet, aber der Erfolg der Piratenpartei war wahrscheinlich noch wichtiger für diese Entwicklung.

Sollte es in Zukunft eine parlamentarische Institutionalisierung in Form eines ständigen Ausschusses für dieses Thema geben, ist das mit Sicherheit auch eine Reaktion auf die Enquete Kommission. In den letzten 12 Monaten war zu merken, dass sich einige der Abgeordneten mit der Frage befassten, wie die Arbeit der Enquete in Zukunft weitergeführt werden kann. Das Thema Internet ist so wichtig, dass wir sowohl in den öffentlichen Entscheidungsinstanzen als auch bei Journalisten deutlich mehr Kompetenz brauchen. Ein Ausschuss könnte nach und nach dazu beitragen, sowohl bei den Politikern, als auch bei der Verwaltung.

Die Enquete-Kommission hat die Problemstellungen zwar aufbereitet, aber sie natürlich nicht gelöst. Für die Zukunft stehen daher sehr viele wichtige Themen an: Datenschutz, Urheberrecht, Netzneutralität, Open Access und viele mehr. Es sind extrem wichtige Aufgaben, mit denen sich ein zukünftiger Ausschuss beschäftigen sollte.“

V.1.5 Prof. Dr. Hubertus Gersdorf⁶²: Brückenschlag zwischen Parlament und Praxis⁶³**Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?**

„Ich bin mit der Erwartung intensiver Gespräche, gemeinsamen Lernens und der Möglichkeit, selbst Impulse geben zu können, in die Arbeit gegangen. Diese Erwartungen sind vollends erfüllt worden. Ich habe sehr viel gelernt und ich konnte sowohl schriftlich wie mündlich selbst inhaltlich Akzente setzen.

Ich war das erste Mal in einer Enquete, daher hatte ich keine detaillierten Erwartungen. Aber mir ist aufgefallen, dass die Sachverständigen sehr schnell den parlamentarischen Gesetzmäßigkeiten und Ritualen unterworfen waren. An dieser Stelle müsste man vielleicht die Rolle der Sachverständigen überdenken. Es war institutionell nicht abgesichert, dass wir unsere Unabhängigkeit wahren können. Das würde ich mir für die Zukunft wünschen. Zum Beispiel könnte es eine separate Abstimmung für die Gruppe der Sachverständigen geben. So könnte man verhindern, gegen seine Überzeugung abstimmen zu müssen, und es wären unabhängigere Voten möglich. Man wird ja schnell einem Lager zugeschlagen, obwohl viele wie ich keiner Partei angehören. Ich glaube, da braucht es einen Schutzschirm für die Sachverständigen. Ich kann nur für die Wissenschaftler sprechen, aber ich glaube, keiner der Sachverständigen ließ sich gerne vor einen Karren spannen.“

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

„Ich habe oft eine andere Wahrnehmung von der Arbeit in der Enquete gehabt, als sie offenbar viele Menschen außerhalb hatten. Das hat mich nachdenklich gemacht. Ich wurde zum Beispiel oft auf eine Sitzung zu Beginn angesprochen, bei der die Regierungsmehrheit nicht mehr gewährleistet war, weil ein Sachverständiger erkrankt und ein weiterer mit der Opposition gestimmt hat. Damals wurde mit dem Hinweis auf Verfahrensfragen die Arbeit vertagt und es entstand der Eindruck, es werde getrickst. Ich würde es für die Zukunft befürworten, wenn hier ein Pairing-Abkommen, also eine parlamentarische Fairness-Vereinbarung, zum Tragen käme, bei der beide Seiten darauf verzichteten, die Gunst der Stunde zu nutzen.

Mir ist aufgefallen, dass sich die Parlamentarier, sobald die Kameras eingeschaltet waren, teilweise komplett anders als sonst verhielten. Die Gespräche in den Projektgruppen, die nicht gestreamt wurden, verliefen anders als die Enquete-Sitzungen, die übertragen wurden. Da muss man sich fragen: Wozu führt Medienöffentlichkeit? Auf diese Frage gibt es zwei Antworten: Entweder man reduziert die Medienöffentlichkeit oder man lässt sie im Gegenteil noch viel stärker zu, damit alle sich daran gewöhnen, unter den Bedingungen der Medienöffentlichkeit nicht anders zu diskutieren und sich zu verhalten als

sonst. Ich persönlich setze auf mehr Transparenz. Vielleicht gewöhnen sich die Menschen dann daran, dass sie nicht eine andere Rolle einnehmen müssen, sobald die Kamera läuft.

Mir hat die Arbeit in den Projektgruppen deutlich mehr Freude gemacht, als die monatlichen Sitzungen der Enquete. Ich glaube, das ging vielen so. Wie in den Projektgruppen gearbeitet wurde, war genau so, wie ich mir den Parlamentarismus vorstelle: Jeder ging zwar von seinen Wertvorstellungen und -haltungen aus, aber es wurde ein echtes Gespräch geführt und man hörte einander zu. Es kamen gute Diskussionen zustande, die Argumente wurden gehört und fruchteten auch. Es gab eine sehr ruhige, unaufgeregte, sachorientierte Diskussionskultur. Man spürte, dass sich etwas bewegte, und das machte Freude.

Die Arbeit in den Projektgruppen entsprach meinen Vorstellungen von einem modernen Parlament. Wenn die Öffentlichkeit einen echten Einblick in die Parlamentsarbeit hätte bekommen sollen, wäre die Übertragung der Projektgruppensitzungen fast wichtiger gewesen als die Übertragung der Enquete-Sitzungen, wo bei den Abstimmungen oft nicht mehr klar war, worüber wir eigentlich sprachen. Da wurde zu wenig erklärt.

In den großen Enquete-Runden hatte ich zudem oft den Eindruck, es gehe nur ums politische Ritual und darum, vor der eigenen Wählerschaft gut da zu stehen. Da wurden manchmal Kontraste gezeichnet, die ich in den Projektgruppensitzungen so gar nicht gesehen hatte. Die Unterschiede wurden in den Kommissionssitzungen sehr betont und scharf formuliert, obwohl in den Projektgruppen überwiegend Einigkeit geherrscht hatte. So entstand teilweise ein verzerrtes Bild. Der Streit wurde in den Vordergrund gerückt. Die Punkte, in denen man Konsens hergestellt hatte, wurden in der Öffentlichkeit nicht genug betont.“

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

„Es war für mich ein positives Ergebnis, zu bemerken, dass bestimmte Leitgedanken bei der Politik gefruchtet haben. Zum Beispiel beim Thema „digitaler Radiergummi“ im Bereich Datenschutz, der den Teilnehmern von Sozialen Netzwerken bestimmte Lösungsansprüche zuspricht. Hier ist es gelungen zu verdeutlichen, dass diese Idee mit verschiedenen Kommunikationsinteressen und teilweise mit dem Wesen des Internets kollidiert. Ich habe gemerkt, dass sich Parlamentarier aller Fraktionen auf diese Erkenntnis einlassen konnten.

Der Brückenschlag zwischen der parlamentarischen Arbeit und der Praxis wird auch in Zukunft unerlässlich sein. Davon profitieren beide Seiten. Nicht nur die Politik muss wissen, welche Konsequenzen ihre Entscheidungen für die Praxis haben werden, sondern auch die andere Seite – in meinem Fall die Wissenschaft – muss wissen, nach welchen Rationalitäten die Politik handelt. Für den modernen Parlamentarismus wird es wichtig sein, in Form von Enquete-Kommissionen und in Form von An-

⁶² Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/gersdorf_hubertus/index.jsp

⁶³ Anmerkung: Wiedergabe des Gesprächs vom 11. Dezember 2012.

hörungen oder anderen Mitteln die Verbindung zur Praxis immer wieder zu suchen.

Neben den vielen inhaltlichen Ergebnissen, die ich hier nicht alle aufzählen will, wäre es ein großes Verdienst der Enquete, wenn ein ständiger Ausschuss im Parlament die Arbeit fortführen würde. Das wäre wichtig, damit auch künftig die Fragen der digitalen Gesellschaft angemessen behandelt werden können. Denn diese werden ja mit Ende der Enquete nicht abschließend beantwortet sein.

Der ständige Ausschuss bräuchte meiner Meinung nach auch in Zukunft Sachverstand von außen. Ich könnte mir vorstellen, dass weiterhin zusätzlich zu den Abgeordneten auch Experten mit beratender Funktion in diesem Gremium säßen, auch wenn dies ein Novum in der Parlamentsgeschichte wäre.

Ich bin zwar ein Gegner der Entparlamentarisierung und glaube, dass das Parlament selbst seine demokratisch legitimierte Verantwortung wahrnehmen muss. Doch ich begrüßte es, wenn Sachverständige in beratender Funktion stärker in die Meinungsbildung der Ausschüsse einbezogen würden. Dies gibt es zwar bereits bei Anhörungen, aber es sollte verstetigt werden. Übrigens gilt dies nicht nur für Fragen rund um das Internet.“

V.1.6 Annette Mühlberg⁶⁴: Netzpolitik – eine Frage der Demokratie

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

Generell war es ein sehr sinnvoller Schritt, das fachübergreifende Gremium überhaupt einzurichten. Eigentlich sollten alle Parlamente oder Regierungen weltweit solche Kommissionen einberufen. Es gibt ja keine andere Technologie, die so tiefgreifend in das gesellschaftliche Gefüge sowie in Wirtschaft und Politik eingreift wie das Internet. Es ist daher äußerst wichtig, die öffentlichen und privaten Strukturen im Auge zu behalten, die mit dem Netz entstehen. Das bezieht sich etwa auf Geschäftsmodelle, die auf der Verwertung persönlicher Daten der Nutzer beruhen. Dies ist beispielsweise in sozialen Netzwerken der Fall, wo die Privatsphäre häufig – auch und gerade von den Plattformbetreibern – als Wert von gestern betrachtet wird. Auch Online-Dienste, für die es keine vergleichbaren Alternativen gibt und mit zunehmender Nutzung für den Anwender immer wichtiger werden, können die Gefahren klassischer Monopole mit sich bringen.

Insgesamt nimmt in der digitalen Welt die Abhängigkeit kritischer Infrastrukturen sowie weiterer elementarer Felder wie der Börse, des Gesundheitswesens, der Sozialverwaltung oder der Justiz von der Informationstechnologie zu. Parallel gewinnen die Transparenz und die Offenheit von Programmen und Systemen, wie sie freie Software und Open Source garantieren, an Bedeutung. Sie helfen, die Kontrolle über IT-Prozesse zu behalten.

Interdisziplinarität gehört zu den Grundvoraussetzungen für das erfolgreiche Arbeiten einer Enquete-Kommission und beim Thema Internet trifft das erst recht zu. Gleichzeitig ist aber in einer derartigen Arbeitskonstellation zu beachten, dass keine Ungleichheiten aufkommen. Wenn etwa Industrielobbyisten Mitglieder der Kommission werden, haben sie eventuell Vollzeitmitarbeiter hinter sich, die etwa Texte für Projektberichte schreiben können. Aufgrund der sehr breiten Themenpalette war es in der Praxis aber nur noch beschränkt möglich, unterschiedliche Blickwinkel tatsächlich in mehrere Projektgruppen einzubringen. Um die Arbeit terminlich noch handhaben zu können, verständigten sich Abgeordnete und unabhängige Sachverständige in der Regel vielmehr nur noch auf ihre thematischen Stammgebiete.

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Die hauptsächliche Crux lag darin, dass der Arbeitsauftrag zu weit gefasst war. Allein die Projektgruppe, die ich als Vorsitzende geleitet habe, beschäftigte sich mit „Wirtschaft, Arbeit und Green IT“. Das zu behandelnde Spektrum wäre eine eigene Enquete-Kommission wert gewesen. Generell war der Zeitaufwand für alle Beteiligten enorm hoch. Eines der weiteren „Ergebnisse“ der Kommission müsste so eigentlich eine Agenda offener Fragen sein, die nicht mehr ernsthaft abgedeckt werden konnten und an denen weiter gearbeitet werden sollte.

Eine Enquete-Kommission lebt davon, dass in ihr prinzipiell auch Ideen aufgebracht werden können, die nicht hundertprozentig mit einer Fraktions- oder Koalitionslinie im Einklang stehen. Politische Ränkespiele sollten in einer solchen Kommission keinen Platz haben. Umso wichtiger ist es, dass nicht politisch von außen hineinregiert und die Unabhängigkeit der Sachverständigen und der Volksvertreter gewahrt wird. Manche Abgeordneten legten einen erfrischenden, über den Tellerrand schauenden Stil an den Tag – sie dürfen nicht „zur Raison gerufen“ werden. Die Enquete-Kommission ist doch gerade das Medium, wo politische Interessen dem Erkenntnisinteresse weichen sollten.

Dies gilt auch für die Praxis der Gutachtenvergabe. Zum Bereich der grünen Informationstechnologie etwa verständigten wir uns zwar, externe Experten auf diesem Weg mit einzubeziehen. Im Komplex Urheberrecht und Kreative, der ebenfalls weiterer Analysen bedurft hätte, fand sich bedauerlicherweise keine Mehrheit, die Kernfrage künftiger Verdienstmöglichkeiten von Urhebern und innovativer Geschäftsmodelle näher beleuchten zu lassen.

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

Es hat sich herauskristallisiert, dass ein Prozess der demokratischen Raumplanung des Cyberspace nötig ist, der Antworten gibt auf ökonomische, infrastrukturelle und bürgerrechtliche Fragestellungen und Vorbild ist in der Transparenz von Gestaltungsprozessen.

Die digitale Gesellschaft lässt sich nur erfassen und formen, wenn alle legitimen Interessensvertreter an diesem

⁶⁴ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/muehlberg_annette/index.jsp

Prozess gleichberechtigt gemäß dem „Multi-Stakeholder-Ansatz“ beteiligt sind. Ich bin daher froh darüber, dass wir es trotz eines holprigen Starts geschafft haben, eine erste Form der Online-Partizipation über die Plattform Adhocracy für die Netzbürger einzuführen. Haupthindernis für die Akzeptanz des Verfahrens war meiner Ansicht nach, dass die Projektgruppen nur Texte veröffentlichten und zur Diskussion stellten, die sie bereits speziell dafür freigegeben beziehungsweise beschlossen hatten. Hier wäre es sinnvoll gewesen, den sonst so oft beschworenen, extern übers Netz zugeschalteten „18. Sachverständigen“ früher im Prozess der Ideenfindung zu Wort kommen zu lassen. Die Online-Bürgerbeteiligung allein reicht freilich nicht aus, da nicht jeder Interessierte die entsprechende Zeit und den Zugang zum Internet hat.

Allgemein ist die politische Rahmung des Internets und der Informationstechnologie eine derart komplexe Aufgabe, dass sie von jedem einzelnen Ministerium sowie in Politik, Behörden und Unternehmen grundsätzlich als Querschnittsthema behandelt und insgesamt zum Teil der Führungsaufgabe gemacht werden sollte. Vor allem IT-Großprojekte machen immer wieder deutlich, dass die Verantwortlichen in Wirtschaft und Verwaltung hier mit aller Macht und voller Konzentration „Entwicklungshilfe“ geben müssen.

Nur folgerichtig ist es daher, dass der Bundestag einen ständigen Ausschuss zur Netzpolitik und zur digitalen Gesellschaft einrichten will. Oberste Priorität müssen dabei meiner Ansicht nach Aspekte wie die Verankerung der Netzneutralität und des offenen Prinzips des Internets sowie die Stärkung von Bürgerrechten wie Datenschutz, Beteiligung und Mitbestimmung haben. Der Versuchung, mit der digitalen Technik die totale Überwachung einzuführen, müssen Politik und Wirtschaft widerstehen. Insgesamt sollte sich das Bewusstsein für das vom US-Rechtsprofessor Lawrence Lessig entwickelte Prinzip „Code is law“ stärker durchsetzen. Demnach bestimmen technische Infrastrukturen und Programme unser politisches, soziales und rechtliches Verständnis.

Die Einführung digitaler Prozesse muss bewusst so gestaltet werden, dass sie auf keinen Fall zu einem Demokratieabbau im öffentlichen oder unternehmerischen Bereich führen. Wie es anders geht, dafür hat die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ erste Vorschläge unterbreitet. Es liegt nun an der Politik sie aufzugreifen und in Form einer „politischen Checkliste“ für IT-Projekte und Gesetzgebung rund ums Netz anzuwenden.

V.1.7 Alvar Freude⁶⁵: Netzpolitik ist kein Stiefkind mehr und betrifft wichtige gesellschaftspolitische Fragen⁶⁶

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

„Ich hatte keine überzogenen Erwartungen an die Internet-Enquete, freue mich aber, dass eindeutig klar wurde:

Netzpolitik ist kein Stiefkind mehr. Das ist sicher ein Verdienst der Enquete. Internet-Themen sind im Politikbetrieb angekommen und betreffen wichtige gesellschaftspolitische Fragen. Man kann diese Fragen und die Meinungen der Experten nicht mehr ignorieren, wie es noch vor der letzten Bundestagswahl oder auch noch vor Einsetzung der Enquete der Fall war.

Wir haben es allerdings nicht ausreichend geschafft, die Öffentlichkeit wirklich umfassend zu informieren und in die Arbeit der Kommission einzubeziehen. Da haben wir zu wenig gemacht. Ich sehe das durchaus selbstkritisch: Ursprünglich wollte ich regelmäßig über meine Arbeit in der Enquete berichten. Zwar gab es ein offizielles Enquete-Blog, aber leider wurde das von den Mitgliedern zu wenig genutzt, häufig vor allem dann, wenn es etwas zu kritisieren gab.

Meist blieb mir aber auch wenig Zeit – die habe ich dann lieber in die Textarbeit für die Projektgruppen investiert, und nebenher musste ich schließlich noch Geld verdienen.

Als Freiberufler habe ich ja keine Mitarbeiter, die mich hätten unterstützen, die Texte schreiben und Sitzungen vorbereiten können. Es ist schwer, etwas quasi ehrenamtlich zu leisten, was eigentlich den Umfang eines Vollzeitjobs hat.

Die Erwartungshaltung der Netzszene war manchmal anstrengend. Viele dachten, der Auftrag der Enquete sei es, sich mit tagespolitischen Themen zu beschäftigen – und es gab während der Laufzeit der Kommission durchaus wichtige aktuelle Fragen wie ACTA oder die anfangs noch nicht zu Ende diskutierte Netzsperrren-Debatte. Jedoch standen solche Themen höchstens am Rande auf unserer Agenda. Trotzdem wurden sie bis zum Ende unserer Arbeit weitgehend sinnvoll gelöst, mit Ausnahme des Leistungsschutzrechts für Presseverleger. Unser Auftrag war aber ein anderer und betraf im Wesentlichen die großen, übergreifenden und langfristigen Linien der Netzpolitik. Es war manchmal schwierig, das auseinanderzuhalten.

Leider war die Zeit insbesondere am Ende sehr knapp. Die letzten Projektgruppen hatten nur wenige Wochen und wenige Sitzungen zur Verfügung, was sich an der einen oder anderen Stelle in der Qualität niederschlägt. Wir hätten uns vor allem bei den Handlungsempfehlungen mehr Zeit nehmen sollen. Ich hoffe aber, dass die Lücken von dem einstimmig empfohlenen ständigen Ausschuss Internet und digitale Gesellschaft und dem angeregten wissenschaftlichen Beirat aufgearbeitet werden können.

Nicht erfüllt hat sich meine Hoffnung, dass wir weitgehend als ein unabhängiges Expertengremium agieren, das Positionen und Empfehlungen unabhängig von den Meinungen der einzelnen Fraktionen vertritt. Dies hat sich vor allem gegen Ende als Illusion erwiesen: So wurden Handlungsempfehlungen, die nicht von der Koalition eingebracht wurden, in den Projektgruppen meist erst gar nicht diskutiert. Die Koalition hatte das Abstimmungsverhalten der von ihr benannten Sachverständigen erstaunlich gut im Griff. Dies führte zu der enttäuschenden

⁶⁵ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/freude_alvar/index.jsp

⁶⁶ Anmerkung: Wiedergabe des Gesprächs vom 18. Dezember 2012.

Situation, dass in einigen Fällen selbst fachliche Fehler im Bericht nicht korrigiert wurden, wenn der entsprechende Antrag von den falschen Leuten gestellt wurde. Schade ist auch, dass das ursprünglich geplante Gutachten der Projektgruppe Urheberrecht doch nicht zustande kam.

Auf der anderen Seite hat sich meine Hoffnung erfüllt, dass wir meist konstruktive Diskussionen geführt haben. Wir konnten feststellen, dass auf den ersten Blick konträre Positionen manchmal gar nicht so weit auseinander lagen, sondern oft nur aufgrund eines anderen Blickwinkels oder Schwerpunkts entstanden. Insbesondere die Projektgruppensitzungen waren zu weiten Teilen sehr konstruktiv, was sich auch an den weitgehend umfangreichen und hochwertigen Bestandsaufnahmen zeigt.“

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

„Zunächst einmal: Ich werde die Enquete-Arbeit vermissen. Ich habe dabei sehr viel gelernt, und das hat Spaß gemacht.

Ich habe zum Beispiel gesehen, wie man gemeinsam zu guten, politisch wichtigen Ergebnissen kommt. Dies hat in vielen Arbeitsgruppen gut geklappt, vor allem wenn keine bereits besetzten politischen Positionen betroffen waren. Es ist mir an der ein oder anderen Stelle auch gelungen, Kompromisse zu finden oder als eine Art Übersetzer zwischen der Netzcommunity und der Politik zu wirken. In Richtung Parlament hat das gut funktioniert, in die andere Richtung manchmal weniger. In der Internet-Community wurde meine Arbeit in der Kommission teilweise sehr skeptisch wahrgenommen, weil befürchtet wurde, ich könnte zu viele Kompromisse eingehen und mich von der SPD vereinnahmen lassen. Meistens war es aber eher so, dass ich die Fraktion mit Fach- und Hintergrundwissen überzeugen konnte, wenn denn überhaupt unterschiedliche Meinungen auftraten. Was die meisten außerhalb des Politikbetriebes nicht verinnerlicht haben ist, dass man Alternativen und Hintergründe aufzeigen muss, wenn man etwas ablehnt. So haben wir es bei den Internet-Sperren gemacht, und es hat funktioniert.

Eine Besonderheit bei der Netzpolitik ist, dass man anders als bei anderen Themen oft tatsächlich nur zu einer möglichen Lösung kommt, wenn man die Sache ganz zu Ende denkt. Das tun viele nicht, oder sie können es mangels Fachwissen nicht. Das geplante Leistungsschutzrecht für Presseverlage ist so ein Fall. Jeder, der sich näher mit dem Thema beschäftigt, kommt irgendwann zu dem Schluss, dass es in allen diskutierten Formen keinen Sinn ergibt, egal welcher Partei er oder sie angehört. Aber es wird trotzdem durchgesetzt, weil die Netzpolitiker in einigen Parteien noch immer nicht ausreichend gehört werden.

Ich konnte auch lernen, wie die öffentliche Aufmerksamkeit und Berichterstattung der Presse funktioniert: Wenn wir uns um Verfahrenstricks gestritten haben, wurde darüber berichtet und diskutiert. Als die Koalition die Bürgerbeteiligung gestoppt hat, wurde berichtet. Als wir es geschafft haben, sie wieder einzusetzen, wurde nur ver-

einzelt berichtet. Auch die zahlreichen konstruktiven Diskussionen, ausführlichen Expertenanhörungen oder Ergebnisse wurden wenig wahrgenommen – sie sind unter dem Strich ja auch weniger spannend als polarisierende Diskussionen. Ich weiß, dass dies zur medialen und journalistischen Logik gehört, aber ich finde es schade. Denn dadurch wurde unter dem Strich einfach ein unzutreffendes Bild von der Arbeit der Enquete-Kommission in der Öffentlichkeit gezeichnet.

Das betrifft natürlich nicht nur unsere Arbeit, sondern viele politische Themen sowie natürlich auch die Parteien, aber ich habe jetzt persönlich erlebt, wie sehr dies den Blick auf die wesentlichen Sachverhalte verstellen kann. Es ist normal, dass man in einem politischen Gremium auch mal streitet und unterschiedliche Meinungen auftreten. Streit war in der Enquete-Kommission aber kein Dauerzustand.

Ich habe auch gesehen, wie langsam die politischen Prozesse sind. Sorgfalt geht eben vor Schnelligkeit, und das finde ich gut. Damit ist unsere Demokratie die letzten 60 Jahre sehr gut gefahren, und es gibt keinen Grund, das zu ändern, nur weil das Internet ein schnelles Medium ist. Es heißt, wir seien die Enquete mit der kürzesten Laufzeit und den meisten Texten. Unsere Zeitknappheit am Ende hat aber gezeigt: Uns hätte mehr Zeit und mehr Langsamkeit gut getan. Man muss die Dinge eben so lange ausdiskutieren, bis ein gutes Ergebnis vorliegt.

Durch die Arbeit in der Enquete-Kommission ist mir auch deutlich geworden, wie wichtig gute Mitarbeiter in den Fraktionen, bei den Abgeordneten, im Sekretariat und in der gesamten Verwaltung sind. Diese machen die Hauptarbeit im Hintergrund. Ohne die fleißigen Helfer würden den Abgeordneten viele Entscheidungen wohl noch schwerer fallen und es wäre aufgrund der Breite der Themen keine sinnvolle Arbeit möglich.

Die Zusammenarbeit mit der SPD-Fraktion, die mich benannt hatte, fand ich sehr positiv. Wir Sachverständige wurden dort sehr ernst genommen, wurden in Entscheidungen voll einbezogen, durften an allen Vorbereitungssitzungen teilnehmen, hatten Rederecht wie die Abgeordneten und waren in den Abstimmungen frei. Ich habe nie an die Klischees von faulen Politikern geglaubt, aber jetzt konnte ich mit eigenen Augen sehen, dass im Parlament Zwölfstundentage die Regel sind. Die Abgeordneten nehmen ihre Aufgaben sehr ernst und das ist meist mit harter Arbeit verbunden. Die meisten sind auch sehr lernbereit und -fähig, um am Ende sinnvolle Entscheidungen fällen zu können.“

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

„Wie ich schon sagte: Netzpolitik wird inzwischen ernst genommen. Das zeigt sich auch in der meines Erachtens wichtigsten Handlungsempfehlung, bei der wir einstimmig für einen ständigen Ausschuss zum Thema Internet und digitale Gesellschaft votiert haben. Indirekt wird so ja auch ein Ministerium oder zumindest eine Staatsministerin oder ein Staatsminister gefordert, die/der sich spie-

gelbildlich auf Regierungsseite mit Netzthemen befasst. Wenn das so umgesetzt wird, haben wir etwas Bleibendes geschaffen.

Zu den wichtigsten Ergebnissen gehört auch die breite Bürgerbeteiligung, die wir trotz Widerstand aus Teilen der Verwaltung und dem konservativen Teil des Parlaments durchsetzen konnten. Es war das erste Mal, dass der Deutsche Bundestag eine derart umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt hat und das kann auf jeden Fall als Erfolg gelten. Darin steckt noch viel Potenzial, es verlangt aber auch eine noch weitergehende Transparenz, angepasste Arbeitsabläufe und eingeplante Zeit. Wir haben es leider oft nur geschafft, fertige Berichtsteile zur Diskussion zu stellen. Dabei sollte die Beteiligung nicht erst zum Ende einsetzen, sondern möglichst früh um beispielsweise Probleme und Lösungswege in den Diskussionsprozess zu tragen. Sie kann eine gute Ergänzung zum parlamentarischen Betrieb darstellen. Mit steigender Erfahrung wird die Bürgerbeteiligung immer besser gelingen.

Als positives Ergebnis kann man zudem sehen, dass die weitgehend große Transparenz der Enquete-Kommission keineswegs geschadet hat, auch wenn das Interesse der Öffentlichkeit an den teils umfangreichen und manchmal kleinteiligen Diskussionen oft gering war.

Auch bei einzelnen Themen haben wir im Detail wichtige Punkte deutlich gemacht, selbst in den Sondervoten. Generell sollte man die Sondervoten lesen, da dort die teilweise klareren und deutlicheren Empfehlungen stecken. Dazu gehört zum Beispiel, dass gute Lernkonzepte nötig sind, wenn man das digitale Klassenzimmer umsetzt. Oder die Empfehlung für einen Paradigmenwechsel bei der Onlinesicherheit, der dahin geht, dass Sicherheitslücken offengelegt werden müssen, damit sie schnell behoben werden können, statt sie geheim zu halten und zu hoffen, dass niemand sie findet. Wir brauchen dringend ein „Immunsystem der digitalen Gesellschaft“, und das ist effektiver, als noch einen ‚Hackerparagrafen‘ zu erfinden. Weiterhin haben wir teils breite Bekenntnisse zur Netzneutralität, gegen Internet-Sperren sowie für Freie und Open Source Software erreicht.

Die Konfliktlinien traten erwartungsgemäß bei der Frage auf, wie transparent der Staat sein muss oder ob es eher die Bürger sein sollten, die offen und mit Realname ihre Meinung zu äußern haben. Auch in den Bereichen Datenschutz, Verbraucherschutz, Netzneutralität und Urheberrecht kamen teils fundamental unterschiedliche Meinungen auf, dennoch konnten wir uns meist auf einen gemeinsamen Sachstandsbericht einigen.

Die Suche nach dem besten Ergebnis hat manchmal ihre Grenzen gefunden, wenn es um die Parteilinien ging. Da wurde dann eine imaginäre Linie gezogen, und man kam nicht weiter. Die Arbeit in der Enquete war oft sehr nach Fraktionen polarisiert. Und das hat sich natürlich auch auf die Sachverständigen ausgewirkt. Da hätte ich mir gewünscht, dass wir Sachverständigen uns nicht so sehr von der Politik hätten eingrenzen und in Lager pressen lassen. Es gab Versuche, sich untereinander mehr auszutauschen,

aber das hätte besser geklappt, wenn wir mehr Zeit gehabt hätten.“

V.1.8 padeluun⁶⁷: Ein Augiasstall voll Arbeit

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

Eigentlich schreibt man an dieser Stelle: „Es war eine große Ehre für mich, bei dieser Enquete-Kommission mitwirken zu können.“ Ja, das war es auch, aber so what?! Eigentlich war es ein Augiasstall voll Arbeit. Die Kraft von 17 Abgeordneten, 17 Sachverständigen und einem 18. Sachverständigen, der Öffentlichkeit, hat kaum ausgereicht, um den Stall gründlich auszufegen. Die gute Nachricht: Ein Großteil des „Mists“ – also der zu beantwortenden Fragen – ist heraus. Und es gibt noch eine gute Nachricht: Diese Enquete hat im Bundestag bereits während ihrer Konsolidierungsphase eine Menge bewegt.

Ich hätte mir allerdings noch mehr Informations- und Meinungsaustausch gewünscht. Stattdessen spielten wir oft „Text-Tetris“ und schoben Textbausteine hin und zurück. Das lag daran, dass wir zwölf Berichte produzieren mussten: Wir hatten einfach viel zu viel Stoff für eine einzige Enquete – mit unseren Fragestellungen wären auch acht Kommissionen gut ausgelastet gewesen. Dabei begannen wir mit den härtesten Themen, der Netzneutralität, dem Urheberrecht und dem Datenschutz. Am Ende konnten wir fast nur den Ist-Zustand beschreiben – und selbst das war häufig ein parteipolitisches Desaster.

Dabei gab es oft Überraschendes zu erleben: Einerseits stritten sich selbst in nicht-öffentlichen Sitzungen die verschiedenen Parteivertreter, andererseits gab es erstaunliche Koalitionen zwischen den Fronten und unerwartet viel Konsens.

Unser Bericht ist ein Stückwerk auf hohem Niveau. Er hat viele fortschrittliche Gedankenansätze, er bietet Stoff für viel wissenschaftliche Forschung, zum Beispiel zu Immaterialgütern und elektronischem Bargeld. Ganz sicher gilt: Es liegen recht viele Nuggets im Mist. Wer sich nicht scheut, kann reich werden beim Durchsieben der Texte.

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Es war mir wichtig, weite Teile der Netzbewegung mit in die Kommission zu nehmen. So freute ich mich, dass die Politiker und Referentinnen, die den Einsetzungsantrag geschrieben hatten, sich eine (informelle) 18. Sachverständige ausgedacht hatten. Diese virtuelle Person sollte die Bürgerinnen und Bürger repräsentieren und dafür Sorge tragen, dass die „Öffentlichkeit in besonderem Maße“ in die Enquetearbeit eingebunden werden sollte.

Um mitarbeiten zu können, brauchte es auch Informationen. Deshalb schlug ich vor, dass sich die Enquete eines

⁶⁷ Zur Person vgl.: <http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/padeluun/index.jsp>

der Instrumente der „Liquid Democracy“ bedienen solle. Ich machte mich für das Programm „Liquid Feedback“ stark und es gab sehr breite Zustimmung. Man entschied sich für „Adhocracy“. Es gab allerdings Widerstand aus dem Präsidium des Bundestages. Nach dessen Verständnis – so interpretiere ich das – ist ein Mandat eben gerade vom Willen der Wählenden unabhängig: „Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ (Artikel 38 GG).

Wir holten uns also den Sachverstand, der sich manchmal auch als Meinung entpuppte, und entschieden dann nach demokratisch legitimierten Prinzipien, welche Ratschläge und Texte wir mit in den Bericht nahmen. Dafür mussten wir allerdings zuvor Präsidium und Ältestenrat „hacken“. Auch dies gelang interessanterweise unter anderem mit den Stimmen der Regierungsfraktionen und der SPD – und mithilfe des Liquid Democracy e. V., der das System – außerhalb des Bundestags – auf seinen Servern installierte und betrieb.

Sachverständige sind unabhängig von den Parteien. Dennoch wird von ihnen erwartet, dass sie sich bei Abstimmungen an die Fraktion gebunden fühlen. Sie sind direkt den Fraktionen zugeordnet und von ihnen abhängig. Das beginnt schon damit, dass Sachverständige im Bundestag nicht das Recht haben, sich Papiere auszudrucken. Das muss über die Fraktion geschehen. Auch viele interne Infos bekommen die Sachverständigen nur über die Fraktion.

Zu Beginn meiner Tätigkeit für die Kommission hatte ich diese starke Bindung unterschätzt. Ich hätte mir erhofft, dass die Fraktionen eine geringere Rolle spielen, wenn wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir uns die digitale Zukunft wünschen.

Schade ist: Sachverständige können auch keine Vertretung schicken. Zudem wird es einem nicht gerade leicht gemacht, eigene Mitarbeiter für die Arbeit einzusetzen.

Da sich der Fraktionszwang stärker auswirkte, als ich es mir gewünscht hätte, geriet ich in eine Rolle, die so zuvor nicht abzusehen war. Ich wurde bei vielen Abstimmungen zum Zünglein an der Waage. Diese Position zeichnete sich dadurch aus, dass man es niemandem recht machen konnte. Doch sie konnte auch sehr wertvoll sein, wenn man die Möglichkeit, die Mehrheit umzudrehen, nicht zu ausgiebig auskostete. Leider bekam ich für diesen Balanceakt nur wenig Unterstützung von der Opposition. Stattdessen wurde versucht, mich öffentlich unter Druck zu setzen. Wie viel ich im Vorfeld schon aus Texten heraus verhandelt hatte, war nach außen nicht mehr erkennbar, wenn ich (im Gegenzug) meine Stimme für einen Text gab, der vielen nicht weit genug ging.

Insgesamt kann ich feststellen: Jetzt, wo der Bericht fertig ist, habe ich genügend Erfahrung gesammelt, um zu wissen, was wir alles von Anfang an hätten anders machen sollen.

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

Die vielen kleinen Revolutionen, die wir in den Bundestag getragen haben, waren für mich persönlich der größte Erfolg. Wir haben in der Kommission viele „neue“ Instrumente ausprobiert, um die Kommunikation und Textarbeit zu erleichtern.

Wir haben neue Arbeits- und Beteiligungsformen in den Bundestag gebracht und diese erstmals erprobt. Wir haben mit Hilfe der Beteiligungsplattform Adhocracy erste vorsichtige Schritte in Richtung flüssiger Demokratie gemacht.

Ich hatte zudem extern Mailinglisten eingerichtet, die allerdings am Spamschutz des Bundestags scheiterten. Wir nutzten – argwöhnisch beäugt – Etherpads zum kollaborativen Schreiben, weigerten uns selbstverständlich, Facebook oder Xing als Kommunikationsplattformen zu verwenden, nutzten Doodles zur Terminfindung, zwitscherten mit unterschiedlichsten Absichten auf Microbloggingplattformen, und ich lernte nach und nach, wie so ein Bundestag funktioniert. Dabei vermisste ich nach wie vor Zeit für Dialoge statt formeller Sitzungen mit „Text-Tetris“. Soviel aber kann ich sagen: Diese Revolution der Bürgerbeteiligung im Bundestag wird im Nachgang noch weitere Auswirkungen haben.

Ich hatte den Eindruck, dass in den vielen Gesprächen in und um die Sitzungen herum viel bei den Abgeordneten ankam. Viel Wissen über die „Netzwelt“ konnte tief sickern und wird auf diesem Weg auch die einzelnen Parteien erreichen. Doch auch wir Sachverständigen haben viel gelernt und können Wissen über politische Abläufe in unsere Organisationen tragen.

Die wichtigsten thematischen Ergebnisse dieser Enquete waren für mich die Handlungsempfehlung zur Einführung eines anonymen digitalen Bargeldes und die Empfehlung, einen ständigen Ausschuss zum Thema „Netropolitik“ einzurichten. Ebenso freue ich mich über die Eindeutigkeit, mit der sich die Kommission für die Förderung von Freier Software ausspricht.

Als persönlichen Erfolg sehe ich, dass es mir – entgegen aller Prophezeiungen – gelungen ist, zum äußerst umstrittenen „geistigen Eigentum“ einen Konsentext herbeizuführen, der betont, wie ungünstig dieser Begriff ist.

Viel Dank gebührt den Referentinnen und Referenten aller Fraktionen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Enquete-Sekretariat, die geradezu übermenschliches geleistet haben, um die vielen „Tetris-Steinchen“ zu einem Gesamtbericht von mehr als 2 000 Seiten werden zu lassen. Und ich danke allen, die mir und uns zugearbeitet haben. Abschließend möchte ich der Koalition und den Sachverständigen danken. Sie haben mich trotz meiner oft abweichenden Positionen und meines Abstimmverhaltens – manchmal auch zähneknirschend – gestützt und bestärkt.

Soviel scheint klar: Der auch von mir unterstützte Vorschlag zur Bildung eines ständigen Ausschusses zur ver-

netzten Gesellschaft wird ein ständiger Augiasstall sein, der ausgemistet und gepflegt sein will.

V.1.9 Cornelia Tausch⁶⁸: Bereicherung durch Vernetzung und Wissen

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

Der Arbeitsauftrag des Bundestags an die Arbeit der Enquete-Kommission war bereits enorm breit aufgefächert. Ein Bereich war explizit mit Verbraucherschutz überschrieben, aber viele der anderen Themen wie Datenschutz, Zugang und Sicherheit, Urheberrecht, Netzneutralität, Medienkompetenz sind ja ebenfalls ureigene Themen der Verbraucherpolitik. Diese Themenfülle war nur schwer zu bearbeiten. Dass uns dies gelungen ist, da wir die Arbeit in Projektgruppen aufgeteilt haben, ist im Rückblick schon erstaunlich. Allerdings hat es doch deutliche Abstriche gegeben bei der Arbeit der letzten Projektgruppen, darunter dann leider auch die Gruppe Verbraucherschutz. Die Zeit war sehr fortgeschritten, wir hatten kaum noch Termine und Zeit für die Arbeit. Auch waren alle Mitglieder der Enquete sowie die Mitarbeiter schon deutlich eingespannt und gezeichnet durch die anstrengende, zeitraubende Arbeit zuvor. Das habe ich auch als Vorsitzende der Projektgruppe gemerkt. Ich freue mich, dass trotz dieser Umstände noch ein guter Bericht und Handlungsempfehlungen erstellt worden sind, auf die der Bundestag als Adressat, aber auch alle Interessierten nun zugreifen können.

Meine Erwartung an die konkrete Arbeit in der Enquete war, spannende Diskussionen zu führen über einen Komplex, der technisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich so bedeutsam ist, dass er in der thematischen Zersplitterung der Bundestagsausschüsse nicht ausreichend beleuchtet werden konnte. Hier war die Kommission erfolgreich. Auch die nicht so netzaffinen Abgeordneten, die Medien und die interessierte Öffentlichkeit haben deutlich mehr Kenntnis vom Thema genommen als zuvor. Parlamentarisch ist das Thema wohl nun verankert.

Zudem war es eine echte Bereicherung, mit so vielen unterschiedlichen Experten, ob Abgeordnete, interne und externe Sachverständige, zusammenzukommen. Tatsächlich fand eine Vernetzung über die bestehenden, sehr heterogenen Communities hinweg statt. Es gab viele zusätzliche Veranstaltungen, zu denen wir als Mitglieder der Enquete eingeladen wurden. Auch das ist schon ein Wert für sich.

Aus meiner Erfahrung mit der parlamentarischen Arbeit hatte ich keine Illusionen hinsichtlich der Zwänge, denen insbesondere die Abgeordneten, aber auch die Sachverständigen, ausgesetzt sein würden. Diese wirkten umso stärker, je aktueller und umstrittener die Themen waren. Aber auch Geschäftsordnungen lassen sich nicht so leicht ändern, wie manchmal notwendig oder gewünscht. Auch

wenn Sachverständige gerne anders arbeiten würden, sind manche Abläufe eben dem Umfeld geschuldet und dort erprobt.

Ich bin aber zuversichtlich, dass wir insbesondere mit unseren Erfahrungen zur Bürgerbeteiligung ein dickes Rad in Bewegung gesetzt haben.

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Die Arbeit der Enquete war sehr am Endprodukt ausgerichtet, dem Bericht und den Handlungsempfehlungen, die dem Bundestag vorgelegt werden sollen. Diskussionen, die dies nicht mit berücksichtigten, waren ein echter Luxus.

Schon die Beschreibung der Realität – der Bericht – ist bei allen, Abgeordneten, Wissenschaftlern und Interessenvertretern gleichermaßen, geprägt von einer bestimmten Wahrnehmung und Verortung. Nur wenige Punkte im Bericht sind absolute, messbare Größen. Und selbst diese können und müssen in ihrer Bedeutung diskutiert werden. Das ist nicht verwunderlich, denn die Themen, die die Enquete behandelt hat, sind Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik, Infrastrukturpolitik. Wir diskutierten über Veränderungen, an denen Menschen oder Institutionen teilhaben, sie mitgestalten können, davon profitieren oder nicht. Wir diskutierten über Veränderungen, die wirtschaftliche Folgen haben, über zukünftige Gesetze, Regulierung, Verteilung von Rechten und Pflichten, Kosten und Einkommen.

Beim Thema Verbraucherschutz war die streitige Diskussion absehbar. Bei der Frage des Verbraucherleitbilds, also darüber, wie wir die Situation und Rolle der Verbraucher sehen, gingen die Positionen auseinander. Das ist nicht verwunderlich, wird doch darüber derzeit auch in der Wissenschaft und auf allen politischen sowie gesellschaftlichen Ebenen diskutiert. Im Bericht haben wir versucht, dies durch „einerseits-andererseits“ Formulierungen aufzufangen und die unterschiedlichen Auffassungen darzustellen. Bei den Handlungsempfehlungen gelang dies jedoch absehbar nicht.

Die Aktualität der Themen ist für eine Enquete natürlich reizvoll, macht die Arbeit jedoch umso schwieriger. Abgeordnete müssen sich schärfer positionieren – so die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit – und Mitglieder der Regierungskoalition ihre Arbeit auch noch mit der Regierung abstimmen. Das zwingt ein und bringt insbesondere Sachverständige, die punktuell oder grundsätzlicher nicht die Meinung der Fraktion vertreten, die sie vorgeschlagen hat, in die Situation, manchmal nicht so frei zu entscheiden, wie sie oder ihre Community dies erwarten würden. Da stoßen zwei Erwartungshaltungen aufeinander.

Leider gilt dies auch für die eigentlich gewünschte Öffentlichkeit. Je aktueller die Öffentlichkeit dabei sein konnte, zum Beispiel bei Live-Übertragungen, desto ritualisierter wurden die Abläufe. Obwohl ich eigentlich für deutlich mehr Öffentlichkeit bin, freue ich mich, dass ich so sehr viel gute Zusammenarbeit über die Interessen- und Fraktionsgrenzen hinweg erlebt habe in der konkreten Arbeit jenseits dieser Öffentlichkeit. Festhalten

⁶⁸ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/tausch_cornelia/index.jsp

möchte ich damit auch, dass die eigentliche Arbeit in den Projektgruppen und drumherum stattgefunden hat. Die öffentlichen Sitzungen der Enquete geben nicht einmal im Ansatz einen Eindruck über die Art und den Umfang der geleisteten Arbeit. Die Leidenschaft für die Themen brachte es aber auch mit sich, dass Projektgruppen ein genanntes Thema „ordentlich“ bearbeiten wollten. Dies hat oft zu einer Ausweitung des ursprünglich gedachten Umfangs beigetragen.

Die Arbeit wäre ohne die vielen fleißigen Mitarbeiter im Hintergrund nicht möglich gewesen. Da sie nicht selbst Mitglieder der Enquete waren, bleiben ihre Namen und ihre Arbeit oft unerwähnt.

Eines möchte ich nicht unerwähnt lassen. Auch wenn die Erwartungshaltung zum Umfang der Arbeit der Sachverständigen klar zu einem oft deutlich zu hohen Arbeitspensum führte, wurde uns doch ein enormes Vertrauen geschenkt. Dies zeigt sich bei der Erstellung der Texte aber auch dabei, dass viele von uns auch bei den Projektgruppen federführende Verantwortung übernommen haben. Für dieses Vertrauen möchte ich mich auch bedanken. Selbstverständlich ist es nicht.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit über Foren etc. war von der Enquete eindeutig gewünscht und musste mühsam umgesetzt werden. Es war ein Experiment, das zu den schon geschilderten Ansprüchen hinzu kam. Das Resultat war ein verzögerter Beginn, dadurch auch Enttäuschung in der Öffentlichkeit, nicht im Ansatz ausreichend Zeit, sich als Mitglied der Enquete dann auch in den Beteiligungsinstrumenten selbst einzubringen. Wir haben uns ja ohnehin schon überschlagen. Dennoch ist ein Fundament geschaffen worden. Beteiligungsinstrumente sind für den Bundestag angepasst worden, es sind Erfahrungen gesammelt worden. Dieser Schatz muss unbedingt genutzt werden, so der einstimmige Wunsch der Enquete.

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

Zu den wichtigen Ergebnissen der Enquete gehören sicher die Berichte und insbesondere die Handlungsempfehlungen. Sie haben bereits die Positionen der Fraktionen und Parteien zur Bundestagswahl beeinflusst. Ich baue darauf, dass viel in einem zukünftigen Regierungsprogramm stehen wird.

Das Internet und die Veränderungen in der Gesellschaft sind als parlamentarisches und öffentliches Thema gesetzt, die Arbeit der Enquete hat ihren Anteil daran. Dass das Thema Verbraucherschutz ein integraler, nicht wegzudenkender Teil davon ist, wurde noch einmal deutlich.

Die Beteiligungsmöglichkeiten, die geschaffen wurden, werden hoffentlich einfließen in die zukünftige Arbeit des Bundestags. Für die Bearbeitung von Verbraucherthemen wäre dies sehr wünschenswert.

Für mich selbst war es eine hochinteressante Arbeit mit vielen neuen Erfahrungen und Netzwerken. Trotzdem bin ich jetzt froh, wieder mehr Zeitautonomie zu haben.

V.1.10 Dr. Bernhard Rohleder⁶⁹: Basis künftiger Entscheidungen⁷⁰

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

„Ich hatte anfangs die Vorstellung, dass wir den umfangreichen Themenkatalog aus dem Einsetzungsantrag abarbeiten werden und dabei in wesentlichen Punkten einen fraktionsübergreifenden Konsens erzielen können. Als Geschäftsführer des IT-Verbands BITKOM agiere ich parteipolitisch neutral. Ich habe kein Parteibuch, wir rekrutieren unsere Mitarbeiter auch nicht nach politischer Couleur. Wir arbeiten mit fast allen politischen Kräften konstruktiv zusammen. Insofern hat es mich schon überrascht, dass es in der Enquete-Kommission relativ schnell eine Lagerbildung entlang der Konstellation im Bundestag gab. Die Koalition auf der einen, die Opposition auf der anderen Seite. Das hatte ich in dieser Form nicht erwartet.“

Es gab natürlich Ausnahmen, zum Beispiel beim Thema Medienkompetenz, das wir sehr konsensual erarbeiten konnten. Andere Themen wie Netzneutralität wurden eher dogmatisch angegangen – möglicherweise betrifft das auch mich selbst. Debatten und Aktionen außerhalb der Enquete haben dann zu einer zusätzlichen Verhärtung dieser argumentativen Frontstellungen geführt. Das hat es nicht unbedingt leichter gemacht, sich innerhalb der Kommission zu bewegen.

Die Enquete hat sich meiner Meinung nach letztlich zu sehr mit tagesaktuellen Themen beschäftigt und zu wenig den strategischen Blick in die Zukunft gerichtet. Ich hätte gerne gemeinsame Zukunftsszenarien entwickelt, um eben nicht den tagesaktuellen Diskussionen hinterherrennen zu müssen. Es müsste mehr prospektive Politik betrieben werden, um absehbare Entwicklungen in Gesellschaft, Technologie und Markt vorbereiten und politisch besser steuern zu können. Dies ist zu oft auf der Strecke geblieben. Wenn der Bericht der Enquete erscheint, wird vieles bereits überholt sein. So haben wir zum Beispiel Handlungsempfehlungen zu Breitband entwickelt, als der LTE-Ausbau erst ganz am Anfang stand. LTE hat inzwischen phänomenale Erfolge gefeiert.

Gleiches gilt für das große Thema Intelligente Netze. Dort stellen sich wichtige politische Fragen, zum Beispiel bei der Abwägung von gesamtgesellschaftlichen Zielen, die nicht immer miteinander harmonieren: Wo sollen und müssen Daten, auch persönliche Daten, sinnvoll eingesetzt werden, damit beispielsweise die ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen gesichert werden kann? Wo dürfen oder sollen Daten genutzt werden, um zum Beispiel den individuellen Stromverbrauch zu steuern und so den Klimawandel zu bekämpfen? Wo brauchen wir Daten, um Verkehrsströme besser zu lenken? Was bedeuten neue technologische Entwicklungen wie 3D-Printer für den gewerblichen Rechtsschutz? Mit solchen Fragen, die

⁶⁹ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/rohleder_bernhard/index.jsp

⁷⁰ Anmerkung: Wiedergabe des Gesprächs vom 4. Dezember 2012.

auch politisch in Kürze herausragende Bedeutung gewinnen werden, haben wir uns in der Enquete-Kommission leider zu wenig auseinandergesetzt. Es wurde zu viel Tagespolitik und zu wenig Strategie gemacht.“

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

„Ich habe in der Enquete-Kommission inhaltlich sehr viel gelernt. Ich habe die Gelegenheit genutzt, in allen Projektgruppen mitzuarbeiten. Von dem Wissen der Abgeordneten und Sachverständigen habe ich enorm profitiert und auch aus den Anhörungen viel Neues mitgenommen. Ich habe außerdem ein internes Experten-Team gebildet, das mich unterstützt und mir viel beigebracht hat. Noch nie habe ich mich so intensiv mit all diesen Themen auseinandergesetzt wie in den letzten zweieinhalb Jahren. Die Enquete-Kommission hat mich etwa zwei Tage in der Woche beschäftigt, in denen ich entweder vor Ort in den Sitzungen war oder mich mit den Texten beschäftigt habe. Insofern fühle ich mich jetzt fachlich besser denn je ausgestattet. Das verdanke ich der Enquete-Kommission.

Hinzu kommen sehr wertvolle persönliche Begegnungen mit Abgeordneten und Sachverständigen. Ich konnte sehr autonom agierende Persönlichkeiten kennenlernen, die sich nicht haben vereinnahmen lassen. Das werden hoffentlich über die Enquetezeit hinaus bestehende Verbindungen bleiben, aus denen weitere gemeinsame Aktivitäten entstehen können. Da ist ein funktionierendes, sachverständiges Netzwerk innerhalb und außerhalb der Enquete-Kommission entstanden. Dazu gehörten einige der klügsten Köpfe der digitalen Gesellschaft. Da viele von Ihnen noch relativ jung sind, werden wir hoffentlich noch lange vertrauensvoll miteinander arbeiten können.

Es hat mich allerdings schon erstaunt, auf welche große Ablehnung man als Vertreter der Wirtschaft in manchen Kreisen trifft. Da gibt es viele vorschnelle Meinungen über gute und schlechte Lobbyisten, sowohl bei Parlamentariern als auch bei Sachverständigen. Vertreter von Gewerkschaften, Umweltverbänden, Kirchen oder Verbraucherorganisationen werden ganz anders bewertet als Sprecher der Wirtschaft. Der Wirtschaft unterstellt man zu schnell rein finanzielle Interessen. Dabei wird vergessen, dass gerade in der Netzwirtschaft über den Tellerrand hinaus gedacht wird und man durchaus in der Lage ist, das große Ganze in den Blick zu nehmen. Auf jeden Fall versuchen wir, beim BITKOM manches anders zu machen: Unsere Positionspapiere sind öffentlich, parlamentarische Abende werden gestreamt, und selbstverständlich haben wir keine Ex-Politiker auf der Gehaltsliste.

Was ich ebenfalls fasziniert beobachten durfte, war das extrem stark ausgeprägte Machtgefüge im Parlamentsbetrieb. Es gibt eben Abgeordnete und Abgeordnete. Man sollte sich aber fragen, inwieweit Parteien und Fraktionen in der Lage sind, auch junge, frische, unverbrauchte Leute in Schlüsselpositionen zu heben. Es wird zwar auf den Geschlechterproporz geachtet und die regionale Verteilung spielt ebenfalls eine Rolle. Die Parteien kämen besonders bei Internetthemen einen Schritt weiter, wenn sie junge Leute früher an entscheidenderen Stellen zum Zug kommen ließen. Man sollte dem politischen Nach-

wuchs lieber jemanden mit Erfahrung als Mentor zur Seite stellen, als ihnen jemanden vor die Nase zu setzen, der sie blockiert. Wenn man junge Menschen wieder für die Politik begeistern will, muss man sie auch machen lassen. Dazu braucht es Rollenvorbilder.“

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

„Die große Leistung der Enquete-Berichte besteht vor allem in den Bestandsaufnahmen. Dabei handelt es sich oft um die besten Darstellungen und Analysen, die es derzeit gibt. Dies gilt gerade für konfliktbehaftete Themen wie die Netzneutralität. Hier hat die Enquete-Kommission ganze Arbeit geleistet. Damit ist ein Referenzwerk entstanden, an dem sich politische Entscheidungsträger, Wissenschaftler, Journalisten und andere Interessierte orientieren können. Die Berichte haben das Zeug, zur maßgeblichen Quelle für Zukunftsentscheidungen und zum Standardwerk zu werden, das Entscheider als Bookmark immer im Zugriff haben. Natürlich muss jeder seine eigenen Schlussfolgerungen aus den Berichten ziehen, und dabei bekommt er eine sehr gute Orientierungshilfe. Die Handlungsempfehlungen sind eher aus der Perspektive der Regierung oder der Opposition entstanden. Dabei geht es dann zuweilen um sehr grundsätzliche Wertorientierungen: Wie sehr vertraue ich der Selbstregulierung der Wirtschaft? Wie stehe ich zu einem starken Staat? Welche Verantwortung trägt jeder Einzelne für sein Handeln? Die Enquete-Kommission spiegelt hier ein breites Spektrum wider.

Für die nächste Legislaturperiode halte ich die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Internet-Themen für sehr wichtig. Die Themen der Enquete werden auch in den nächsten Jahren eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung unseres Landes haben. Dafür braucht es einen Anker im Bundestag und sachkundige Abgeordnete, die sich dieser Themen annehmen. Daran schließt sich die Frage an, wer ist das Pendant auf Regierungsseite? Hier braucht es ebenfalls eine Weiterentwicklung. Es gibt viele Staaten, die sehr erfolgreich arbeitende Internetministerien eingerichtet haben. Das Internet ist allerdings ein Querschnittphänomen, das sich durch tatsächlich alle Ressorts zieht. Daher wäre es am besten, ein Staatsminister für Internet und digitale Gesellschaft würde vom Kanzleramt aus alle Fäden in der Hand halten, um diesen breiten Themenkomplex innerhalb der Bundesregierung zu koordinieren.“

V.1.11 Markus Beckedahl⁷¹: Mehr Experimente wagen

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

Zu Beginn habe ich noch an das Werbeversprechen geglaubt, dass eine Enquete-Kommission als Untersuchungskommission ohne Parteibrillen sich dem Thema

⁷¹ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/beckedahl_markus/index.jsp

ergebnisoffen nähern möchte. Das sollte sich schnell als falsch erweisen.

Was diese Enquete-Kommission sicher geschafft hat, ist, dass es in allen Fraktionen jetzt einige Bundestagsabgeordnete und ihre Mitarbeiter gibt, die über einen Zeitraum von fast drei Jahren viele Diskussionen zum Thema Netzpolitik geführt haben und damit auch einem Lernprozess unterworfen wurden. Erfreulich wäre es, wenn diese Personen als Botschafter in ihren Fraktionen für eine bessere Netzpolitik werben können und dort auch Gehör finden.

Die Themenvielfalt der Enquete-Kommission war zu groß. Das führte oftmals dazu, dass unter Zeitdruck eher der Status Quo einer Debatte zusammen gefasst wurde, ohne mal weiter in die Zukunft zu schauen und mögliche Szenarien zu entwerfen. Hier wurde leider oftmals eine große Chance vertan.

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Wenn die Mehrheit der Koalition und ihrer Sachverständigen in Gefahr war, konnte man zahlreiche Geschäftsordnungstricks beobachten. Einige davon waren mir auch noch neu.

Es gab Arbeitsgruppen, wo das Diskussionsklima hinter verschlossenen Türen etwas rau war, was eher an Einzelpersonen lag. Ein Positivbeispiel für eine konstruktive Debatte war sicherlich die Arbeitsgruppe für Freie Software und Interoperabilität, die grundsätzlich öffentlich tagte, aber leider das Problem hatte, aufgrund von Zeitdruck im Schnelldurchlauf zu Ergebnissen zu kommen.

Als zivilgesellschaftlicher Sachverständiger ohne Apparat hinter einem ist man schnell resourcentechnisch unterlegen. Es gibt die Erwartungshaltung, dass man viele Texte liefern soll. Abgeordnete und Sachverständige mit einem Lobbyapparat hinter sich haben dafür Mitarbeiter, die das für sie erledigen. Hier gab es ein großes Ungleichgewicht.

Wenn Freitagnachmittag über 600 Seiten Text angeliefert werden, die man am Montag abstimmen soll, aber das Wochenende volles Programm hat, dann bekommt man Verständnis für die Arbeit von Politikern, die auch nicht immer alles ausführlich gelesen haben, was sie abstimmen sollen. Hier wäre es besser gewesen, solche Textmengen einfach früher zu verschicken, damit man sich auch richtig darauf vorbereiten konnte.

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

Ein wichtiges Ergebnis war bereits die Einsetzung der Enquete-Kommission: Netzpolitik wird vom Bundestag ernster genommen. Wenn das so bleibt, führt das hoffentlich auch zu besseren Rahmenbedingungen für ein offenes Netz.

Der Bundestag ist mit Adhocracy auch erstmals den Weg von mehr Beteiligung gegangen. Dabei wurden die Möglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft. Ein Kernpro-

blem war, dass man als Außenstehender nicht genau wusste, was gerade in den nicht-öffentlichen Arbeitsgruppen abließ. Das motiviert nicht gerade zu einer Beteiligung, wenn man nicht genau weiß, worum es gerade geht. Ich hoffe trotzdem, dass weitere Experimente in diese Richtung folgen werden. Demokratische Prozesse können etwas Frischluft vertragen und wir sollten mehr Experimente wagen und schauen, wie sich Politik weiter öffnen kann.

V.1.12 Lothar Schröder⁷²: Wichtige Orientierungsmarken zur digitalen Arbeit

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

Meine Erwartungen an die Arbeit in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ waren zweigeteilt und hochgesteckt: Zum einen ging ich davon aus, dass es in einem solchen Gremium gelingen sollte, sich mit analytischem Tiefgang, wissenschaftlicher Akribie und praktischem Erfahrungswissen den zentralen netzpolitischen Zukunftsfragen zu widmen und hierzu – möglichst im Konsens – tragfähige Analysen und zukunfts-taugliche Handlungsempfehlungen an den Gesetzgeber zu erarbeiten. Zum zweiten hatte ich mir in der Sache vorgenommen, in den netzpolitischen Diskurs über die vielfältigen Implikationen der digitalen Vernetzung die bislang eher vernachlässigte Perspektive von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einzubringen. Denn natürlich vollziehen sich mit der rasanten informations- und kommunikationstechnischen Durchdringung der Erwerbssphäre fundamentale Veränderungen, die der Gestaltung bedürfen, um zu guter Arbeit zu führen und humanen Fortschritt zu bewirken.

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Gemessen an diesen Erwartungen fällt meine persönliche Bewertung der Kommissionsarbeit gemischt aus. Als bereichernd und wichtige Lernerfahrung habe ich die Kooperation mit den anderen Sachverständigen, den Abgeordneten und den Expertinnen und Experten des Sekretariats und der Fraktionen empfunden. Neben solchen uneingeschränkt positiven Aspekten sind aus meiner Sicht als Sachverständiger aber auch einige kritische Bilanzposten zu verzeichnen. Dies gilt namentlich für die Arbeitsweise des Gremiums: Die Qualität der Beratungen musste zwangsläufig an der schieren Masse der zu behandelnden netzpolitischen Themen leiden, die der Bundestag der Kommission als Arbeitsauftrag erteilt hatte. Daraus resultierte nicht nur eine extrem hohe Taktfrequenz an Sitzungen diverser Projektgruppen, sondern auch ein immenser Termin- und Produktionsdruck, der hin und wieder zu Lasten der Gründlichkeit von Debatten und Texten zu gehen drohte. Diesem Problem war nur durch eine starke Spezialisierung der Abgeordneten und Sach-

⁷² Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internet/enquete/mitglieder/schroeder_lothar/index.jsp

verständigen auf einzelne inhaltliche Schwerpunkte in der Projektgruppenarbeit zu begegnen, was wiederum den Blick auf das „große Ganze“ der Netzpolitik erschwerte.

Hinzu kam eine weitere Schwierigkeit: Die eigentliche Stärke von Enquete-Kommissionen sollte ja darin liegen, dass sie losgelöst von aktuellen Konflikten und parteipolitischen Opportunitätsabwägungen agieren kann. Mit diesen „aus Abgeordneten und externen Sachverständigen bestehenden Gremien will das Parlament abseits des politischen Tagesgeschäfts Lösungsansätze für komplexe technische, ökonomische oder gesellschaftliche Probleme finden“, so die auf der Bundestags-Website beschriebene Aufgabenstellung solcher Kommissionen. Genau an dieser Distanz zur tagespolitischen Aktualität mangelte es nun allerdings im konkreten Fall nicht selten: Zentrale Themen der Netzpolitik – etwa Beschäftigtendatenschutz, Vorratsdatenspeicherung, Netzneutralität, Breitbandausbau – sind längst hochrangig auf der politischen Agenda platziert, oft sehr umstritten und vielfach bereits Gegenstand gesetzgeberischer Initiativen und heftigen Parteistreits. Manche Fragen, mit denen sich die Internet-Enquete zu befassen hatte, waren vor diesem Hintergrund wohl schon schlicht zu gegenwärtig, zu brisant und zu konfliktrichtig geworden, um sie „abseits des politischen Tagesgeschäfts“ und über Fraktionsgrenzen hinweg unangeregt beraten und entscheiden zu können. In gewisser Hinsicht ist diese Kommission also zu spät gekommen.

Trotz dieser schwierigen Umstände ist es der Internet-Enquete gleichwohl gelungen, die netzpolitische Debatte in Deutschland zu verbreitern, zu intensivieren und besser zu fundieren. So hat beispielsweise noch kein politisches Gremium in Deutschland zuvor so eingehend und sachkundig das facettenreiche Thema der Netzneutralität erörtert. Der entsprechende Zwischenbericht macht der interessierten Öffentlichkeit nicht nur eine Fülle an Informationen über die technischen, ökonomischen und politischen Aspekte von Netzneutralität zugänglich, sondern verdeutlicht auch die anhaltenden Kontroversen zur Notwendigkeit und/oder Sinnhaftigkeit einer differenzierten Behandlung von Datenpaketen im Netz.

Allerdings hätte ich mir gewünscht, wenn in diesem thematischen Kontext überdies noch solide Erkenntnisse zu einer bislang weitgehend ausgeblendetem, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jedoch elementaren Frage zutage gefördert worden wären: zu derjenigen nach den „voraussichtlichen quantitativen Wirkungen“ nämlich, die „sich aus unterschiedlichen Netzneutralitätsszenarien für die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland“ ergeben. Die Kommission hatte sich mit den zitierten Formulierungen bereits darauf verständigt, ein Gutachten zu dieser wichtigen Problemstellung zu vergeben, ihren entsprechenden Beschluss jedoch in einer späteren Sitzung mit knapper Mehrheit wieder revidiert – eine aus meiner Sicht unverständliche und falsche Entscheidung. Gleiches gilt auch für eine ebenfalls schon im Grundsatz geschlossene, einige Zeit später jedoch wieder „gekippte“ Gutachtenvergabe zu „Vergütungsmodellen und ihren Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation

von Urheberinnen und Urhebern“. Die Internet-Enquete hat damit bedauerlicherweise die Chance versäumt, in zwei Themenfeldern zur Verbesserung der politischen Entscheidungsbasis beizutragen, die für Erwerbstätige der Netzwirtschaft von erheblicher Bedeutung sind.

Dies berührt bereits das zweite „Bündel“ meiner eingangs genannten Erwartungen, die stärkere Thematisierung arbeitsweltlicher Fragen innerhalb des netzpolitischen Diskurses. Hier ist es in intensiven Debatten – vor allem in der Projektgruppe „Wirtschaft, Arbeit, Green IT“ – erfreulicherweise in der Tat gelungen, zumindest in der Analyse, zum Teil auch in relevanten Handlungsempfehlungen einen breiten Konsens über die gravierenden und nicht selten ambivalenten Folgewirkungen des digitalen Umbruchs für Arbeit und Beschäftigung zu erzielen. Dies gilt etwa für die folgende Feststellung im einschlägigen Zwischenbericht: „Die Option, prinzipiell immer und überall seiner beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können, stellt die wohl bedeutsamste und zugleich chancenreichste Veränderung dar, welche digital vernetzte Berufstätigkeit von klassisch betriebsgebundener unterscheidet. Allerdings gilt es dafür Sorge zu tragen, dass aus dieser im Sinne erweiterter Handlungsspielräume auch für Erwerbstätige begrüßenswerten Entwicklung nicht der faktische Zwang einer permanenten Erreichbarkeit und allgegenwärtigen Verfügbarkeit entsteht.“

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

Der zitierte Befund steht stellvertretend für die aus meiner Sicht wichtigsten Ergebnisse der Enquete-Kommission: Zum einen die fundierte und allseits geteilte Analyse, dass eine noch immer in weiten Teilen industriegesellschaftlich geprägte Erwerbssphäre und die mit ihr verbundenen regulatorischen Sicherungen durch die Wirkungen der digitalen Vernetzung unter erheblichen Anpassungsdruck geraten. Zum zweiten die Verständigung auf eine Reihe von Leitlinien für eine gute digitale Arbeit, die sich nach Auffassung des Gremiums u. a. auszeichnet durch

- eine Nutzung der Gestaltungsspielräume, welche sich aufgrund der räumlichen und zeitlichen Disponibilität von vernetzter Arbeit eröffnen, zugunsten einer erweiterten Autonomie von Erwerbstätigen bei der Wahl von Arbeitsort und Arbeitszeit und einer verbesserten Work-Life-Balance;
- eine Minimierung von Belastungen und Beanspruchungen, wie sie aus der vielfach entgrenzenden Wirkung digitaler Vernetzung entstehen – etwa einer permanenten Erreichbarkeit –, mit dem Ziel der langfristigen Erhaltung des Arbeitsvermögens und der physischen und psychischen Gesundheit der Erwerbstätigen;
- individuelle und kollektive Zugangs-, Kommunikations- und Teilhaberechte im Netz – zumal dort, wo sich Arbeit aus der Sphäre des klassischen Betriebes in den virtuellen Raum des Internet verlagert hat;

- wirksame Mechanismen der sozialen Absicherung auch für Selbstständige und Freiberufler;
- den Schutz der Daten und die Gewährleistung der Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten.

Aber auch hier tropft Wasser in den Wein: So wichtig und erfreulich der Konsens im Grundsätzlichen ist, so bedauerlich bleibt, dass konkrete Regelungsvorschläge und Aufforderungen an den Gesetzgeber oft keine mehrheitliche Unterstützung in der Kommission finden konnten. Die Abstimmungen der Internet-Enquete zum Komplex Beschäftigtendatenschutz beispielsweise waren in weiten Teilen von allzu wenig Sensibilität für die Belange der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geprägt und führten denn auch bedauerlicherweise zu keinen Fortschritten auf diesem dringend regelungsbedürftigen Feld. Gleichwohl lässt sich in Summe auf den Ergebnissen der Enquete-Kommission aufbauen: Das Gremium hat wichtige Orientierungsmarken für ein politisches Programm zur Humanisierung digitaler Arbeit gesetzt, die es nun weiter zu konkretisieren und in reales politisches Handeln umzusetzen gilt.

V.1.13 Nicole Simon⁷³: Das Internet geht nicht mehr weg⁷⁴

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

„Ich bin nicht besonders naiv an die Arbeit herangegangen, weil ich aus meiner Tätigkeit im Firmenumfeld bereits politische Spielchen kennengelernt habe. Mir war klar, dass es nicht immer nur sachorientiert zugehen wird.

Es war eine sehr entspannte Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und Mitarbeitern der CDU/CSU-Fraktion, die mich aufgestellt hatte. In vielem konnte ich entlang der Linie mitgehen, bei anderem habe ich von Anfang an klargemacht, dass ich das nicht mittrage. Auch mit den anderen Mitgliedern und Fraktionen gab es ein sehr konstruktives Arbeiten. Über das Ergebnis bin ich insgesamt sehr froh.

Die Grundaussage war ja, dass wir uns nicht um das Tagesgeschäft kümmern sollten, sondern um die Zukunft, die wir im Begriff sind zu gestalten. Manchmal war es schwierig, dies zu unterscheiden. Immer wieder gab es dann doch Rückgriffe auf das Tagesgeschäft, teilweise, weil wir einfach nicht in die Zukunft blicken können und nicht wissen, wohin die Reise geht.

Ich glaube, dass die Berichte einen sehr guten Ein- bzw. Überblick über den Ist-Zustand liefern. Vielleicht mögen sie nicht immer so gut darin sein, die Zukunftsfragen alle abschließend zu behandeln und treffsichere Handlungsempfehlungen zu geben, aber sie liefern doch einen umfassenden und tiefgreifenden Blick auf die digitale Gesellschaft von heute. Das ist sehr wertvoll.

⁷³ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/simon_nicole/index.jsp

⁷⁴ Anmerkung: Wiedergabe des Gesprächs vom 14. Dezember 2012.

Ich habe etwas mehr Respekt für Abgeordnete bekommen, die sich mehr als einmal wählen lassen, denn die Arbeit ist wirklich komplex und nicht selten ermüdend. Manches, was sich nach außen wie ein kleiner Hügel darstellt, der sich leicht abtragen lässt, stellt sich bei näherem Hinsehen als ein Riesenberg an Problemen dar. Die Enquete selbst hat ja zum Beispiel beim Thema Bürgerbeteiligung Schritte gemacht, die intern wie eine kleine Revolution gewirkt haben, obwohl es von außen keinesfalls so wirkte.“

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

„Ich habe meine Tätigkeit für die Enquete als eine Art ehrenamtlichen Dienst an der Gesellschaft betrachtet, so wie andere im Altenheim mithelfen. Ich wollte in meiner Rolle als Sachverständige mit daran arbeiten, dass sich etwas ändern kann. Und ich wollte das von innen tun, weil man den Leuten nicht immer die Tür vor der Nase zuknallen und sie beschimpfen kann, aber dann nicht helfen will, etwas daran zu ändern. Das geht sicher nicht von heute auf morgen, weil wir glücklicherweise nicht in einer Diktatur leben.

Die Revolution findet in Deutschland zwar nur nach Vorschrift statt. Aber wir sehen, dass Leute merken, dass sie sich wieder an der Politik beteiligen können und dass auch einzelne Stimmen eine gewisse Reichweite erzeugen können. Natürlich gibt es da ein Spannungsfeld, weil Demokratie eben keine Veranstaltung für Einzelne ist.

Das Internet stellt die Gesellschaft gerade auf den Kopf. Die Arbeit der Enquete bildet einen kleinen Baustein, um diese Veränderungen zu gestalten. Ich hoffe, dass zum Beispiel Lehrer auf den Bericht zur Medienkompetenz stoßen und ihn nutzen können, um Veränderungen einzufordern. So geht es Stück für Stück etwas weiter.

Dabei bauen wir ja nicht auf einer grünen Wiese. Bei manchen Ideen aus der Netzgemeinde wird übersehen, dass wir uns stattdessen in einer verwinkelten Altstadt mit vielen kleinen Gässchen befinden, in der es aussichtslos ist, spontan eine U-Bahn bauen zu wollen. Man muss schauen, was möglich ist, und am Ende kommt eben nur eine Buslinie dabei heraus. Die Ideen bzw. Konzepte müssen tragfähig sein, vor allem wenn sie Grundpfeiler in der bisherigen Welt ersetzen wollen. In dieser Legislaturperiode haben iPads und iPhones Einzug in den Bundestag gehalten. Von außen betrachtet, ist das nichts Besonderes. Von innen betrachtet schon. W-Lan gibt es übrigens immer noch nicht im Parlament.

Übrigens bin ich nicht der Meinung, dass ein Abgeordneter jederzeit auf allen Online-Plattformen Rede und Antwort stehen muss. Er wird gewählt, um sich mit Themen auseinanderzusetzen und Entscheidungen zu treffen. Die Erwartungshaltung mancher Netzbewohner, dass jede Frage sofort beantwortet werden muss, nur weil er eine Mail geschickt hat, halte ich für überzogen.

Es gibt im Politikbetrieb Regeln und Strukturen, die sich bewährt haben und mit denen man leben muss, weil sie dafür sorgen, dass das System funktioniert. Menschen außerhalb des Betriebes verstehen das oft nicht. Manchmal

sind dies sehr hartnäckige Strukturen, die unabhängig von den Launen der Politik existieren, beispielsweise in der Verwaltung. Manchmal muss man sich dann fragen: Will ich ein Ziel erreichen oder will ich Strukturen sprengen?

Je mehr nach draußen sichtbar wird, wie ein System wie die Politik funktioniert, desto transparenter wird auch der Apparat. Leere Abgeordnetenbanken sind so ein Beispiel. Es kann eben sinnvoll sein, nicht im Plenum zu sitzen und sich stattdessen im Büro oder im Gespräch mit Experten mit den Themen zu beschäftigen. Dass sich Abgeordnete morgens mit Energiefragen, mittags mit dem nächsten Afghanistan-Einsatz und abends mit ihrem Wahlkreis auseinandersetzen müssen, wissen viele nicht.

Was den politischen Betrieb angeht, gilt eben auch: Mitgegangen, mitgefangen. Wenn ich mich für eine Partei entscheide, habe ich der Gruppe gegenüber die Verantwortung, mit mir einen Deal auszuhandeln, bis zu welchem Punkt ich mitgehen kann und wann die rote Linie überschritten ist. Bis dahin muss ich dann aber auch mitgehen, selbst wenn ich nicht von allem überzeugt bin.“

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

„Ich glaube, dass vielen Menschen, die sich bisher noch nicht so intensiv mit dem Thema befasst hatten, klarer ist, dass das Internet wirklich alle Bereiche der Gesellschaft erfasst und verändert hat. Es ist uns gelungen, in den Berichten zu beschreiben, dass das Internet nichts Neues, sondern bereits in allen gesellschaftlichen Bereichen enthalten ist, und dass es grundlegende Veränderungen mit sich gebracht hat. Die Berichte bieten hier einen sehr guten Referenzrahmen, um sich einzulesen und kompetenter zu machen. Gerade bei der Beschreibung des Ist-Zustandes sind sie hervorragend geeignet, das Bild zu kompletieren.

Ich sage immer: Das Internet, das geht nicht mehr weg. Es gibt einige, die sähen es lieber heute als morgen verschwinden. Aber das wird nicht passieren. Wir sehen in allen Parteien, wie sich Mitglieder meist außerhalb der Führung organisieren, um in Internetfragen kompetent zu werden. Da kommt es zu einer Machtverschiebung, auf die die Politik immer sehr empfindlich reagiert. Da verändert sich gerade etwas, ob man will oder nicht. Für die Beteiligten ist das nicht immer einfach.

Das Internet verändert so viele Bereiche der Gesellschaft, dass es für die Enquete gar nicht möglich war, alle Probleme anzusprechen oder gar zu lösen. Mein Lieblingsbeispiel ist der Rundfunkstaatsvertrag, der noch zu Zeiten entstand, als nicht jedermann zu jeder Zeit Filme in die Welt senden konnte. Das muss man anfassen, wie viele andere Regelungen auch. Die Enquete hat da nur einen ersten Anfang gemacht. Wir haben noch nicht mal den Samen gesät, sondern erst mal das Feld gekauft. Vielleicht können wir im nächsten Jahr Samen setzen, in der Hoffnung, dass es in den darauf folgenden Jahren Früchte trägt.

Dabei gibt es bereits jetzt sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die Zukunft gestaltet werden soll. In

der Enquete konnten diese manchmal sehr konträren Meinungen vielleicht erstmals ausgetauscht werden. An der ein oder anderen Stelle sind sie sich vielleicht sogar näher gekommen. Aber wir sind noch am Anfang der Überlegungen, noch lange nicht am Ende.“

V.1.14 Constanze Kurz⁷⁵: Unterschiede und Positionen wurden sichtbar⁷⁶

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

„Meine Erwartungen waren anfangs zwar vage, aber ich hätte gedacht, man werde sich mehr mit den Handlungsempfehlungen als mit den Bestandsaufnahmen beschäftigen. Ich glaubte, dass es eher darum gehen würde, die zukünftige Technologiepolitik mitzugestalten. Stattdessen haben wir uns zunächst einmal ausführlich mit der Beschreibung der Ist-Situation beschäftigt. In manchen Projektgruppen wurde dies sehr gründlich gemacht, und dies hat bei der Fülle der Themen viel Raum eingenommen.

Später bei den Handlungsempfehlungen ließen sich teils nur schwer Kompromisse finden. Dies wurde insbesondere beim Thema Netzneutralität deutlich, obwohl die Arbeitsatmosphäre in der Projektgruppe dank des Vorsitzenden Dr. Tauber sehr angenehm war. Als Sachverständige habe ich zuvor nicht immer gewusst, wo genau die Konfliktlinien liegen. Das habe ich jetzt gelernt.

Zudem war mir vorher nicht so klar, welche Rolle politische Mechanismen wie die Abstimmung unter den Obleuten spielen. Wenn man die Rituale im Bundestag nicht kennt, fremdelt man damit anfangs ein wenig.

Ich hätte zum Beispiel nicht erwartet, dass die Sachverständigen so stark mit den sie nominierenden Fraktionen verbunden werden. Dies begann mit der Sitzordnung, bei der die Sachverständigen mit den jeweiligen Fraktionen zusammensaßen, und hörte auf damit, dass die Sachverständigen der Koalition meist im Block abstimmten. Das hat mich überrascht. Ich hätte gedacht, dass die Prozesse offener, diskursiver, weniger parteitaktisch sein würden. Ich habe zu Beginn mit der Linksfraktion, die mich nominiert hat, besprochen, dass ich abweichend abstimmen kann, wenn ich es für richtig halte. Deshalb war ich darauf nicht vorbereitet.“

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

„Die vielen Klischees, die es außerhalb des Bundestages über Berufspolitiker gibt, haben sich für mich in vielerlei Hinsicht nicht bewahrheitet. Ich habe gelernt, dass die meisten Abgeordneten in der Enquete sehr viel Zeit in die Kommissionsarbeit gesteckt haben und dass sie meist sehr gut vorbereitet waren. Sie haben dafür gesorgt, dass es ein sehr angenehmes Diskussionsklima gab und der Schwerpunkt auf die sachliche und fokussierte Auseinandersetzung gelegt wurde, weniger auf den Schlagab-

⁷⁵ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/kurz_constanze/index.jsp

⁷⁶ Anmerkung: Wiedergabe des Gesprächs vom 17. Januar 2013.

tausch. Dass die Politik ein stressiges und zeitaufwändiges Berufsfeld ist, wird in der Öffentlichkeit nicht immer so gesehen. Dies gilt übrigens auch besonders für die Mitarbeiter der Abgeordneten.

Für mich war es durchaus interessant, mit der Linksfraktion zu kooperieren, deren Positionen kennenzulernen und sie an der ein oder anderen Stelle beeinflussen zu können. Manchmal gab es auch eine Zusammenarbeit über verschiedene Fraktionsgrenzen hinweg, was ich auch sehr spannend fand.

Ich kenne jetzt sehr viel besser die netzpolitischen Positionen der einzelnen Fraktionen und Akteure und verstehe besser, warum sie welche Meinung vertreten. Dies ist auch für meine wissenschaftliche Arbeit wichtig. Im Übrigen sind natürlich auch viele Berichte für meine wissenschaftliche Forschung im Bereich Informatik und Gesellschaft interessant. Da nehme ich eine Menge Anregungen mit. Aus Zeitgründen habe ich leider nicht an allen zwölf Projektgruppen teilnehmen können, was ich sehr bedauert habe.

Ich forsche ja unter anderem zum Thema Online-Beteiligungsplattformen, so dass ich mich bisher bereits theoretisch damit beschäftigt habe. Der Bundestag war ja hier Vorreiter, mir ist außer vielleicht in Estland kein Parlament bekannt, das bereits Erfahrungen hat. Das praktische Arbeiten mit der Adhocracy-Plattform im Rahmen der Bürgerbeteiligung war aber auch für mich neu und sehr interessant. Ich habe zum Beispiel an der Projektgruppe Demokratie und Staat nur über die Plattform und über die per Mail versandten Papiere teilgenommen und fand es sehr vorbildlich, wie der Beteiligungsprozess hier praktiziert wurde. Dies wurde längst nicht in allen Projektgruppen so gehandhabt.

Aber ich habe zum Beispiel gemerkt, dass das Zeitproblem nicht zu unterschätzen ist. Wenn es zu den ohnehin nicht wenigen Vorschlägen aus dem Kreis der Mitglieder auch noch eine Fülle von Anregungen von außen gibt, ist das schlicht nicht zu bewältigen. Wie integriert man diese Ideen in die Projektgruppenarbeit? Ich habe übrigens nicht nur in diesem Zusammenhang gelernt, dass ohne die Verwaltung des Bundestages vieles nicht funktionieren würde.

Außerdem beschäftigt mich bereits seit längerem die Frage nach der Legitimierung von Beteiligung und wie weit sie gehen soll. Dazu die Meinung der gewählten Mandatsträger zu hören, die ja meist sehr skeptisch sind, war sehr interessant. Ich kann die Vorbehalte sehr gut verstehen und fände es gut, wenn Politiker sich trauen würden, dies auch selbstbewusst zu vertreten.

Ich habe mehrfach versucht, über das Blog die Öffentlichkeit einzubeziehen und habe hier Beiträge geschrieben. Diese wurden zwar kommentiert und ich bekam auch Mails dazu, aber insgesamt gab es wenig Echo. Die Reichweite des Blogs blieb gering, weil sich hier kein stetiger Diskussionsraum entwickelte. Dazu wurde er von Seiten der Abgeordneten und Sachverständigen zu wenig kontinuierlich genutzt, um ihre Positionen dazulegen.“

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

„Insgesamt habe ich eine positive Bilanz der Arbeit. Dies gilt insbesondere für die öffentlichen Anhörungen, bei denen es auf hohem Niveau immer viel zu lernen gab und eine sehr sachliche und konstruktive Atmosphäre herrschte. Allerdings habe ich auch gelernt, dass eben auch diese Sachverständigen nach Parteienproporz ausgewählt wurden. Zudem gefiel mir nicht, dass manche Abgeordneten während der Anhörung teils wenig aufmerksam waren und andere Dinge erledigten. Ich weiß, dass man als Abgeordneter tausend Dinge im Blick haben muss, aber es hat mich manchmal sogar empört, wie es zugeht.“

Dass es Lobbyisten unter den sachverständigen Mitgliedern gab, habe ich von Anfang an kritisch betrachtet. Aber immerhin konnte ich jetzt aus der Nähe beobachten, wie die Zusammenarbeit zwischen Politik und Lobbyisten verläuft.

Die Bestandsaufnahmen in den Enquete-Berichten sind wirklich gut. In den Handlungsempfehlungen sind zudem die Knackpunkte der zukünftigen Entscheidungen benannt, egal wie man inhaltlich dazu steht. Da ist alles drin, was man wissen muss. Dies gilt übrigens nicht nur für die politischen oder wissenschaftlichen Akteure, sondern auch für Bürgerinnen und Bürger. Wenn man Mehrheits- und Sondervoten gemeinsam betrachtet, werden die Unterschiede in den Auffassungen der verschiedenen Lager sehr gut sichtbar. Wer also die Netzpolitik für ihre oder seine Wahlentscheidung wichtig findet, kann hier fündig werden und nachlesen.“

V.1.15 Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring⁷⁷: Die Arbeit muss weitergeführt werden⁷⁸

Welche Ihrer Erwartungen an die Arbeit in der Kommission haben sich erfüllt, welche nicht?

„Zunächst einmal fand ich, dass es eine hervorragende Idee war, im Deutschen Bundestag eine solche Kommission einzusetzen. Und die Idee hat sich bewährt. Auch wenn es zu Anfang Kritik gab, war vor allem die heterogene personelle Zusammensetzung überzeugend. Wir hatten alle einen sehr unterschiedlichen Hintergrund. Um ein Beispiel zu nennen: Mit dem Sachverständigen Alvar Freude, der zu den Gründern des Arbeitskreises gegen Internet-Sperren und Zensur gehört, hatte ich mich zuvor als Vorsitzender der Kommission für Jugendmedienschutz und damit als Vertreter einer gewissen Ordnungspolitik heftig gestritten. In der Projektgruppe Medienkompetenz der Internet-Enquete haben wir uns erneut miteinander auseinandergesetzt, aber zum Schluss haben wir gemeinsam ein Papier erarbeitet, das einstimmig verabschiedet wurde. Das war möglich, weil in der Enquete ein intensiver Dialog stattfinden konnte, den wir anderswo so nicht hätten führen können. Zuvor hatten wir zwar Differenzen intensiv ausgetragen, waren aber nicht

⁷⁷ Zur Person vgl.: http://www.bundestag.de/internetenquete/mitglieder/ring_wolf_d/index.jsp

⁷⁸ Anmerkung: Wiedergabe des Gesprächs vom 19. Dezember 2012.

weitergekommen. In der Enquete ist es gelungen, im Ringen um Texte und Lösungen voranzukommen.

Ein Problem unserer Arbeit bestand in der Abgrenzung zu tagesaktuellen Themen, zum Beispiel bei der Netzneutralität, beim Datenschutz oder beim Urheberrecht. Diese Fragen wurden parallel zu den Beratungen in der Enquete politisch kontrovers diskutiert. Die tagespolitischen Auseinandersetzungen wurden so manchmal in die Kommission hineingetragen. Am Ende sind aus diesem Grund teilweise keine Handlungsempfehlungen zustande gekommen.

Die Analyse der Probleme hingegen ist uns mehr als einmal hervorragend gelungen. Zu vielen Feldern sind so einmalige Bestandsaufnahmen in einer Tiefe und Breite entstanden, die es in dieser Form zuvor nicht gab. Für die weiteren politischen Diskussionen sind das hervorragende Grundlagen. Die Aufbereitungen zum Thema Netzneutralität sind zum Beispiel nicht nur lesenswert, sondern spiegeln die derzeitige Situation auch in technischer und politischer Hinsicht sehr genau wider. Vieles davon ist einer breiteren Öffentlichkeit bisher nicht bekannt, obwohl die Frage nach der Netzneutralität eine Frage nach der elementaren Verfasstheit der digitalen Welt ist.“

Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

„Zu Beginn gehörte ich ja eher zu den Kritikern der neuen Online-Bürgerbeteiligungsformen. Im Laufe der Arbeit konnte ich jedoch wahrnehmen, dass diese Experimente, die die Kommission zum Beispiel mit der Software Adhocracy gemacht hat, einige sehr interessante Ansätze für die Zukunft aufgezeigt haben. Inzwischen glaube ich, dass diese Erfahrungen prinzipiell positiv waren und es sich als richtig herausgestellt hat, dass die Kommission die Öffentlichkeit an ihrer Arbeit beteiligte.

Allerdings habe ich einen Kritikpunkt für die Zukunft: Es war teilweise offensichtlich, dass sich nur ein bestimmter Ausschnitt der Bevölkerung beteiligt hat. Es ist eben noch so, dass solche Beteiligungsmodelle nicht die Mehrheit der Gesellschaft erreichen und daher keineswegs die Pluralität der Meinungen abbilden. Das ist noch ein Problem, das zu lösen ist, bedeutet aber keine Absage an die neuen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Es heißt lediglich, dass sie sich noch weiterentwickeln müssen. Prinzipiell haben sie sich bewährt.

Es war auch gewöhnungsbedürftig für mich, bei Anhörungen, bei denen es neben den 17 sachverständigen Mitgliedern nicht selten noch bis zu neun weitere Experten gab, dann noch die Stimme des so genannten 18. Sachverständigen, der Öffentlichkeit, zu hören. Auch wenn ich glaube, dass diese Stimme noch nicht die Vielfalt der Positionen wiedergibt, habe ich das akzeptiert. Die Beteiligungsmöglichkeiten einer Gesellschaft ersetzen jedoch nicht die Kompetenz und die Entscheidungsfindung des Parlaments.

Wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass es zunächst schwierig war, die Bürger an der Textarbeit zu beteiligen. Daher ist es wichtig, die neuen Formen der Beteiligung

richtig zu gewichten. Insgesamt glaube ich, dass man das Thema weiter diskutieren und darüber nachdenken muss, wie man Pluralität und Qualität sicherstellen kann, indem man die richtigen Instrumente zum Einsatz bringt.

Auch die Öffentlichkeit der Sitzungen war für mich anfangs sehr ungewohnt, denn es hieß praktisch, dass nichts intern diskutiert wurde, sondern dass alles weitgehend öffentlichem Zugang fand. Das muss der Sache nicht immer unbedingt dienlich sein. Es gibt zum Beispiel Verbandsvertreter, die nicht mehr alles sagen und Klartext reden können, weil sie damit möglicherweise jemandem in die Quere kommen. Da wäre es einfacher, es gäbe auch interne, vertrauliche Sitzungen.

Zugleich habe ich die Erfahrung gemacht, dass Transparenz durchaus wünschenswert ist. Inzwischen hielte ich es für positiv, wenn es mehr von diesen öffentlichen Diskussionsprozessen gäbe, allerdings unter der Bedingung, dass definiert ist, was man damit erreichen will. Zugleich muss deutlich bleiben, wer für Entscheidungen verantwortlich ist. Nach meinem Verständnis sind das die zuständigen Entscheidungsträger. Dass die Öffentlichkeit dabei mehr Transparenz einfordert, halte ich jedoch prinzipiell für gut. Es hilft, die digitale Gesellschaft weiterzuentwickeln.“

Was sind für Sie die wichtigsten Ergebnisse der Enquete?

„Wir hatten einen unglaublich breiten Auftrag im Einsetzungsbeschluss. Und natürlich war es nicht möglich, für diese Themen, die sich von Wirtschaft, Kultur, Recht, Medien bis hin zu Internationalem, Sicherheit und vielem mehr erstreckten, alle Fragen abschließend zu beantworten. Ich wäre als Sachverständiger nicht zufrieden, wenn die Arbeit jetzt abgeschlossen würde. Auch wenn vieles auf den Weg gebracht ist, kann man das Thema Digitalisierung nach Abschluss der Kommission keinesfalls zu den Akten legen.

Daher ist die Handlungsempfehlung der Enquete, einen ständigen Ausschuss im Deutschen Bundestag einzurichten, eine der wichtigsten. Zugleich müsste man ein Pendant auf Regierungsseite einrichten und zwar am besten im Bundeskanzleramt, weil die Digitalisierung die verschiedensten Ressorts betrifft. Hier müsste man sich künftig um die Themen kümmern. Diese Stelle sollte zudem mit einer klaren und umfassenden Aufgabenschreibung ausgestattet sein.

Ein wesentlicher Erfolg der Kommission besteht auch darin, dass sich eine ganze Reihe von jungen Politikern knapp drei Jahre intensiv mit zukünftigen Herausforderungen der digitalen Gesellschaft beschäftigen und damit an Kompetenz gewinnen konnte. Dazu hat übrigens auch das hervorragende Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und des Sekretariats beigetragen. Von ihrer Arbeit hat die gesamte Kommission enorm profitiert. Der Kompetenzzuwachs der Politik wird bei den zukünftigen schwierigen Diskussionen sicher spürbar werden. Fast könnte man davon sprechen, dass sich die Kompetenz in diesen Fragen, die bisher eher bei den Län-

dem lag, ein kleines Stück in Richtung Bund verlagert hat.

Was bleiben wird, sind die vielen qualifizierten Berichte, die hoffentlich Grundlage für fundierte Diskussionen sein werden. Ich befürchte, dass aus Zeitmangel nicht alles vertieft und als Ganzes gelesen wird. Daher würde ich mir wünschen, dass unsere Berichte verschlagwortet und mittels der modernen Techniken aufbereitet werden, damit möglichst viele Menschen die teils erstmals so umfassend dargestellten Informationen abrufen können.“

VI. Ausblick

Wer ein Fazit der Arbeit der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ ziehen will, kann zwei Irrtümern erliegen. Der erste ist: Alles hat sich verändert. Der zweite ist: Nichts hat sich verändert.

Die Arbeit der Enquete-Kommission hat deutlich gemacht, dass die Veränderungen, die die Digitalisierung der Gesellschaft mit sich gebracht hat, tiefgreifend und unumkehrbar sind. Sie sind in ihren Auswirkungen vergleichbar mit den Umwälzungen der Industrialisierung im 19. oder der Erfindung des Buchdrucks im 16. Jahrhundert. Bei der Beschreibung dieser Veränderungen fehlt es noch an zeitlicher Distanz, doch die Enquete-Kommission hat in ihren zwölf Zwischenberichten unter anderem den Versuch unternommen, den Ist-Zustand in den verschiedenen Themenbereichen zu beschreiben und erste Empfehlungen für die Gestaltung der digitalen Zukunft zu geben. Damit ist ein Anfang gemacht, dem viele weitere Schritte folgen müssen.

Mit der Einsetzung der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ haben Netzpolitik und die Digitalisierung der Gesellschaft nachhaltig Eingang in den parlamentarischen Diskurs gefunden. Der Status einer Politik-Orchidee gehört endgültig der Vergangenheit an. In den letzten gut drei Jahren haben die 34 Mitglieder der Internet-Enquete nicht nur 20 Mal öffentlich in der Kommission getagt und sich in den zwölf Projektgruppen 179 Mal zu Arbeitssitzungen getroffen. Durch die Mitglieder der Internet-Enquete wurde unter anderem ein Informationskanal in die Fraktionen hinein geschaffen, um Diskussionen mit Abgeordneten und Akteuren aus dem Politikbetrieb zu führen, die sich bisher eher am Rande mit Fragen der Digitalisierung befasst hatten.

In jeder Fraktion im Deutschen Bundestag wurde zudem mindestens eine eigene Konferenz zu Fragen der Digitalisierung für alle Abgeordneten auch außerhalb der

Enquete-Kommission veranstaltet. Hinzu kamen eine Fülle von Konferenzen, Tagungen und BarCamps in der (analogen) Öffentlichkeit, zu der sich unter anderem Politiker, Medienverantwortliche, Politikvermittler, Pädagogen und Kommunikationsexperten in den Häusern von politischen Stiftungen, Landesvertretungen, Fortbildungsträgern oder Unternehmen trafen. Diese Veranstaltungen fanden nicht nur in Berlin statt, sondern im ganzen Land. Viele Partei-Untergruppen, Ortsvereine, kirchliche und staatliche Bildungsträger sowie Organisationen aus der Zivilgesellschaft boten Workshops, Diskussionsrunden und Weiterbildungsangebote zu den Themen Internet und den Veränderungen in der digitalen Gesellschaft an. Nicht zuletzt konnten die sachverständigen Mitglieder der Enquete-Kommission lernen, wie aus Ideen Politik wird. Mit anderen Worten: Der Informationsgewinn durch die Enquete-Kommission fand – wie in den Zeiten des Web 2.0 erwünscht – in beide Richtungen statt.

Es hat seit Einsetzung der Internet-Enquete am 3. März 2010 und der ersten Sitzung am 5. Mai 2010 einen erheblichen Zuwachs an Diskussion und damit Bewusstsein, Information und Urteilsfindung sowohl im professionellen Politikbetrieb als auch in der breiten Öffentlichkeit gegeben. Die Berichterstattung über die Internet-Enquete⁷⁹ erwies sich sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht als überdurchschnittlich. Das allgemeine Interesse an den Themen der Internet-Enquete war hoch. Neben Veröffentlichungen im Fernsehen und den Printmedien, die sich meist auf einzelne Höhepunkte beschränkten, etwa die konstituierende Sitzung und kontroversen Debatten, beispielsweise um die Netzneutralität, gab es eine kontinuierliche Begleitung in verschiedenen Blogs und sozialen Netzwerken.

Viele Fragen, die die Digitalisierung der Gesellschaft aufwerfen, konnten in der Enquete-Kommission nicht abschließend geklärt werden. Die Debatte steht noch am Beginn. Eine der gemeinsamen Handlungsempfehlungen der Kommission lautet daher, in der nächsten Legislaturperiode einen ständigen Ausschuss für Internet und digitale Gesellschaft einzurichten. Damit könnte das Parlament einen Netzknoten einrichten, an dem die losen Enden, die die Enquete-Kommission naturgemäß hinterlassen hat, zusammengeführt werden können.

⁷⁹ Anmerkung: Die Online-Redaktion im Sekretariat der Internet-Enquete veröffentlichte täglich eine Auswahl der Online-Berichterstattung über die Enquete und andere Netzthemen unter: <http://www.bundestag.de/internetenquete/Netzmonitoring/index.jsp>

VII. Anhang**Zusammensetzung der Kommission**

Vorsitzender: Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU)

Stellvertretender Vorsitzender: Martin Dörmann (SPD) bis 21. Februar 2011
Gerold Reichenbach (SPD) ab 21. Februar 2011

Abgeordnete*Ordentliche Mitglieder***CDU/CSU-Fraktion**

Dr. Reinhard Brandl
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Ansgar Heveling
Thomas Jarzombek
Jens Koeppen^{80*}
Dr. Peter Tauber

SPD-Fraktion

Martin Dörmann (bis Dezember 2010)
Johannes Kahrs
Lars Klingbeil*
Aydan Özoğuz
Gerold Reichenbach (ab Dezember 2010)

FDP-Fraktion

Sebastian Blumenthal
Manuel Höferlin
Jimmy Schulz*

Fraktion DIE LINKE.

Dr. Petra Sitte
Halina Wawzyniak*

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Konstantin von Notz*
Tabea Rößner

Sachverständige**benannt durch CDU/CSU-Fraktion**

Prof. Dieter Gorny
Harald Lemke
Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring

⁸⁰ Anmerkung: Die mit * versehenen Abgeordneten waren Obleute ihrer Fraktionen.

Dr. Bernhard Rohleder

Nicole Simon

Prof. Dr. Christof Weinhardt

benannt durch SPD-Fraktion

Alvar C. H. Freude

Lothar Schröder

Prof. Dr. Wolfgang Schulz

Cornelia Tausch

benannt durch FDP-Fraktion

Prof. Dr. Hubertus Gersdorf

Dr. Wolf Osthaus

padeluun

benannt durch Fraktion DIE LINKE.

Constanze Kurz

Annette Mühlberg

benannt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Markus Beckedahl

Dr. Jeanette Hofmann

Stellvertretende Mitglieder, MdB

CDU/CSU-Fraktion

Michael Brand (ab September 2010)

Christian Hirte

Axel Knoerig

Stephan Mayer (Altötting)

Lucia Puttrich (bis September 2010)

Tankred Schipanski

Nadine Schön

SPD-Fraktion

Martin Dörmann (ab Dezember 2010)

Elvira Drobinski-Weiß (bis Dezember 2010)

Christian Lange (bis Dezember 2010)

Burhard Lischka (bis Juni 2011)

Rita Schwarzelühr-Sutter (ab Dezember 2010 bis November 2011)

Stefan Rebmann (ab Juni 2011)

Kerstin Tack

Brigitte Zypries

FDP-Fraktion

Florian Bernschneider (bis Januar 2012)
Sylvia Canel
Hans-Werner Ehrenberg (ab Januar 2013)
Christian Lindner (bis Januar 2013)
Stephan Tomae

Fraktion DIE LINKE.

Herbert Behrens
Jan Korte

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jerzy Montag
Krista Sager

Fraktionsreferenten:

CDU/CSU-Fraktion

Frank Bergmann
Dan Kühnau
Percy Ott (bis April 2012)
Patricia Romanowsky (ab April 2012)

SPD-Fraktion

Johannes Kollbeck

FDP-Fraktion

Wolfram Sauer (bis März 2012)
Patrick Schreiber (ab März 2012)

Fraktion DIE LINKE.

Ilja Braun
Dr. Jürgen Scheele

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julia von Dobeneck
Sebastian Gießmann
Christine Möhrke-Sobolewski
Nina Morschhäuser
Chris Piallat

Die Online-Beteiligungsplattform www.enquetebeteiligung.de wurde ehrenamtlich vom Verein Liquid Democracy e. V. realisiert:

Daniel Reichert, Vorsitzender
Jennifer Paetsch, stellvertretende Vorsitzende
Friedrich Lindenberg
Niklas Treutner

Zusammensetzung des Sekretariats

Leiter des Sekretariats

Ministerialrat Norbert Linn

Stellvertreterin/Referentin

Oberregierungsrätin Nathalie Hillmanns-Weis

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter

Regierungsdirektorin Antje Franz (Juristin)

Katharina Frier-Obad, M. A. (Online-Redakteurin)

Regierungsrat Mirko Jonscher (Diplom-Verwaltungswissenschaftler)

Silvia Saupe, M. A. (Wirtschaftswissenschaftlerin)

Dr. Franca Wolff, M. A. (Kommunikations- und Medienwissenschaftlerin)

Sachbearbeiter/Büroleiter

Regierungsinspektor Thomas Matz (bis Mai 2012)

Erst- und Zweitsekretärin

Marina Kossack

Birgitt Henschel

Geprüfte Rechtskandidatinnen

Sophie Méndez Escobar (von Oktober 2010 bis April 2012)

Christiane Müller (ab Mai 2012 bis April 2013)

Auszubildende

Bianca Näthe

Praktikantin/Rechtsreferendar

Katharina Göpfarth (von Oktober bis Dezember 2012)

Florian Neuroth (von August bis Oktober 2010)

Die Arbeit des Sekretariats wurde zeitweise unterstützt von:

Gräfin Alexandra zu Bentheim

